

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Achtundvierzigste öffentliche Sitzung

Nr. 48

Donnerstag, den 29. Januar 1948

II. Band

	Seite
Geschäftliches	647, 690
Bemerkungen des Abgeordneten Stod (SPD) zur Geschäftsordnung	647
Mitteilung des Wahlprüfungsausschusses über die Anerkennung der Mandate der Abgeordneten Stiller, Dr. Rindt und Dr. Beck	647
Schulreform — Fortsetzung der Beratung.	
Redner:	
Staatsminister Dr. Hundhammer	647-658, 659, 668
Hofer (SPD) [zur Geschäftsordnung]	659
Hausleiter (CSU) desgleichen	659
Weigner (CSU)	659-664
Dr. Korff (FDP)	664-668
(Die Sitzung wird unterbrochen.)	
Pittroff (SPD)	668-678
Hausleiter (CSU) [zur Geschäftsordnung]	678
Dr. Stang (CSU)	678-685
Stod (SPD) [zur Geschäftsordnung]	686
Schneider (FDP)	686-688
Hausleiter (CSU)	688-690
Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung	690
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 9 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Anetseder, Centmayer, Fichtner, Dr. Gromer, Dr. Huber, Kaiser, Laumer, Neumann, Peschel, Riß, Roith, Sauer, Schütte, Dr. Bogtherr und Dr. Wühlhofer.

Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Bachmann, Huth, Dr. Rindt und Weiglein.

Die Zahl der Mitglieder, die an unseren Beratungen nicht teilnehmen, mag teilweise durch Krankheit, teilweise auch durch andere Umstände bedingt sein. Immerhin, sie ist kein gutes Zeichen für ein Parlament. Die Herren Abgeordneten wollen sich daran gewöhnen, daß

Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1948. II. Bd. 48. Sitzung

in Zukunft so disponiert ist: Montag und Samstag sind jederzeit frei. Die Herren Abgeordneten können also ihre anderen Geschäfte auf diese Tage disponieren. So wie jetzt kann es unmöglich weitergehen. Zu Beginn der Sitzungen, am Dienstag, Mittwoch, sind die Herren zur Not noch da, am Donnerstag, Freitag, ist ein großer Teil schon wieder weg. Ich möchte nur darauf hingewiesen haben. Da bitte ich die Herren Fraktionsvorsitzenden, in den Fraktionen, wo es notwendig ist, unbedingt darauf hinzuweisen.

Stod (SPD): Ich bin der Auffassung, wir müssen uns im Ältestenrat mit dieser Angelegenheit einmal beschäftigen und den Herren ganz klar machen, daß sie, ebenso wie wir, im Landtag anwesend zu sein haben.

Präsident: — Jawohl, ich werde diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ältestenrats nehmen.

Dann liegt ein Schreiben des Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses, des Herrn Abgeordneten Zietzsch, vor:

Als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses teile ich Ihnen mit,

— so schreibt er mir —

daß der Ausschuß auf Grund der getroffenen Feststellungen beschlossen hat, dem Bayerischen Landtag die Anerkennung der Mandate der Abgeordneten Stiller, Dr. Rindt und Dr. Heinz Beck zu empfehlen.

Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Das Haus ist damit dem Beschluß des Wahlprüfungsausschusses beigetreten.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Der Bericht zur Schulreform ist vom Herrn Abgeordneten Weigner schon erstattet worden. Das Wort hat der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Hundhammer.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Hohes Haus! Ich habe gestern dargelegt, wie die Entwicklung der Stellungnahme der Militärregierung zu den hier zur Diskussion stehenden Problemen im Laufe des Jahres gewesen ist. Wir sind ausgegangen vom Titel 8 der Regulations und den darin enthaltenen Grundgedanken,

(Sig.)

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

von der Anweisung vom 10. Januar des Jahres, ferner den Bestimmungen der Anweisung des Kontrollrats vom Juni, und sind schließlich zu dem Schreiben vom 23. Dezember 1947 gekommen, das in einem langen Katalog die Einzelbestimmungen des jetzigen Standes der Sache enthält.

Ich kann das Ergebnis noch einmal dahin zusammenfassen, daß bezüglich eines beachtlichen Teils von Einzelpunkten zwischen der Militärregierung und uns absolute Übereinstimmung herrscht, daß aber bezüglich einiger anderer Forderungen beachtliche Bedenken unsererseits bestehen.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat im Sinne der Anweisungen der Militärregierung im Laufe des letzten Jahres von sich aus schon eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgeführt. Ich verweise darauf, daß wir z. B. in den höheren Schulen die Gleichstellung der Ausbildung der Mädchen mit der Ausbildung der Knaben sichergestellt haben und deshalb ab 1. September 1947 sämtliche höheren Schulen für Mädchen nach den entsprechenden Lehrplänen der höheren Schulen für Knaben geführt werden.

Wir haben der verschiedenen Begabung der Schüler dadurch Rechnung getragen, daß Oberrealschulen in zwei Züge gegabelt werden, einen sprachlichen Zug mit Englisch, Latein und Französisch und einen lateinlosen Zug mit Englisch und Französisch als Fremdsprachen, aber mit verstärktem Unterricht in Mathematik und Physik, wobei Latein als wahlfreies Fach von der 6. Klasse ab genommen werden kann. Wir haben in der 6. mit 8. Klasse in allen höheren Schulen die Gesundheitslehre als ordentliches Unterrichtsfach eingeführt. Wir haben in den drei oberen Klassen aller Schulgattungen je einen selbständigen Kurs für Staatsbürgerkunde eingeführt. In der 6. Klasse umfaßt er allgemeine Rechtskunde, innere Staatsverwaltung, Amtsorganisation; in der 7. Klasse Verfassungkunde, Verfassungsleben der Völker — nicht nur Kenntnis der eigenen Verfassung —; in der 8. Klasse Gesellschaftskunde.

Wir haben in der 4. mit 6. Klasse der Real- und Oberrealschulen Handelskunde als Wahlfach eingeführt. Wir haben in einer Reihe von Versuchsschulen den Werkunterricht als Wahlfach eingeführt. Wir haben außerdem in einem Fall, an der Oberrealschule in Fürth, unter Auflockerung der Fächer in der Oberklasse in Kern- und Wahlfächer das zu erproben begonnen, was als Einheits-höhere Schule seitens der Besatzungsbehörden angestrebt wird.

Sie sehen daraus, daß wir unsererseits durchaus ernstlich, sehr ernstlich an die Fragen herangehen, die von den Besatzungsbehörden als Reformmaßnahmen in Aussicht genommen und für richtig gehalten werden.

Wir haben dann an Reformmaßnahmen im einzelnen in die Wege geleitet, zunächst bezüglich der Volksschulen: ein Gesetz über die Schulpflichtgesetzen, das gestern im Senat bereits behandelt worden ist und in den nächsten Tagen wohl zur Besprechung und Bearbeitung an den Landtag kommen wird. Ferner haben wir eine Verordnung über die Behandlung der Schulversäumnisse ausgearbeitet und der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt. Die stärkere Überprüfung der Schulversäumnisse, die Abmündung pflichtwidriger

Schulversäumnisse ist eine notwendige Maßnahme. Wir warten auf die Genehmigung der Militärregierung. Weiter haben wir der Militärregierung seit längerem einen neuen Lehrplan für die Berufsschulen, der den Verhältnissen angepaßt ist, vorgelegt. Er liegt bereits seit ein paar Monaten bei OMGUS in Berlin. Wir warten auf die Verbescheidung. Außerdem ist ein neues Schulorganisationsgesetz ausgearbeitet, das dem Ministerrat demnächst zugeht. Die weiteren in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen finden Sie in der Ihnen gedruckt zugänglichen Antwort an die Militärregierung vom 30. September aufgezählt: ein großes Programm von Einzelmaßnahmen.

(Zuruf: Schülerbeiräte für die höheren Schulen!)

— Auch das, jawohl.

Wir haben weiter auf dem Gebiet des höheren Schulwesens eine ganze Anzahl von Einzelmaßnahmen in Vorbereitung. Darüber hinaus haben wir im Ministerrat bereits ein Gesetz über die Verhältnisse der Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen verabschiedet. Dazu kommen die Einzelbestimmungen, welche die Vertretung der Studenten, die Satzungen an den Hochschulen usw. betreffen. Bezüglich dieser Fragen sind wir, glaube ich, im wesentlichen, in grundsätzlichen Dingen, mit der Militärregierung durchaus einer Meinung.

Daneben aber sind in dem Gesamtprogramm Punkte enthalten, bezüglich derer wir verschiedener Auffassung sind und glauben, begründete Bedenken geltend machen zu müssen. Ich fasse diese Punkte, bezüglich derer unsererseits wesentliche Bedenken bestehen, noch einmal zusammen. Es handelt sich um folgende Fragen:

1. Soll der Übertritt zur höheren Schule nach der 4. oder erst nach der 6. Volksschulklasse erfolgen?

Ich werde im einzelnen noch darauf zu sprechen kommen.

2. Sollen die bisher mit gesonderten Lehrplänen nebeneinander bestehenden Anstalten wie Gymnasium, Oberschule, Oberrealschule aufgehoben und in eine einzige Schule mit Kern- und Wahlfächern zusammengelegt werden oder nicht?

3. Soll die Ausbildung aller Lehrer für Volksschulen, Berufsschulen und Kindergärten an das Abitur als Vorbedingung geknüpft werden und soll die Ausbildung all dieser Lehrkräfte auf hochschulmäßiger Basis erfolgen oder nicht, einschließlich der Fachlehrkräfte für Kochen, Handarbeiten und Ähnliches?

4. Sollen die Kindergärten bei Kindern vom 4. Lebensjahr an als ein Teil des Schulsystems behandelt werden oder nicht?

5. Soll die Volksschulpflicht unter Einführung eines 9. Volksschuljahres bis zum 15. Lebensjahr ausgedehnt werden oder nicht?

Das sind die wesentlichen Punkte, um die unsere Besprechungen mit der Militärregierung im Laufe des Jahres gegangen sind. Weitere Einzelheiten kommen dazu, wie z. B. die Einführung der vollen Schulgeldfreiheit für alle, auch die Kinder der reichen Eltern, außerdem die Einführung der vollen Lernmittelfreiheit an den Volks-, Mittel- und Hochschulen. All das sind aber Fragen, die nicht grundsätzlicher, sondern in erster Linie rein finanzieller Natur sind.

Ich habe die Diskussion um diese Punkte im abgelaufenen Jahr nicht in der Öffentlichkeit, sondern in zahl-

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

losen Unterhaltungen mit den Herren der Militärregierung hier in München und zum Teil mit Vertretern der Militärregierung von Berlin geführt. Ich weiß, es ist mitunter in der Öffentlichkeit ein falsches Bild entstanden, weil die Einzelheiten dieser Dinge in der Öffentlichkeit nicht bekannt waren. Man hat meine Haltung nicht immer verstanden. Ich glaube aber, überzeugt sein zu dürfen, daß die Mehrheit dieses Hauses und auch die Mehrheit der Bevölkerung mit mir die Bedenken teilt, die ich in diesen Punkten gehabt habe und von denen abzugehen ich mich nicht ohne weiteres für befugt hielt.

Ich habe dabei meine Haltung in diesen Fragen nicht etwa nur auf meiner eigenen Meinung aufgebaut, sondern habe sie auf die Stellungnahme eines weiten, breiten und sehr beachtenswerten Kreises von Sachverständigen und von Autoritäten gestützt. Am meisten hat in der letzten Zeit die Stellungnahme Beachtung gefunden, die von Kardinal Faulhaber im Namen der bayerischen Bischöfe zu diesen Problemen bekundet und dem apostolischen Beauftragten, Bischof Münch, amtlich zur Weiterleitung an die zuständigen Stellen der Besatzungsbehörden übergeben worden ist.

Das Schreiben des Kardinals von Faulhaber, das vom 7. Januar dieses Jahres datiert ist, enthält zunächst in seinem ersten Teil eine Darlegung der Aktivlegitimation dieser kirchlichen Kreise für eine Befassung mit und eine Stellungnahme zu den einschlägigen Problemen. Es besagt dann im zweiten Abschnitt in einer Diskussion um die grundsätzliche Frage, ob eine Besatzungsbehörde gegen die Meinung der Volksvertretung und gegen die Meinung der zuständigen Stellen im Lande so weit in die internen schulischen Verhältnisse eines Landes eingreifen soll, folgendes:

Wir

— also die Bischöfe —

begrüßen die Absicht der Besatzungsbehörden, die Wiederverkehr einer Bedrohung des Weltfriedens durch ein kriegerisches Deutschland und die Wiederverkehr einer Gewaltherrschaft von der Art des Hitlertums durch Umerziehung der deutschen Jugend und eine dementsprechende Umgestaltung des öffentlichen Unterrichts- und Erziehungswesens verhindern zu wollen. Aber das zu diesem Zweck von der Militärregierung aufgestellte und den Unterrichtsministern zur Durchführung befohlene Schulreformprogramm enthält Anweisungen und Forderungen, die mit diesem politischen Ziel in keinem unmittelbaren oder auch nur mittelbaren Zusammenhang stehen, so etwa die Richtlinien über die Dauer der allgemeinen Schulpflicht oder die Forderung, daß die Besuchspflicht der Grundschule für alle Schüler ohne Rücksicht auf Begabungsunterschiede von 4 auf 6 Jahre ausgedehnt und demgemäß die Zeit für die Bildung der Begabten verkürzt werden müsse, oder die Forderung, daß die Kindergärten aus dem Bereich der freien Wohlfahrtspflege und Caritas herauszunehmen und als regelrechter Bestandteil des Schulwesens zu behandeln sind, oder die Forderung, daß die Schulgeldfreiheit und Lernmittelfreiheit grundsätzlich auf alle Schulen auszudehnen ist, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungs-

fähigkeit der Eltern, oder die Forderung, daß jede Lehrerbildung, auch jene für Kindergartenschulen, auf Universitätsstufe zu stellen ist, oder die Weisungen, die sich auf die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer beziehen, ohne Rücksicht auf die künftige wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Landes.

An späterer Stelle heißt es dann:

Es möge daher von der Militärregierung anerkannt werden, daß das Erziehungs- und Schulwesen unseres Landes zu den inneren Angelegenheiten gehört, die von unserem Volk in eigener Verantwortung und im Bewußtsein seiner Verpflichtung vor der Vergangenheit und Zukunft selbständig zu gestalten sind. Niemand kann ihm diese Verpflichtung und Verantwortung abnehmen. Es würde dem Naturrecht widersprechen und darum außerhalb des Rechtsbereiches einer Besatzungsmacht liegen, wollte sie dem besetzten Land und besetzten Volk ein bestimmtes Schulsystem aufzwingen. Ein solcher Eingriff würde auch, selbst wenn er mit der Absicht der Demokratisierung des Erziehungswesens begründet wird, dem Geiste wirklicher Demokratie völlig widersprechen und dem Glauben an die Demokratie einen schweren Schlag versetzen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Der Schluß des Schreibens lautet:

Wir Bischöfe fühlen uns zutiefst dafür mit verantwortlich, daß eine Frage von so großer Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes gelöst werde nach den Grundsätzen unserer demokratischen Verfassung und unter Achtung der guten Traditionen unseres in jahrhundertelanger Entwicklung organisch gewachsenen Bildungswesens.

Das ist eine Stellungnahme von sehr beachtlichem Gewicht. Auf diesen grundsätzlichen Überlegungen und auf den Gutachten einer großen Reihe von weiteren durchaus sachlich geeigneten und ihrer Stellung nach zu einer amtlichen Äußerung legitimierten Stellen habe ich meine Haltung das ganze Jahr über aufgebaut.

Ich berufe mich des weiteren auf das amtliche Gutachten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; ich berufe mich auf die Stellungnahme des Rektors der Universität München; ich berufe mich auf Äußerungen von Kongressen von Erziehern und Hochschullehrern in ganz Deutschland; ich berufe mich zuletzt auch auf eine Stellungnahme von 13 Professoren der Universität in Chicago, die geschlossen Stellung genommen haben, und zwar offiziell auf eine Aufforderung des Assistant Secretary of State for Public Affairs, also des Staatsdepartements in den Vereinigten Staaten selber; ich berufe mich auf die Zusammenstellung von Äußerungen, die kürzlich die „Neue Zeitung“ unter der Überschrift „Umstrittene Hochschulreform“ gebracht hat und die keine einzige Stimme dieser Fachleute enthielt, die sich etwa gegen meine Haltung gewendet hätte, sondern ausschließlich Stimmen, die denselben Standpunkt vertreten haben wie der bayerische Kultusminister.

(Bravo! bei der CSU.)

Ich verzichte darauf, diese Stellungnahmen deutscher Stellen hier im Lande im einzelnen zusammenzunehmen

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

und hier zur Untermauerung der von mir vertretenen Auffassung bekanntzugeben. Ich berufe mich aber auf das, was eine amerikanische Universität zu den umstrittenen Fragen zu sagen hat, und zwar in einem amtlichen Gutachten an die amtlichen amerikanischen Stellen. Ich werde es Ihnen im einzelnen detailliert wiedergeben. In dieser Äußerung wird von den 13 Hochschulprofessoren der Universität Chicago, die das Gutachten unterschrieben haben und deren Namen ich Ihnen am Schlusse verlesen werde, zunächst folgendes gesagt:

Jeder von ihnen

— nämlich von diesen 13 Professoren —

hat den Ausbildungsgang eines der verschiedenen vernationalsozialistischen Schulsysteme in Deutschland durchlaufen und viele von ihnen waren Mitglieder der Lehrkörper deutscher Universitäten. Alle wurden sie vertraut mit dem Erziehungssystem der Vereinigten Staaten, in dem tätig mitzuwirken sie den Vorzug haben. Dieser Umstände wegen sind für sie die Feststellungen und Vorschläge des Berichts von besonderer Bedeutung.

Es handelt sich hier um den Bericht der amerikanischen Erziehungskommission, die in Deutschland gewesen ist, der die Unterlage für die Maßnahmen bildet, die von uns gefordert werden.

Es handelt sich bei diesen 13 Professoren ausschließlich um Männer, die das deutsche Schulwesen sehr gründlich kennen, die selbst auf deutschen Schulen gelernt und an deutschen Hochschulen gelehrt haben und die andererseits jetzt drüben an amerikanischen Schulen als Lehrer tätig sind und deshalb auch das amerikanische Schulwesen gründlich kennen.

Diese Männer sagen nun in ihrem Gutachten:

Die Möglichkeiten der Erziehung

— das sagen sie vorausgehend —

dürfen nicht überschätzt werden. Auch das allerbeste Erziehungssystem kann eine demokratische Gesellschaftsverfassung nicht hervorbringen, solange Deutschland ein chaotisches Land bleibt, das sich nahe am Verhungern befindet und keine Hoffnung für seine Zukunft hat. Eine wahrhaft freie Erziehung kann aufgebaut werden nur als Teil eines umfassenden Programms politischer und wirtschaftlicher Vernunft, das auf Deutschland und zur selben Zeit auf ganz Europa angewandt wird.

Die Schlüsse,

— heißt es dann im Abschnitt II —

die der Bericht

— der Erziehungskommission, die sich ja nur kurze Zeit in Deutschland aufgehalten hat, während diese Männer das deutsche Schulwesen sehr gründlich kennen —

hinsichtlich des Einflusses des deutschen Erziehungswesens auf das politische Verhalten zieht, erscheinen nicht überzeugend. Das Erziehungssystem, das die Mission beschreibt und kritisiert,

— also das bisherige deutsche —

ist nicht das von Deutschland allein, sondern das von Europa als Ganzem einschließlich solcher fraglos

demokratischer Länder wie Großbritannien, Frankreich, Holland, der Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen.

— Es ist also falsch, für den Nationalsozialismus das deutsche Schulwesen verantwortlich zu machen. —

Die Schulsysteme einiger dieser Länder haben sogar in stärkerem Maße ein Ausleseprinzip angewandt, als es je in Deutschland der Fall war. Deshalb kann das deutsche Schulsystem als solches vernünftigerweise nicht beschuldigt werden, einen undemokratischen Geist großzuziehen, dessen Ursachen vielmehr innerhalb des weiteren Umkreises der Geschichte von Politik und Gesellschaft aufgesucht werden müßten.

(Sehr richtig!)

Nun zu den Vorschlägen, um die es geht:

Die Vorschläge des Berichts kommen der Verpflanzung des amerikanischen „Highschoolsystem“ nach Deutschland gleich. Aus wirtschaftlichen und pädagogischen Gründen haben wir schwere Bedenken, ob diese ausgesprochen amerikanischen Einrichtung verpflanzt werden kann und ob die gewünschten Ergebnisse durch ein solches Vorgehen erzielt würden. Obwohl der amerikanische Versuch, der eine höhere Schulausbildung praktisch jederzeit zugänglich macht, eindrucksvoll ist, sollte nicht vergessen werden, daß die große Ausdehnung der höheren Schulen in den Vereinigten Staaten weitgehend das Ergebnis wirtschaftlicher Bedürfnisse war. Sie war ferner nur deshalb möglich, weil finanzielle Mittel zur Verfügung standen, die den in Deutschland bestehenden Möglichkeiten weit überlegen waren.

Wir haben wohl mit Recht die Frage zu prüfen, ob es richtig und möglich ist, ein in einem anderen Kontinent unter ganz anderen Verhältnissen bestehendes Schulsystem einfach über die Ozeane hinüber nach Deutschland, dieses Land doch einer eigenständigen, in einem Jahrtausend erwachsenen Kultur zu verpflanzen.

(Sehr richtig!)

In keinem Falle käme ein befriedigendes Ergebnis zustande,

— heißt es hier weiter —

wollte man die amerikanische „Highschool“ allein nach Deutschland verpflanzen. Im amerikanischen Erziehungswesen bildet sie nur einen Teil eines Ganzen, in dem das „College“ unentbehrliche Aufgaben erfüllt, die der Fachausbildung der Universitäten vorausgehen. Die Gründung von „Colleges“, die bei Einführung des amerikanischen „Highschoolsystem“ nötig würde, erscheint unter den heutigen Bedingungen in Deutschland finanziell unmöglich. Das amerikanische College sorgt für allgemeine Bildung wie für fachliche Ausbildung. Viele der Aufgaben des College in allgemeiner Bildung werden notwendigerweise in Deutschland wie früher von den oberen Klassen der höheren Schulen erfüllt werden müssen.

Nun zur Methode:

Viele Angriffe sind gegen diejenigen Lehrmethoden in der amerikanischen „Highschool“ gerichtet wor-

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

den, die einen entschiedenen Mangel an geistiger Disziplin zur Folge hatten.

Das Gutachten kommt jetzt zur Kritik am amerikanischen Schulwesen selber:

Die übertriebene Anzahl von Wahlfächern und die Schwierigkeit, ein in sich folgerichtiges Erziehungsprogramm mit dem Recht des Schülers zu verbinden, sich unzusammenhängende Kurse auszuwählen, wurde zugleich mit der durchaus unzureichenden Ausbildung in klassischen und modernen Sprachen ebenfalls der Kritik unterworfen.

— In Amerika selber. —

Was immer ihre Mängel sein mögen,

— die der deutschen Schule —

die traditionelle höhere Schule in Deutschland hat für gut abgerundete und systematisch aufgebaute Lehrpläne besser gesorgt als die amerikanischen Highschools mit ihrer Vielfalt von Wahlfächern und ihrer Erwartung, daß erst auf der College-Stufe eine volle allgemeine Bildung vermittelt wird... Es scheint uns von Bedeutung zu sein, daß mit der Schwächung der humanistischen Bildung ein entschiedener Schritt in der Vorbereitung des totalen Staates getan wurde und daß die Erziehungspolitik des nationalsozialistischen Regimes dem humanistischen Zweig der höheren Schulen nicht nur unfreundlich gegenüberstand, sondern die Anzahl dieser Schulen verringerte und ihren Einfluß auf die Unabhängigkeit des Denkens zu untergraben bestrebt war. Wie wir hoffen, wird in der Zukunft die humanistische Idee der Erziehung wiederum zum leitenden Grundsatz des Erziehungswesens werden.

(Sehr richtig!)

Das ist die Absicht des bayerischen Kultusministers. Und der Schlußabschnitt:

Obwohl es unsere Überzeugung ist, daß die Lösung des Problems des höheren Schulwesens letztlich der Initiative und dem Urteil der deutschen Behörden übertragen werden sollte, legen wir nachstehend einige Empfehlungen vor, die aus unserem Studium des Berichts

— des amerikanischen Berichts —

hervorgegangen sind:

Wir empfehlen einen Grundschullehrplan, der für alle Kinder am besten nur bis zum 4. Schuljahr gemeinsam sein sollte. Unseres Wissens ist er nur in der Sowjetzone bis zum 6. Jahr ausgedehnt worden...

Später heißt es dann:

Es erscheint deshalb nicht als notwendig, die Ausbildung der begabteren Kinder durch eine Ausdehnung des Grundschullehrplans bis zum 6. Schuljahr zu verzögern...

Das höhere Schulwesen sollte nicht auf ein Grundschema beschränkt werden, sondern verschiedene Arten von Schulen ausbilden, wie es innerhalb der Organisation der amerikanischen Highschool beabsichtigt war. Diese Mannigfaltigkeit

sollte aber herbeigeführt werden nicht durch die Einrichtung einer unzusammenhängenden Vielfalt von Wahlfächern, sondern durch die Anlage einer Anzahl innerlich zusammenhängender und systematisch aufgebauter Lehrpläne. Das heißt aber, daß einige der wesentlichen Schularten wie das humanistische Gymnasium, die Oberrealschule, und die Deutsche Oberschule erhalten bleiben sollten.

Und das letzte von Abschnitt IV:

Wie aus vorstehenden Bemerkungen hervorgeht, ist es die Überzeugung der Unterzeichneten, daß die humanistische Tradition, sofern sie in den wenigen Gymnasien, die nicht vom nationalsozialistischen Regime beseitigt wurden, noch besteht, verstärkt werden sollte als einer der wertvollsten Wege zur Erziehung des Verstandes und des Gewissens und zur Weckung des Bewußtseins von den gemeinsamen Grundlagen der abendländischen Kultur. Der Grundsatz einer allgemeinen humanistischen geisteswissenschaftlichen Bildung, der die geistige Grundlage des humanistischen Gymnasiums gebildet hat, sollte auch in den anderen Zweigen des höheren Schulwesens verstärkt zur Anwendung kommen.

Dieses Gutachten — es ist noch länger; ich habe nur die hervorstechendsten Züge Ihnen hier bekanntgegeben — ist unterzeichnet von folgenden Professoren, von denen manche auch bei uns in München einen guten Namen haben und die zum Teil auch Persönlichkeiten der amerikanischen Militärregierung, die jetzt in Deutschland tätig sind, von drüben her als hervorragend bekannt sind:

Ludwig Bachhofer, Arnold Bergstraeßer, Fritz Caspari, Hans Gaffron, Matthijs Jolles, Wolfgang Piepe, Ulrich Middeldorf, Wilhelm Pauck, Max Rheinstein,

— den die Münchner ja kennen —

Hans Rothfels, Hans Stephan Schulz, Otto von Simson und Joachim Wach.

Mit dieser Stellungnahme der amerikanischen Professoren der Universität Chicago deckt sich der vom bayerischen Kultusminister in den hier umstrittenen Fragen vertretene Standpunkt vollständig. Es ist also nicht so, wie mir manchmal zu Unrecht vorgeworfen wurde, daß ich aus einer engstirnigen bayerischen, kleinen Auffassung heraus meinen Standpunkt einnehmen würde, sondern es ist die Auffassung von Persönlichkeiten aus aller Welt.

(Sehr richtig!)

Nun zu den Einzelheiten des Befehls vom 23. Dezember. Ich gebe hier die Einzelheiten bekannt und ich behandle die ganze Materie so gründlich und so sehr an Hand von Dokumenten, weil es mir persönlich wichtig erscheint, daß diese Materie mit all ihren Einzelstadien in die Stenographischen Berichte der Verhandlungen des Bayerischen Landtags eingeht; denn es sind Dokumente, die später einmal für die Beurteilung dieser Frage von sehr wesentlicher Bedeutung sein werden.

(Sehr richtig!)

Das Schreiben der Militärregierung vom 23. Dezember 1947 hat folgenden Wortlaut:

Betreff: Ablehnung des Schulreformplans für Bayern.

(Staatsminister Dr. Gundhammer)

An den Herrn Ministerpräsidenten für Bayern
in München.

1. Es wird auf den der Militärregierung durch das bayerische Unterrichtsministerium am 30. September 1947 vorgelegten Schulreformplan Bezug genommen. Ferner wird auf die Vorschriften der Militärregierung Titel 8 zu General Clay's Anordnung vom 10. Januar 1947 über die grundsätzlichen Punkte zur deutschen Schulreform in der US-Zone, sowie auf die Kontrollratsdirektive Nr. 54 der Alliierten Kontrollbehörde Bezug genommen.

2. Eine Überprüfung des bayerischen Schulreformplans vom 30. September 1947 zeigt, daß er mit den Vorschriften und Direktiven der Militärregierung nicht übereinstimmt. Titel 8 der Vorschriften der Militärregierung war vom Tage des Amtsantritts des bayerischen Unterrichtsministers in dessen Händen und die Direktiven waren ihm seit 1. Februar 1947 bzw. 10. Juli 1947 bekannt.

3. Da der beiliegende zweite Schulreformplan des Unterrichtsministeriums mit den Vorschriften und Direktiven der Militärregierung nicht übereinstimmt, wird er ohne Genehmigung zurückgegeben. Das bayerische Unterrichtsministerium hat dem Amt der Militärregierung für Bayern bis spätestens 1. Februar 1948 einen verbesserten Plan vorzulegen.

4. Das unterzeichnete Hauptquartier wünscht erneut die Dienste des Personals seiner Education Branch in beratender Eigenschaft zur Unterstützung der Beamten des Ministeriums bei der Aufstellung eines mit den Richtlinien der Militärregierung übereinstimmenden Plans zur Verfügung zu stellen.

— Ich darf hier einschalten, was ich schon im Haushaltsausschuß des Landtags betont habe, daß die Zusammenarbeit mit der Education Branch und den Beamten des Amtes der Militärregierung für Bayern sich stets in durchaus sachlicher und in den Formen absolut korrekter Art vollzogen hat. Ich bin den Beamten der Militärregierung durchaus dankbar für die Hilfe, die sie uns bei der Bearbeitung dieser Materie und anderer Fragen stets haben angedeihen lassen. —

Dieses Angebot der Unterstützung

— heißt es aber weiterhin —

• entbindet das Unterrichtsministerium keineswegs von seinen Verpflichtungen, Bayerns Schulen und Erziehern den Weg zu demokratischer Schulpraxis zu weisen. Damit jedoch der Minister auch weiterhin eine Klarstellung der Politik der Militärregierung erhält, wird dieses Angebot gemacht. Das unterzeichnete Hauptquartier überreicht Ihnen gleichzeitig eine Liste von Einzelheiten über die Hauptpunkte, in denen das Ministerium die Vorschriften außer acht gelassen und veräußert hat, in der Unterrichtsreform führend zu sein.

Es handelt sich um folgende Punkte:

a) Das bayerische Unterrichtsministerium hat keinen Plan für die Abschaffung des zweigleisigen Schulsystems vorgeschlagen, das bereits im Alter

von zehn Jahren ein Kind vom anderen Kind trennt und einer kleinen bevorzugten Gruppe Ausbildungsmöglichkeiten gibt, die für die große Mehrheit der bayerischen Kinder unerreichbar sind.

Ich habe vorhin die Gründe dargelegt, die nach unserer Meinung und auch nach der Meinung der Herren von der Universität Chicago, nach der Meinung der Universität München und der Akademie der Wissenschaften, nach der Meinung auch der Eltern, wie ich aus dem großen Berg von Zuschriften sehe, die mir jetzt zugehen, dafür sprechen, daß der Übergang von der Volksschule zur höheren Schule besser nach der vierten Klasse als nach der sechsten Klasse erfolgt.

(Sehr richtig!)

Ich weiß, es gibt auch Leute, die anderer Meinung sind; aber die Mehrheit ist, glaube ich, mit mir der Auffassung, daß man besser am Übergang nach der vierten Volksschulklasse festhalten würde.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich möchte betonen, daß in diesem Absatz als zweites auch die Abschaffung des Gymnasiums, der Oberrealschule und der Oberschule als in sich geschlossener Schulen mit eigenständigem Lehrplan enthalten ist. Auch dazu habe ich ja, wie ich Ihnen vorhin dargelegt habe, in weitesten Kreisen und mit sehr beachtlichen Autoritäten die Meinung der Fachleute auf meiner Seite. Es wird immer Leute geben, die anderer Meinung sind.

(Dr. Korff: Auch Fachleute!)

Aber die Mehrheitsmeinung in der Frage ist auf meiner Seite.

Was dann die Frage der möglichst breiten Schicht von Kindern betrifft, die den Zugang zur höheren Schule bekommen sollen, so ist mein Bestreben, dieses Problem dadurch zu lösen, daß man höhere Schulen möglichst weit ins ganze Land verteilt und draußen in den sogenannten Provinzstädten ein weitverzweigtes Netz von höheren Schulen schafft, das es den Kindern auch der ärmeren Schichten möglichst erleichtert, vom Elternhaus aus diese Schulen zu besuchen.

(Sehr richtig!)

Das halte ich für den richtigen Weg zur Erreichung dieser Ziele. Ich habe ja, seit ich das Ministerium führe, schon eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen in diesem Sinne durchgeführt. Wir haben selbstverständlich außerdem noch die Möglichkeit und selber den Wunsch, durch Stipendien und Erleichterungen jeder Art einer tunlichst breiten Schicht von begabten Kindern den Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen. Ich habe gerade im Sinne einer wirklichen Demokratisierung des höheren Schulwesens erst gestern eine Verordnung unterzeichnet, die für den Besuch der höheren Schulen einen strengerem Maßstab an die Leistungen der Schüler anlegt, ganz im Sinne des Antrags, der, ich glaube, von der SPD oder der Freien Demokratischen Partei eingereicht war und vom Landtag in der letzten Sitzung bei der Beratung des Etats verabschiedet wurde. Gerade die Verschärfung der Anforderungen an die Schüler ist eine Maßnahme, die sich gegen jene Kinder wendet, die bloß etwa auf Grund des Geldbedarfs der Eltern auf den höheren Schulen sind, und die tüchtigen Kindern aller Schulen die Plätze an den höheren Schulen freimacht. Das sind Maßnahmen, die wirklich im

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

Sinne einer breiten Ausdehnung des Zugangs zur höheren Schule liegen. Ich darf aber darauf verweisen, daß mir gerade im Rahmen der Diskussion im Haushaltsausschuß ein Mitglied des Landtags den Prospekt einer höheren Schule überreicht hat, in dem die Schüler mit den Berufen der Eltern aufgezählt sind und aus dem zu ersehen war, daß drei Viertel der Kinder des Neuzugangs in der 1. und 2. Klasse Kinder von Arbeitern, Bauern, kleinen Angestellten, Gewerbetreibenden aus den breitesten Schichten des Volkes heraus sind. Das ist dann am besten möglich, wenn wir, wie gesagt, die Schule ins Land hinaus verlegen, so daß der Weg zur Schule erleichtert wird, nachdem es heute besonders schwierig ist, in den Großstädten ein Quartier oder ein Pensionat zu finden, das die Kinder aufnehmen kann. Grundsätzlich, glaube ich, ist in dem Punkte unsere Auffassung bezüglich des Ziels mit derjenigen der Militärregierung durchaus identisch.

b) Das Ministerium lehnt die Vorschriften und Direktiven der Militärregierung voll und ganz ab, wonach die Kinder aller Schichten während der ersten sechs Jahre ihrer Schulzeit zusammen in gemeinsamen Schulen zu unterrichten sind.

Das betrifft einen Teilabschnitt aus dem Vorausgegangenen. Wir sind der Auffassung, daß in der Zeit der 5. und 6. Klasse der Volksschule gerade die bestbegabten und fleißigsten Schüler in der Volksschule nicht mehr voll ihren Voraussetzungen nach gefördert werden können, wenn ihr Schulziel daselbe sein soll wie das der geistig am wenigsten begabten und am wenigsten fleißigen Kinder. Es droht in der 5. und 6. Klasse für diese Kinder die Gefahr, daß sie in eine Art Spielerei des Lernens hineinkommen, während sie aber gerade für eine höhere Schule besonders wertvolle Voraussetzungen mit sich bringen; denn in diesem Alter sind die Kinder am leistungsfähigsten, während sie später, vom 12. und 13. Jahre ab, mit Beginn der Pubertätszeit in ein für das Lernen weniger günstiges, weniger zweckmäßige Voraussetzungen mit sich bringendes Stadium hineinkommen.

c) Das Ministerium hat die auf der 6. Klasse aufbauenden Schulen nicht als höhere Schulen bezeichnet, da es das Vorrecht der höheren Schulbildung denen vorbehält, die auf Grund ihrer Fähigkeiten oder sozialen Stellung zu den Real- oder humanistischen Schulen zugelassen werden.

Hier liegt ein Mißverständnis vor. Es ist nicht so, daß wir den Besuch der höheren Schule einer kleinen Schicht vorbehalten wollten. Unsere höheren Schulen in Bayern haben immer schon für die breitesten Schichten der Bevölkerung eine Möglichkeit geboten. Wir können noch manches tun, um das zu erweitern, zu vertiefen, zu verbreitern, und sind dazu auch gewillt. Aber in dem Sinne, wie etwa in Berlin oder in einigen Teilen Norddeutschlands die höheren Schulen einem engeren Klassenkreis vorbehalten waren, sind es unsere bayerischen höheren Schulen nie gewesen. Bei uns hat der Tüchtige aus den untersten Volksschichten immer die Möglichkeit gehabt, sich auf jeden Posten anporzuarbeiten. Einer meiner allerletzten Vorgänger als Staatsminister für Unterricht und Kultus war der Sohn des früheren Hausmeisters im Kultusministerium. Ich selber bin der Sohn eines Bauern und wir haben einen Ministerpräsidenten gehabt, der

hier im Hause sitzt und auch aus den untersten Schichten des Volkes hervorgewachsen ist. Bei uns war der Weg zu den obersten Stellen im Lande immer vielen frei, wenn er auch schwer war. Wir wollen ihn jetzt noch erleichtern. Aber gegen eine so weitgehende Kritik, wie sie hier ausgesprochen wurde, glaube ich doch sagen zu dürfen, daß sie offenbar einem Mißverständnis entspringt.

Außerdem möchte ich aber noch dazu sagen: Damit, daß wir alle Schulen von der 7. Volksschulklasse ab künftig als höhere Schulen bezeichnen — also auch die 7., 8. und, wie es jetzt werden soll, 9. Volksschulklasse —, ist ja wohl die äußere Bezeichnung geändert, aber es bleibt doch ein verschiedener Weg trotz alledem. Uns ist es keine grundsätzliche Frage, ob wir die 7. mit 9. Volksschulklasse, wie es hier vorgeschrieben ist, auch als höhere Schule bezeichnen oder nicht. Das sind keine grundsätzlichen Fragen.

d) Das Ministerium hat die Übernahme des Prinzips der kostenlosen Ausbildung für alle Schüler der höheren Schulen nicht unter Beweis gestellt.

Es ist eine den Finanzminister berührende Frage, ob er die Schulgeldfreiheit für Alle einführen will und ob die Gewährung der Lehrmittelfreiheit für Alle durchgeführt werden soll. Das ist ein Problem für sich. Ich werde hernach noch gefondert einiges kurz dazu zu sagen haben.

e) Das Ministerium hat nicht für kostenlose Schulbücher für die Schulkinder gesorgt. Dieser Standpunkt des Ministeriums ist in einer Zeit, in der die Papierknappheit die Veröffentlichung nur weniger Bücher gestattet, besonders schwer aufrechtzuerhalten. Die Schulbücher werden nun gekauft, gehen in das Privateigentum der Schüler über und stehen auf diese Weise den Schülern der nachfolgenden Klassen nicht mehr zur Verfügung. Die Folge davon ist, daß viele Schüler ohne Schulbücher sein werden, wenn einmal die ersten Auflagen vergriffen sind.

Dazu bin ich folgender Meinung: Erstens ist es bisher schon so, daß in den meisten Familien mehr Kinder vorhanden sind und die jüngeren Geschwister die Schulbücher automatisch von den älteren übernehmen, wenn sie noch brauchbar sind.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich glaube aber, daß viele Eltern Bedenken dagegen haben werden, Schulbücher zu bekommen, die fremde Kinder bisher benützten. Bei den heutigen sanitären Verhältnissen eine Frage, die besonderen Bedenken begegnen muß!

(Zustimmung bei der CSU.)

Außerdem aber bekenne ich ganz offen: Ich glaube, die Schulbücher werden besser behandelt, wenn sie das Eigentum der Kinder sind und die Eltern darauf schauen, daß die Kinder ihre Bücher ordentlich behandeln.

(Ganz richtig! bei der CSU.)

Wenn aber die Kinder und Eltern wissen, daß der Staat oder die Gemeinden die Schulbücher bezahlen, dann, glaube ich, wird die Sorgfalt der Buchbehandlung etwas leiden.

Was die Papiermenge betrifft, so glaube ich, daß ein Staat das für die Schulbücher benötigte Papier jedenfalls so lange zur Verfügung haben müßte, als es noch

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

Zeitschriften und Blätter von dem Wert und der Art gibt, wie wir sie heute vielfach herumliegen sehen.

(Lebhafte Zustimmung bei der CSU.)

f) Das Ministerium hat den Kindergarten da, wo er gebraucht und eingerichtet wird, nicht als regulären Teil des Schulsystems angenommen.

Wir sind der Auffassung, daß der Kindergarten in erster Linie eine Hilfe für die Mutter ist, die im Hinblick auf ihre durch die sozialen Verhältnisse erzwungene Berufstätigkeit die Kinder selber nicht genügend betreuen kann. Er kann eine Hilfe und Entlastung der Mutter in der Erziehung sein. Aber der Kindergarten würde nach unserer Meinung besser ein Teil, gewissermaßen eine Fortsetzung des Elternhauses bleiben, als ein Teil der Schule werden.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Das Letztere ist auch deswegen zu beachten, weil ja der Kindergarten als Teil der Schule der ersten Volksschulklasse, wenn sie auf ihn aufbauen soll, Schwierigkeiten bereitet, wenn nicht alle Kinder durch die Kindergärten gegangen sind. Darin liegt ein Problem besonderer Art.

g) Das Ministerium hat vorgeschlagen, Knaben und Mädchen im Alter von zehn Jahren aufwärts zu trennen. Die Politik der Militärregierung schreibt nicht vor, daß sämtliche Schulen die Koedukation einzuführen haben, obwohl dies demokratisch wäre, aber sie verlangt, daß allen Kindern, auch den Mädchen, die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten gemeinsam oder in gleichwertigen Schulen zu geben sind.

Die Frage der Koedukation ist ein Problem, und wir sind der Auffassung, daß eine Trennung doch etwas für sich hat.

(Zuruf von der CSU: Sehr wahr!)

Nach unserer Erfahrung ist es nicht in allem richtig, die ganze Erziehung der Mädchen durch dasselbe Schema zu ziehen wie die Erziehung der Knaben. Die Gleichförmigmachung, äußerlich und charakterlich, zwischen Frauen und Männern, wie wir sie jetzt weitgehend in der Kleidung bekommen haben, ist nach unserem Dafürhalten nicht unbedingt der richtige Weg und das richtige Ziel.

h) Das Unterrichtsministerium hat keinen vollen Pflichtschulbesuch für alle Kinder bis zu 15 Jahren vorgeschrieben, da dieser Reformplan den Gemeinden die Entscheidung darüber beläßt, ob sie im 15. Jahr vollen Schulbesuch oder nur eine eingeschränkte Winterschule wünschen. Ländliche und sparsame Gemeinden können deshalb in ihrer Verpflichtung der Jugend gegenüber versagen. Dies ist um so wichtiger in Landgemeinden, die keine Berufs- und Fortbildungsschulen für alle Kinder über 14 Jahren vorsehen können und wollen.

Das ist die Einführung des 9. Volksschuljahres auch in den Dorfgemeinden draußen. Die Einführung eines 9. Volksschuljahres begegnet nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Gewerbe und Industrie nicht überall einer restlosen Begeisterung, wie erst gestern im Landes Schulbeirat, der im Kultusministerium getagt hat, zum Ausdruck gekommen ist. Ich glaube, daß es von der Bevölkerung im Lande nicht als der richtige Weg empfunden worden wäre, wenn der bayerische Kultusminister von

sich aus die zwangsweise Einführung des 9. Volksschuljahres vertreten hätte.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Außerdem hat der Haushaltsausschuß des Landtags in dem Abschnitt, der die Grundlage der heutigen Beratung bildet, selber bereits dazu Stellung genommen. Die Punkte, wegen deren hier am Minister persönlich Kritik geübt wird, sind meist identisch mit der Haltung des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags. Das bitte ich nicht zu übersehen.

i) Das Ministerium macht keine Vorschläge für die Errichtung von Einraumschulen, damit die Kinder von Höfen und Dörfern Ausbildungsmöglichkeiten haben, die denen der Kinder der Stadtbewohner zumindest nahekommen.

Hier wollen im Ziel Besatzungsbehörde und wir dasselbe. Auch wir wünschen und wollen, daß die Schulen der Landkinder denen der Stadtkinder im Niveau nicht nachstehen sollen. Wie Sie aus den Etatberatungen wissen, bin ich persönlich bemüht, in jeder Beziehung zu erreichen, daß wir für das Dorf möglichst gut qualifizierte Lehrkräfte retten und erhalten. Ich bin gerne bereit und vor mir aus gewillt, jeden Weg zu gehen, der eine Verbindung der Landschulen ermöglicht. Aber ich muß hierzu und zur Frage des 9. Schuljahres sagen, daß wir gegenwärtig doch noch große Mühe haben, die zerstörten Schulhäuser wieder aufzubauen, um den Kindern und den Klassen, die durch die Raumverhältnisse heute nur einen eingeschränkten Unterricht haben, wieder volle Bewegungsmöglichkeit zu geben und den mehr als 400.000 Kindern, die zu den früheren 800.000 bayerischen Volksschülern aus den Flüchtlingen heraus hinzugekommen sind, Raum in unseren Schulen zu verschaffen. In einem solchen Augenblick erscheint es mir als ein schwer zu erreichendes Ziel, in der allernächsten Zeit auch noch für eine 9. Volksschulklasse den Raum zu schaffen.

Das andere aber, die Beseitigung der ungeteilten oder wenig geteilten Schulen ist ein Ziel, das wir in Deutschland nicht nach den Methoden Kaliforniens lösen können. Ich gebrauche dieses Wort deswegen, weil man mir bei der Aussprache über diese Frage gesagt hat: Machen Sie es doch wie wir in Amerika, damit wir lauter Schulen bekommen mit nur einer Klasse in einem Raum und nicht mehr die mehrklassigen Schulen! Wir haben Autobusse eingesetzt und holen die Kinder des einen Dorfes und fahren sie in ein anderes. In dem einen Dorf haben wir die erste Klasse und in einem anderen Dorf die zweite und in einem dritten Dorf die dritte Klasse. Die Kinder fahren wir von einem Dorf in das andere. — Das ist mir allen Ernstes in langer Diskussion auseinandergesetzt worden.

(Lachen und Zuruf: Bayerischer Wald!)

Ich habe gesagt: Erstens ist es für uns heute indiskutabel, eine Intensivierung des Verkehrsnetzes in dem Umfang durchzuführen, wie es hier die Voraussetzung wäre, weil uns Benzin und Autobusse und alles andere fehlen. Zweitens aber sind bei uns die geographischen Verhältnisse doch ganz andere. Jemand von Ihnen hat „Bayerischer Wald“ dazwischengerufen. Man denke an die Verhältnisse im Alpengebiet oder in anderen Teilen des Landes. Da läßt sich eine solche Maßnahme nicht durchführen. Es gibt technische Schwierigkeiten, die hier im Wege stehen.

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

j) Das Ministerium hat keine Pläne für die berufliche und erzieherische Anleitung der Schulkinder vorgesehen. Das Berufsberatungsprogramm des Arbeitsministeriums ist kein Ersatz für die erzieherische und berufliche Anleitung.

Wir sind bei uns daran, die Berufsberatung der Kinder weitgehend zu fördern, ein Ziel, in dem wir auch mit der Besatzungsbehörde einiggehen. Ich möchte aber doch sagen, daß allmählich die Frage auftaucht, ob man in der Berufslenkung nicht allzu weit zu gehen beginnt. Man soll die persönliche Freiheit des Menschen in der Berufswahl nicht zu sehr einengen und den mehr oder minder sanften Druck der Leitung in eine bestimmte Linie hinein nicht überpißigen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir kommen nicht davon weg, daß letztlich doch der einzelne Mensch — bei aller Hilfe, die ihm gewährt wird — sich selber den Weg im Leben suchen und ihn selber gehen soll.

(Sehr richtig!)

k) Das Ministerium hat es verabsäumt, Schritte zu unternehmen, um für eine auf dem Universitätsniveau liegende Ausbildung aller Lehrer einschließlich der Volksschullehrer zu sorgen.

Zu dem Punkt muß ich Eingehenderes sagen. Es wird hier noch einmal betont, daß die Ausbildung aller Lehrkräfte auf Hochschulbasis zu erfolgen hat. Dieser Begriff „Ausbildung aller Lehrkräfte auf Hochschulbasis“ setzt voraus, daß die Lehrkräfte durch die sogenannte höhere Schule gehen, sie absolvieren und dann auf Universitätsbasis ihre Ausbildung erhalten, wobei hochschulmäßige Methoden und außerdem hochschulmäßige Rechte einschließlich des Rechtes der Promotion für alle vorgeschrieben sind. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß unter den Begriff „alle Lehrkräfte“ alles fällt, was an der Schule tätig ist, einschließlich der Fachlehrkräfte für Kochen und Handarbeiten, auch einschließlich der Lehrkräfte für die Berufsschulen, die wir bisher weitgehend aus Handwerks- und Fachkreisen genommen haben, einschließlich auch — das ist ausdrücklich betont — der Hauswirtschaftslehrerinnen und der Lehrkräfte, die an den Kindergärten tätig sind.

(Zuruf: Hört!)

Wir haben gegen diese Erweiterung des Zwangs zur hochschulmäßigen Ausbildung Bedenken geltend gemacht. Ich möchte hier noch etwas über die Auswirkung der Vorschriften sagen: Wenn sie ganz durchgeführt werden, dann wird von den bisher durch klösterliche Kräfte geführten Kindergärten der weitaus größte Teil zusperrten müssen.

(Zuruf: Warum Kindergärten?)

— Warum das die Kindergärten sind? Ich habe mich heute früh noch mit Staatsrat Meinzolt von meinem Ministerium, der für den evangelischen Volksteil zu sprechen in der Lage ist, darüber unterhalten. Wir haben unsere Kindergärten weitgehend in den Händen von Schwestern, bei uns der Maltersdorfer Schwestern und anderer Orden, auf der evangelischen Seite der Kräfte, die aus Neuendettelsau kommen. Diese Kräfte in den Klöstern haben keine Mittelschulbildung oder keine höhere Schulbildung und werden sie zum guten Teil auch

später nicht haben. Sie können also nicht auf die Universitäten und auf diese Lehrerbildungsanstalten auf Hochschulbasis gehen. Die Orden sind an sich auch nicht im vorhinein darauf abgestellt, ihre Ordensangehörigen in so weitem Umfange auf die höhere Schule oder gar Universität zu schicken. Die Englischen Fräulein, die Armen Schulschwestern schicken bisher schon die Lehrkräfte auf die Universität, die entsprechend im Einzelfall als Lehrerinnen und Leiterinnen von höheren Schulen tätig sein sollen. Wenn wir aber auch die Kräfte der Kindergärten auf die Universität schicken sollen, müssen unsere katholischen Orden und auch die Neuendettelsauer Schwestern ihre Kindergärten zusperrten. Das sind Maßnahmen, die sehr weit übergreifen und Konsequenzen haben, die nicht einmal in der vergangenen Zeit in allen Teilen angestrebt oder erreicht wurden. Ich glaube nicht, daß man überall bei dem Druck, der hinter diese Vorschriften gesetzt worden ist, sich über die Konsequenzen ganz im klaren war. Aber Sie sehen daraus, daß auch in dem Punkt die Haltung des bayerischen Kultusministers durchaus ihre begründeten sachlichen Hintergründe hat.

(Bravo!)

Ich komme zum nächsten Punkt. Die finanzielle Auswirkung — vielleicht ist jetzt der Platz, dazu zu sprechen — all dieser Maßnahmen beträgt nach der Zusammenstellung, die wir im Kultusministerium gemacht haben, wenn einmal die Maßnahmen im ganzen durchgeführt sind, auf die Dauer jährlich über 50 Millionen Mark ohne die einmaligen Ausgaben; das Finanzministerium schätzt den Betrag noch höher. Ich werde Ihnen die Zusammenstellung bekanntgeben, wenn dieses Programm durchbesprochen ist.

Also weiter:

k) Das Ministerium hat es verabsäumt, Schritte zu unternehmen, um für eine auf dem Universitätsniveau liegende Ausbildung aller Lehrer einschließlich der Volksschullehrer zu sorgen.

l) Das Ministerium plant die Sicherstellung staatlicher Unterstüttungen für Privatschulen. Es macht jedoch weder Vorschläge für die Beaufsichtigung dieser Schulen noch stellt es irgendeinen Plan auf, um staatlich unterstützte Privatschulen zur Gewährung einer kostenlosen Ausbildung ihrer Schüler zu veranlassen.

Den Punkt kann ich dahin aufklären, daß das bayerische Kultusministerium bisher schon die Privatschulen — es sind in erster Linie ja klösterliche Schulen — sehr streng überwacht. Hier scheint doch die volle Kenntnis unserer Verhältnisse nicht gegeben gewesen zu sein. Außerdem darf ich feststellen, daß die Leistungen der klösterlichen Schulen in ihren Qualitäten durchaus denen der staatlichen Schulen gleich sind und zum Teil darüber liegen.

(Sehr richtig!)

Ich erwähne hier nur Scheyern, ich erwähne Metten und Ettal. Diejenigen, die die Leistungen dieser Schulen kennen, werden mir recht geben.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Das Kultusministerium ist aber durchaus gewillt, in dem Punkt weiterhin eine strenge Aufsicht walten zu lassen, so daß wir im Prinzip durchaus mit der Militärregierung einiggehen. Daneben haben wir selbstverständlich die

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

Verpflichtung, wenn die Schulgeldfreiheit allgemein eingeführt wird und der Staat die Kosten ganz übernimmt, auch diesen Privatschulen gegenüber durch Zuschüsse den Ausfall an Schulgeld zu decken. Darüber sind wir uns im klaren, das durchzuführen sind wir auch gewillt.

m) Das Ministerium hat noch einen Plan vorzuschlagen, um Schülern akademischer höherer Schulen Berufsausbildungskurse zu bieten.

Diese Ergänzung kann und wird gemacht werden.

Tatsache ist jedoch, daß diese Lehrpläne, die Lehrpläne dieser Schulen von den wirklichen Problemen des täglichen Lebens fernhalten.

Ich bin nicht der Meinung, daß die Lehrpläne der höheren Schulen bei uns die Kinder sehr weit von den Problemen des täglichen Lebens fernhalten würden, insbesondere nicht, soweit hier realistische Anstalten in Frage kommen.

(Zuruf.)

— Auch das Humanistische Gymnasium wohl nicht! Aber wir sind gerne bereit, die Details mit der Militärregierung durchzubespochen und Verbesserungen anzubringen, wenn wir uns auf konkrete Punkte konzentrieren können.

n) Das Ministerium hat keine wirksamen Ausschüsse zur Aufstellung von Schulreformplänen, wie sie in der Kontrollratsdirektive Nr. 54 der Alliierten Kontrollratsbehörde verlangt wird, organisiert. Das Ministerium hat allerdings Vorschläge für beratende Erziehungsausschüsse des Landes und der Kreise erwähnt.

Ich habe gestern bereits eingehend dargelegt, daß der Kreis der Sachverständigen, die zugezogen waren, sehr breit gewesen ist. Ich habe erst heute früh den Bericht über die gestrige Besprechung in meinem Ministerium erhalten, bei der, angefangen vom Hochschulrektor bis zum Gewerkschaftssekretär, zum Vertreter der Bauern und zu den Schulfachleuten, alle zusammengesessen sind und beraten haben. Es waren 45 bis 50 Leute, die teilgenommen haben. Allerdings muß ich sagen: Ich bin der Auffassung, daß die Führung und Entscheidung in diesen Dingen das Ministerium und der Minister in der Hand behalten muß. Es kann nicht so sein, daß irgendeine Nebenregierung gebildet wird, die ihrerseits bestimmt, was im Lande zu geschehen hat; diese Gremien haben sich auf eine beratende und begutachtende Tätigkeit zu beschränken.

o) Die Praxis des Ministeriums, das wöchentliche Amtsblatt zum Erlaß und zur Verordnung größerer Revisionen im Erziehungsprogramm zu benutzen, ohne auf die Richtlinien der Militärregierung Bezug zu nehmen, wurde vom Amt der Militärregierung für Deutschland beanstandet.

Ich habe nachgefragt, um was es sich hierbei handelt. Es war ein Fall, in dem die Umbenennung einer Schule angeordnet ist. Das sind aber keine Dinge von grundsätzlicher Art; wir können ruhig solche Fragen vorher der Militärregierung vorlegen, wenn das verlangt wird.

p) Auf der positiven Seite hat das Ministerium seine Absicht ausgedrückt, das Gesundheitswesen zu fördern und zu überwachen und bei allen Schulen, gleich welchen Niveaus, Staatsbürgerkunde in

den Lehrplan aufzunehmen. Dies entspricht den Richtlinien und Direktiven der Militärregierung. Diese Pläne bedürfen weiterer Klarstellung, Detaillierung und Durchführung.

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen eine Serie von Maßnahmen aufgezählt, die wir im Sinne dieser Vorschriften der Militärregierung bereits im abgelautenen Jahr getroffen haben.

Das sind die einzelnen Punkte. Ein paar Schlussbemerkungen sind noch daran geknüpft, die aber nicht mehr Detailbestimmungen betreffen.

Wie ist die Situation jetzt? Ich habe auf Grund der Anweisung — ich habe gestern bereits dargelegt, daß sie als Befehl erklärt worden ist — zum 1. Februar der Militärregierung einen Plan über die volle Durchführung dieser Punkte im einzelnen vorzulegen. Die Maßnahmen haben dann nach unserer Verfassung naturgemäß auf dem Weg über Gesetze oder Verordnungen des Ministeriums zu erfolgen. Ich werde zur Durchführung der einzelnen Forderungen jeweils die Gesetzentwürfe und Verordnungen dem Landtag vorlegen. Der Landtag hat dann die Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Es werden sich viele Fragen ergeben, in denen zwischen uns und der Militärregierung Übereinstimmung besteht und bei denen eine glatte Durchführung möglich ist. Es werden aber auch Fragen zu behandeln sein, wo Verschiedenheiten in der Auffassung vorliegen.

Ich möchte noch die finanziellen Auswirkungen dargelegen. Es sind die nachhaltigen Kosten für die Umstellung der Lehrerbesoldungen auf die Ausbildung auf Hochschulbasis geschätzt auf — wenn das Ganze durchgeführt ist — jährlich 27 Millionen Mark Mehrausgaben. Man hat mir gesagt: Das vollzieht sich ja nur allmählich, weil doch dann jährlich nur etwa 1000 Schüler von den Hochschulen kommen und in den Lehrerberuf übergehen werden. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß wir heute schon einen beträchtlichen Teil von Lehrern, insbesondere in Städten, haben, die die Hochschulen besucht haben; und die werden mit Recht die sofortige Angleichung ihrer Gehalts- und ihrer Versorgungsbezüge verlangen. Auch weiß ich nicht, ob sich die Gruppe der anderen Lehrer auf die Dauer mit einer niedrigeren Besoldung zufrieden geben wird.

(Dr. Stang: Die ja dasselbe leisten!)

— Wenn sie doch dasselbe leisten; der Zwischenruf ist richtig.

Dann wird geschätzt die Einführung der Schulgeldfreiheit an den höheren Lehranstalten auf etwa 8 Millionen Mark jährlich; die Fernmittelfreiheit an den Volks- und Berufsschulen — diese Kosten würden voraussichtlich von den Gemeinden zu tragen sein — auf etwa 8 bis 12 Millionen Mark jährlich; ferner die dauernden Kosten für die neu zu bildenden pädagogischen Abteilungen der Hochschulen auf etwa 3 Millionen Mark jährlich. Das sind zunächst 50 Millionen Mark jährlich.

Hierin sind nicht inbegriffen die Kosten für die parallelen Maßnahmen an den Hochschulen, von denen in den Diskussionen bis jetzt nicht die Rede war, von denen mir aber schon wiederholt gesagt worden ist, daß sie in der Folgezeit auch kommen müssen. Es sind nicht enthalten die Kosten für die einmalige Erweiterung der Schulhäuser im ganzen Lande und für die Ver-

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

mehrung der Lehrkräfte infolge der Einführung der 9. Volksschulklasse. Es sind ferner nicht enthalten die Kosten für die einmalige Errichtung der Neubauten und die Ausstattung der pädagogischen Hochschulen, so daß das Finanzministerium die Gesamtausgabe sehr viel höher schätzt als ich. Der Staatsminister der Finanzen hat bereits seinerseits durch ein Schreiben an den Ministerpräsidenten bei der Militärregierung für Bayern seine Bedenken in finanzieller Hinsicht geltend gemacht.

Es ist vor wenigen Tagen öffentlich gesagt worden: Für das Bildungswesen muß man doch alles tun können. Das hohe Haus weiß, daß ich diese Auffassung durchaus teile; und bei der Beratung des Stats des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ist das, insbesondere im Haushaltsausschuß, sehr klar zum Ausdruck gekommen. Ich muß aber sagen: Wir müssen andererseits bei jeder Ausgabe auch überlegen, ob sie zwingend notwendig ist, und wir müssen überlegen, ob mit den Maßnahmen, die geplant sind, das Ziel, das angestrebt wird, auch erreicht wird. Ich gehöre zu denen, die der Auffassung sind, daß es für die demokratische Erziehung eines Volkes von nicht so weittragender Bedeutung ist, ob die Kinder zwei Jahre länger gemeinsam in die Volksschule gehen oder nicht

(sehr richtig!)

und ob die Lehrer, einschließlich aller Fachlehrkräfte bis herauf oder herunter zu den Hauswirtschafts- und Kindergartenlehrerinnen, auf Universitätsbasis gebildet sind, sondern ich bin der Meinung: Für die demokratische Erziehung eines Volkes ist von entscheidender Bedeutung der Geist der Lehrer

(sehr richtig!)

und der Inhalt der Lehrpläne und Schulbücher.

(Sehr gut!)

Auf dem Gebiet alles anzupacken, scheint mir der gewichtigere Weg.

Wir dürfen außerdem nicht übersehen, daß eine Mehr- oder Minderausgabe von dauernd 50 bis 70 Millionen Mark für den bayerischen Staatshaushalt eine sehr einschneidende Sache ist und daß das am allerscharfsten zum Ausdruck kommen wird, wenn wir — wie jetzt so viel diskutiert wird — unser Geldwesen auf eine neue Währung und eine solide Grundlage werden umgestellt haben und jeden Pfennig zweimal umdrehen müssen.

(Sehr richtig!)

Man hat mir gesagt: Man hat ja in früheren, besonders in den letzten Jahren Milliarden und Milliarden für den Militarismus ausgegeben; da muß man doch jetzt diese Summen für das Schulwesen aufwenden können!

(Haas: Sehr richtig!)

Hat man dabei bedacht, daß die Ausgaben für den Militarismus in der Hitlerzeit

(Zuruf von der SPD: und vorher!)

nicht Ausgaben aus dem Geldbeutel oder einer Kasse, sondern neue Schulden waren?

(Sehr richtig! bei der CSU.)

In den letzten Tagen ist durch die Zeitungen die Nachricht gegangen, daß das Hitler-System Tag für Tag 76 Millionen Mark Schulden neu gemacht hat. Das waren die Ausgaben!

(Haas: Vor Hitler hat es auch schon Militarismus gegeben!)

— Auch vor 1933; aber damals hatten wir wirtschaftlich eine andere Steuerkraft, als wir sie heute im Lande haben.

(Sehr richtig!)

Ein solcher Vergleich ist auch deswegen nicht richtig, weil wir in dieser Schuldenlast, die die Ausgabefreudigkeit des nationalsozialistischen Staates uns hinterlassen hat, die Folgen einer Methode vor uns sehen, die wir für die Zukunft nicht einschlagen können. Wir können in Zukunft nur das Geld ausgeben, das wir aus den Steuern einnehmen. Das Hitler-System hat mit der Ausgabefreudigkeit, auf die man sich da berufen hat, einen Zustand geschaffen, der die Währung restlos kaputt gemacht hat, der die entscheidende Ursache unserer heutigen Wirtschaftskrise ist und uns zwingt, jetzt in der Form der Währungsumstellung praktisch doch wieder eine Geldentwertung in größtem Maßstab anzuerkennen und durchzuführen.

(Sehr wahr!)

Dieses System mit neuen Schulden können wir nicht anwenden.

(Sehr richtig!)

Es ist also falsch, nach rückwärts hin zu sagen: Man hat einen Haufen Geld gehabt, den man für den Militarismus ausgegeben hat, und der Haufen Geld, der vor uns liegt, soll in der Zukunft für die Schulen ausgegeben werden. Nein; man hat Schulden gemacht und den Staatsbankrott gemacht. Und wir wollen den Staat nicht wieder von neuem bankrott machen.

(Sehr gut!)

Man hat gesagt: Es fallen aber doch die Ausgaben für den Militarismus jetzt weg; und es ist aus der linken Seite des Hauses dazwischengerufen worden: Auch vor 1933 hat man für den Militarismus Ausgaben in Milliardenbeträgen gehabt. Das ist durchaus richtig. Aber, meine Herren — und hier möchte ich den Herrn Zwischenrufer von vornhin besonders bitten, herzuhearschen —, dadurch, daß der Militarismus weg ist und daß wir die militäristischen Ausgaben aus der Zeit der Weimarer Republik und die Ausgaben für den Militarismus aus der Hitlerzeit nicht mehr haben, werden uns die Gelder dafür nicht erpart; denn an die Stelle der Ausgaben für die Reichswehr, die Marine und die Luftflotte im Weimarer Reich und der militäristischen Ausgaben im sogenannten Dritten Reich sind heute für den bayerischen Staat allein eine Milliarde Mark Ausgaben für Besatzungskosten getreten.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Zuruf von der SPD: Die fallen wieder weg!)

Das müssen wir in Rechnung stellen; und an die Stelle der Ausgaben —

(Zuruf: Reparationen!)

— richtig: für Reparationen können wir nicht ohne weiteres etwas anderes setzen. Aber an die Stelle einer finanziell leistungsfähigen, funktionierenden, steuerkräftigen Wirtschaft ist ein zerstörtes Heimatland, sind ver-

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

nichtete Fabriken und leere und stillstehende Werkstätten getreten.

(Sehr gut!)

Wo wollen wir die Steuermittel so aus dem Vollen hernehmen, wie man hier an manchen Stellen glaubt? Es wäre von einer Staatsregierung verantwortungslos, wenn sie sich nicht bei jedem Steuergroschen gewissenhaft überlegen würde, ob sie ihn als dauernde Ausgabe, ohne Rücksicht auf die künftigen Entwicklungen und Möglichkeiten, dem Volke auferlegt. Es muß genau geprüft werden, ob jede heute zwangsweise für die kommenden Jahre festgelegte Ausgabe für unser Volk wirklich die Ziele und Verbesserungen bringt, die einer solchen Mehrausgabe wert wären und entsprechen würden. Das sind die Grundgedanken, aus denen heraus unsere Stellungnahme zu all diesen Maßnahmen erwächst.

Ich muß aber — und möchte die Gelegenheit hier noch dazu benützen — auch dem Ausland gegenüber manche falsche Meinung richtigstellen, die über die Haltung des bayerischen Kultusministers dort verbreitet worden ist. Vielleicht haben meine Ausführungen gestern und heute manchem eine Kenntnis von Einzelheiten vermittelt, die ihn in dem einen oder anderen Punkt auch in seiner Beurteilung der ganzen Sachlage beeindruckt hat. Ich möchte aber nach außen hin folgendes sagen. Ich bekam eine Nummer der „New York Times“ vom 28. November 1947 übersandt, in der unter anderem gesagt wird:

Nach Dr. Alexander, dem Chef der Abteilung für Erziehung und religiöse Angelegenheiten in Berlin, hat der bayerische Unterrichtsminister diejenigen Mitglieder seines Ministeriums ausgeschaltet oder entfernt, die eine liberale und fortschrittliche Reform im Schulwesen vorschlugen. Dr. Hundhammer wird stark von Hoch- und Mittelschullehrern unterstützt, die ihr Vorrecht auf einen bevorzugten Stand und eine bevorzugte Besoldung schützen wollen, fügt er hinzu.

Ich weiß, daß Presseinterviews nicht immer so wiedergegeben werden, wie der Befragte sich geäußert hat. Ich weiß aus meiner eigenen Erfahrung, daß manches in den Zeitungen etwas anders dargestellt wird, als man es selber geäußert hat. Ich mache deshalb durchaus den Vorbehalt, daß noch nicht feststeht, ob die Sätze, die ich Ihnen jetzt vorlesen habe, wirklich eine Äußerung des hier zitierten Mitglieds von OMGUS sind oder ob es sich um eine Darstellung des betreffenden Reporters handelt. Ich möchte mich meinerseits aber auf alle Fälle gegen die Unrichtigkeiten, die darin enthalten sind, wenden, weil ich es bedauere, daß auch in der amerikanischen Presse in so großem Umfang irrige Darstellungen über die Absichten und über die Verhältnisse bei uns verbreitet werden.

Ich habe seit meiner Amtstätigkeit kein einziges Mitglied meines Ministeriums, das hierfür in Frage kommen könnte, aus dem Ministerium entfernt;

(hört, hört!)

Ich habe kein einziges Mitglied meines Ministeriums in der Weise behandelt, wie es hier steht. Ich habe gebeten, man möge mir die Namen nennen, die in Betracht kommen könnten. Es gibt kein Mitglied des Kultusministeriums, das hier in Frage kommen könnte und das ich entfernt hätte.

Und es ist nicht richtig, daß ich, wie hier gesagt wird, bei meiner Haltung von den Hoch- und Mittelschullehrern unterstützt würde, weil sie ihr Vorrecht auf einen bevorzugten Stand und eine bevorzugte Besoldung schützen wollten. Ich nehme für den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, für den Rektor der Universität München, für die Hochschullehrer und auch für den ganzen Kreis von Sachverständigen, die auf meinem Standpunkt stehen und mich unterstützen, in Anspruch, daß sie dies aus ihrer besseren Erkenntnis der Sache und der Zusammenhänge heraus tun. Man soll nicht Leute diesen Formats so gering einschätzen, wie es hier geschehen ist.

(Bravorufe bei der CSU.)

Meine Damen und Herren, ich bin am Ende meiner Ausführungen. Ich lege Wert darauf, hier zusammenfassend noch einmal zu betonen, daß in der Tat aus unseren Maßnahmen, die ich heute früh zu Beginn der Sitzung dargelegt habe, durchaus die Entschlossenheit und der Wille hervorgeht, das Schulwesen bei uns wieder auf eine größtmögliche Höhe zu heben. Es ist doch unser eigenes Interesse, das Schulwesen nicht zu demontieren, sondern aufzubauen.

(Sehr richtig!)

Wir tun gerne alles, was uns helfen kann, das bayerische Schulwesen im Rahmen des deutschen Schulwesens wieder auf die Höhe zu bringen, die den deutschen Gelehrten und den durch unsere Schulen gegangenen deutschen Facharbeiter, Fachmann und Ingenieur in der ganzen Welt geschätzt und angesehen gemacht hat.

(Sehr gut!)

Alles, was in dem Sinn geschehen kann, geschieht von uns aus gerne und wird weiterhin im engsten Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit den Befähigungsbehörden, deren Mithilfe und Unterstützung wir gerne und dankend in Anspruch nehmen, durchgeführt.

Wogegen wir uns wenden, sind Maßnahmen, die wir nicht als diesem Ziele dienlich erachten. Was wir tun, ist, daß wir gegen Maßnahmen Bedenken geltend machen, die wir glauben geltend machen zu müssen. Es ist wohl unser gutes Recht und, ich glaube, auch die Pflicht eines freien Mannes, zu sagen, daß man nicht in allem heute Gedanken, Probleme und Pläne für das Schulwesen, die in einem anderen Kontinent entstanden und ausprobiert sind, ohne weiteres geschlossen nach Europa, nach Bayern übertragen kann.

Ich weiß, in der russischen Zone hat man diese Pläne, die in der Kontrollratsdirektive festgelegt sind, schon sehr weitgehend durchgeführt. Man hat sie in der englischen Zone nicht durchgeführt; man hat sie in der französischen Zone nicht durchgeführt; und wir glauben, sagen zu dürfen, daß auch bei uns in Bayern Gesichtspunkte gegeben sind, die vielleicht bei der Aufstellung der Pläne dort, ferne von unserem Heimatland, nicht in allen Einzelheiten genügend bekannt waren und mit in Rechnung gestellt wurden. Das ist unsere sachliche Auffassung.

Wir werden der Kultur unseres Heimatlandes und der Kultur Europas und der Welt einen Dienst erweisen, wenn wir uns das, was am Vergangenen wertvoll ist, in die Zukunft hinüberretten, wenn wir das, was neu, gut und erprobt ist, zu dem Alten hinzufügen und so das Beste schaffen für unser Volk.

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Staatsminister für seine tiefeschürfenden, instruktiven Ausführungen bezüglich der Schulreform. Das hohe Haus hat vielleicht zum ersten Mal einen Einblick in die zwischen der Militärregierung und dem Staatsministerium schwebenden Differenzpunkte gewonnen. Diese Aufklärungen werden dem Haus bei der Stellungnahme und der Aussprache dienlich sein.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich bitte vorher noch zu einer kurzen Bemerkung ums Wort!)

Der Herr Staatsminister hat zu einer kurzen Bemerkung das Wort.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich bin eben darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich vorhin bei Erwähnung der einen Milliarde Mark, die wir jetzt an Stelle der eigenen Militärfkosten allein in unserem bayerischen Etat haben, nicht mit bemerkt habe, daß diese Summe neben den Besatzungskosten auch die Kriegslasten für Flüchtlinge usw. mit in sich schließt. Auch sie sind an die Stelle der Militärfkosten getreten.

II. Vizepräsident: Das Haus nimmt hiervon Kenntnis.

(Hofer: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Hofer.

Hofer (SPD): Es wäre, nachdem der Herr Staatsminister gestern davon gesprochen hat, daß die anderen Länderregierungen der US-Zone auch aufgefordert worden sind, die gleichen Schulreform-Pläne einzureichen, vielleicht zweckmäßig, daß er uns heute darüber berichtet, wie es augenblicklich in den anderen Ländern der US-Zone in Bezug auf die Schulreform-Pläne aussieht. Denn meiner Meinung nach könnte die Debatte wesentlich abgekurzt werden, wenn der Herr Staatsminister so freundlich wäre, seine Ausführungen noch nach der Seite hin zu ergänzen.

II. Vizepräsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Abgeordneter Haushleiter.

Haushleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Ich glaube, diejenigen Fachleute unter den Abgeordneten, die in der Debatte sprechen, sind sehr wohl über den Stand der Dinge in Hessen und Württemberg informiert, so daß es zur Abkürzung der Debatte dient, wenn wir nun nicht auch noch eingehende Referate über die dortige Schulreform hören. Ich bin der Überzeugung, daß wir in Bayern vom Stand des bayerischen Schulwesens auszugehen haben,

(sehr richtig!)

daß die Fachleute bei uns

(Haas: Das ist eine Frage des ganzen Volkes, nicht nur der Fachleute!)

auch die betreffenden Planungen studieren und daß der Landtag nach der Diskussion einen genauen Einblick in die Gesamtlage auf diesem Gebiet haben wird.

II. Vizepräsident: Der Herr Staatsminister ist bereit, sofort auf Grund der Anregung aus dem Hause Stellung zu nehmen.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Die Sachlage ist folgende: In der ersten Antwort an die Militärregierung zum 30. März oder 1. April haben sich die

Standpunkte von Württemberg und Hessen in sehr vielen Punkten mit unserem Standpunkt gedeckt, obwohl man dort in allgemeineren Darlegungen teilweise den Wünschen oder Direktiven vielleicht mehr entgegengekommen ist als bei uns.

In den Plänen zum 1. Oktober hat Hessen sich bereit erklärt, die Einschränkung der höheren Schule und die Erweiterung der Volksschule auf 6 Jahre anzunehmen. Auch Württemberg und Bremen sind in der Beziehung nachgiebiger gewesen,

(Zuruf links: fortschrittlicher!)

obwohl die Stimmen, die dagegen sprachen, auch dort sehr zahlreich waren. Es sind mir gerade von Württemberg aus, von der Leitung des Württembergischen Kultusministeriums, die Bedenken, die dagegen sprechen, in umfassender Form mitgeteilt worden, und die Einwände sind auch in Hessen sehr nachdrücklich gewesen. So ist der Stand der Dinge.

Man hat einmal gesagt: Wenn erst einmal Bayern diese Maßnahmen eingeführt hat, dann führen sie die anderen alle von selber ein.

(Hört!)

Man hat also Bayern gewissermaßen den Vortritt gelassen. Wenn aber Bayern schon ein großes Ansehen hat und ihm ein mustergültiges Vorgehen zugetraut wird, dann ist es, glaube ich, unsere besondere Pflicht, sehr sorgfältig das Für und Wider der einzelnen Maßnahmen abzuwägen. Und das haben wir nach bestem Wissen und Gewissen getan.

(Bravo! bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Wir treten nun in die Aussprache ein. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meigner.

Meigner (CSU): Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren! Die Beratungen über die Schulreform, die uns hier in diesem hohen Hause beschäftigen, sind unmittelbar veranlaßt durch die amerikanische Militärregierung. Aber die Schulreform kann nicht in erster Linie eine Angelegenheit der Besatzungsmacht sein, sondern sie ist vor allem eine Frage des deutschen, eine Angelegenheit und eine Aufgabe des bayerischen Volkes.

Die Frage der Schulreform, der Erneuerung unseres Schul- und Erziehungswesens, hätte auch aufgeworfen werden müssen, wenn die Besatzungsmacht ihrerseits nicht Stellung genommen hätte. Die ungeheure Katastrophe, die unser Volk getroffen hat, muß ihm Anlaß sein zu einer ersten Selbstbesinnung, zu der Frage nach den letzten Ursachen der Katastrophe, und diese Selbstbesinnung führt von selbst auch zur Überprüfung seines Schul- und Erziehungswesens, zu dem Entschluß, die Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation neu zu gestalten, so zu gestalten, daß diese Generation imstande ist, den Weg aus dem Abgrund zur Höhe, zu Frieden und neuer Wohlfahrt zu finden und zu gehen.

In der Tat kann die Erörterung über die Neugestaltung unseres bayerischen Erziehungs- und Bildungswesens an der Frage nicht vorübergehen, welches die letzten Ursachen unseres Unglücks und des Irwegs unseres Volkes waren und wo deshalb die Erziehungsreform vor allem einsetzen muß, wenn sie in Wahrheit eine Reform, eine Erneuerung unseres Schul-

(Meinert [CSU])

und Bildungswesens sein und zur Wiedergeburt unseres Volkes beitragen soll.

Es ist klar, daß die Ursachen nicht an der Oberfläche, sondern sehr tief liegen. Unser Volk hat den Absturz in die Tiefe auf der Höhe einer Kultur erlebt, die sich tiefer Blickenden seit langem schon als Abweg enthüllt hatte. Es war eine technische, es war eine verweltlichte Kultur, und der Abweg bestand darin, daß sie zwar dem Menschen eine ungeahnte Herrschaft über die Kräfte der äußeren Natur verliehen hatte, daß aber mit dieser Beherrschung der äußeren Natur die Beherrschung der inneren Natur, des Tierischen und Dämonischen im Menschen, nicht Schritt gehalten hatte, daß vielmehr die Pflege des inneren Menschen, die Kultur der Seele, immer mehr vernachlässigt und vergessen worden war, daß die Menschen im Wahn eines stolzen Fortschritts glaubens den Glauben an die höchsten Lebenswahrheiten verlassen, die Verbindung mit Gott und der Welt des Ewigen gelöst, die Verantwortung vor Gott, die Bindung an ein ewiges und unveränderliches Sittengesetz geleugnet hatten, daß sie sich insbesondere immer mehr von den Grundsätzen des Christentums, des Evangeliums und der Bergpredigt gelöst hatten.

Der Nationalsozialismus stellte einen Gipfelpunkt dieser Entwicklung dar, und er hat uns die Augen geöffnet, zu welcher Entmenslichung und Verrohung diese Preisgabe der höchsten Lebenswahrheiten führen mußte. Es ist darum eine Lebensfrage unseres Volkes, ob es den Weg zu diesen christlichen Lebensordnungen wieder findet, ob es ihn wieder gehen will. Es ist diese Frage nach unserer Überzeugung zugleich die Kardinalfrage der Umerziehung, der Reform unseres Erziehungs-, Bildungs- und Schulwesens. Das Ziel der Schulreform muß deshalb lauten: Kultur der Seele muß wieder die Seele unserer Kultur und die Aufgabe unserer Bildung werden. Schulreform muß Verinnerlichung und Vertiefung, Humanisierung und Christianisierung unseres Bildungs- und Erziehungswesens bedeuten.

Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich einige Grundsätze herausstellen.

Es fällt auf, daß bei der Erörterung über die Reform der Schule und Erziehung, die seit einem Jahr stattfindet, im Vordergrund, ja im Mittelpunkt die Frage des organisatorischen Neuaufbaus des Schulwesens steht und daß dabei Forderungen erhoben werden, die einen radikalen Bruch mit unserer in jahrhundertlangem Wachstum gewordenen Schulkultur bedeuten. Die Wirkung einer äußeren Schulreform und die Bedeutung der Schulorganisation wird hierbei ungebührlich überschätzt. Für uns ist Schulreform vor allem eine Sache der inneren Neugestaltung des Erziehungs- und Schulwesens. Wir haben dies in unserem Antrag zur Schulreform zum Ausdruck gebracht mit dem Grundsatz: Mehr als auf die Form kommt es auf den Geist an, der die Schule beherrscht, und darum ist die innere pädagogische Erneuerung unseres Schulwesens wichtiger als eine bloß äußerliche organisatorische Umgestaltung.

Ein Zweites: Es muß in einem demokratischen Staat der Grundsatz anerkannt werden, daß die Umgestaltung des Erziehungs-, Bildungs- und Schulwesens von

unserem Volk selbst in eigener Verantwortung und im Bewußtsein seiner Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit und der Zukunft durchgeführt werden muß. Diese Verantwortung und Verpflichtung kann unserem Volk niemand abnehmen. Die Regelung des Schulwesens ist eine innerdeutsche, eine innerbayerische Angelegenheit, ist nach unserer Auffassung Pflicht und Recht der bayerischen Volksvertretung.

Ein Drittes: Gegenüber dem Staatstotalitarismus der Vergangenheit muß im ganzen Volk das Bewußtsein neu geweckt werden, daß die Eltern an erster Stelle die oberste Pflicht und das natürliche und gottgegebene Recht auf die Erziehung und Bildung der Jugend im ganzen Umfang haben und daß der Staat, wie die Bayerische Verfassung in Art. 126 das auch ausdrücklich ausspricht, die Eltern in der Erfüllung ihrer Pflichten und in der Ausübung des Naturrechts zu schützen und zu unterstützen, nicht aber zu verdrängen und zu ersetzen hat.

Ein Viertes: Die Schule muß vor allem Erziehungs- und Bildungs-, nicht nur Lern- und Wissensschule sein, und darum verpflichtet uns unser christliches und unser pädagogisches Gewissen — und wir berufen uns hier wieder auf die Verfassung —, die Glaubens- und Bekenntnisschule, wo immer sie möglich ist, insbesondere aber für die Volksschule zu fordern, weil in dieser Schulform allein die Segenskraft der Religion für die Jugendberziehung in vollem Ausmaß wirksam wird.

Daß unser Schulwesen einer gründlichen Überprüfung und Neugestaltung bedarf, in dieser Überzeugung begegnen sich unsere Auffassungen mit denen der Besatzungsmacht. Was die Militärregierung von der Gestaltung des deutschen Schul- und Erziehungswesens mit Recht fordern kann, das ist die Sicherung des Weltfriedens durch Demokratisierung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung und soziale Gestaltung des gesamten deutschen Schul- und Erziehungswesens. Diese Forderung der Besatzungsmacht bleibt für uns nicht ein Mandat des Siegers, sondern ein Postulat unserer eigenen Vernunft, unserer tiefsten Überzeugung und unseres Gewissens. Wir waren aber der Auffassung, daß ein demokratisches Volk, wie es Amerika ist, weit davon entfernt sei, als Sieger dem besiegten Volk eine bestimmte Schulreform, etwa die amerikanische Schulform, aufzuzwingen. Wir waren der Überzeugung, daß, wenn die Militärregierung für den äußeren organisatorischen Aufbau unseres Schulwesens uns Richtlinien gibt, diese Richtlinien nur einen direktiven, nicht aber einen präzeptiven Charakter haben können. Wir müssen gestehen, daß wir aufs tiefste betroffen waren, gestern aus den Ausführungen des Herrn Kultusministers zu entnehmen, daß unsere Annahme irrig war, daß die amerikanische Militärregierung tatsächlich eine unserem Volk und seiner in Jahrhunderten gewachsenen Kultur nicht gemäße Schulform aufzuzwingen beabsichtigt.

(Zuruf: Das ist Ihre Auffassung!)

Es darf doch nicht übersehen werden, daß die Schulkultur eines Landes und Volkes von der Gesamtkultur nicht losgelöst werden kann, aus der sie hervorgegangen ist und die sie der nachfolgenden Generation zu überliefern hat. Es darf nicht übersehen werden, daß diese Schulkultur mit der Eigenart eines Landes und Volkes, mit seinen geographischen, historischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eigentümlichkeiten aufs engste verknüpft ist, daß daher ein Schulorganisationschema, das

(Meigner [CSU])

in unserem Land in gleicher Weise wie in anderen Ländern angewendet werden könnte, nicht existiert. Der Herr Kultusminister hat uns dargestellt, wie 13 amerikanische Universitätsprofessoren ausgesprochen haben, daß die Richtlinien der amerikanischen Militärregierung für die Neugestaltung unseres Schulwesens im wesentlichen nichts anderes darstellen als die Verpflanzung des amerikanischen Highschoolsystem nach Deutschland, wie sie aber auch erklärt haben, daß dies nach ihrer Ansicht unmöglich ist, da die Highschools in Amerika selbst sehr umstritten sind.

Das Lösungswort der gegenwärtigen Schulreformdiskussion ist die Forderung der sogenannten Einheitschule. Einheitschule, das ist für uns kein Fremdwort. Das Problem der Einheitschule ist im deutschen Raum und in unserer pädagogischen Literatur seit etwa vier Jahrzehnten viel erörtert worden, bald im Sinne der organisatorischen, bald im Sinne einer weltanschaulichen und dann wieder im Sinne einer nationalen Einheitschule. Neu ist das Wort von einer „differenzierten“ Einheitschule. Wir halten dieses Wort für unglücklich; denn es trägt den Widerspruch in sich, weil eben Einheit und Differenzierung Widersprüche sind. Es kann nur etwas Richtiges bezeichnen, wenn es bedeuten will, daß im Bildungswesen Einheit in der Mannigfaltigkeit bestehen müsse. Wir gehen dabei von folgenden Überlegungen aus.

Für den Aufbau des öffentlichen Bildungswesens sind zwei Prinzipien maßgebend: die Tatsache der Begabungsunterschiede und die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe. Sie müssen beim Aufbau des Bildungswesens berücksichtigt werden und verlangen ein entsprechend mannigfaltig gegliedertes und organisch ausgebautes Bildungswesen. Eine mechanische Gleichschaltung der verschiedenen Schularten würde die Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens beeinträchtigen und eine nivellierung herbeiführen. Eine solche mechanische Uniformierung würde aber auch jenen totalitären und kollektivistischen Versuchen und Bestrebungen Vorschub leisten, die die große Gefahr unseres Jahrhunderts sind. Aus beiden Gründen müssen wir vor schulorganisatorischen Experimenten warnen, die mit Enttäuschung endigen würden. Ich darf hier verweisen auf einen Artikel in der ganz unter russischem Einfluß stehenden, im bolschewistischen Geist geführten Berliner Zeitschrift „Die neue Schule“. Dort heißt es:

Die Ostzone rühmt sich, die demokratische Einheitschule aufgebaut zu haben, während in Westdeutschland jeder schulische Fortschritt im luftleeren Raum theoretischer Abstraktionen zerredet, im Bereich des Herrn Hundhammer verprügelt wird und man in Berlin die längst fällige Schulreform aus parteipolitischen Gründen hintertreibt mit dem Ziel, sie wieder in die weltanschauliche Zwangsjacke mit überlieferten Bevorrechtungen zu stecken.

Dies sollte uns zu bedenken geben, daß auch die einseitig befürwortete differenzierte Einheitschule letztlich die Schrittmacherin des Kollektivismus darstellt.

Die wichtigste Bildungsstätte neben der Familie ist die allgemeine Volksschule und die an sie an-

schließende, die Berufslehre begleitende gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche und ländliche Berufsschule. Als allgemeine Pflichtschulen sind diese Bildungsstätten die eigentlichen Hauptschulen des Volkes, die 90 Prozent aller Kinder für das Leben schulen. Diese Schulen sollen in ihrer bewährten Struktur erhalten bleiben, in ihrem geistigen Gehalt aber wesentlich gehoben werden. Dazu ist in erster Linie eine Hebung und pädagogische Vertiefung der Lehrerbildung erforderlich. Die Volks- und Berufsschule soll in 10 oder 11jährigem Bildungsgang eine Bildung vermitteln, die jener gleichwertig, wenn auch nicht gleichartig ist, die sich Schüler mit anderen Berufszielen auf Wahlschulen in einem Bildungsgang von gleicher Dauer erwerben. Die ländliche Volksschule darf gegenüber der städtischen nicht vernachlässigt werden, sie muß aber als Dorf eigene Schule erhalten werden. Den Gedanken, der in den Haushaltsberatungen zum Ausdruck kam, auch bei uns auf dem Land große zentrale Schulkörper zu schaffen, zu denen die Kinder aus den umliegenden Dörfern zusammenströmen, halten wir für utopisch und unmöglich, ja der deutschen Art und der deutschen Siedlung völlig fremd und lehnen sie deshalb ab. Die Landschule muß den besonderen Bedürfnissen des Landlebens und der Landwirtschaft, der Dorfgemeinschaft und der bäuerlichen Kultur dienen.

Die Berufsschule darf nicht einseitig nur beruflichen Interessen dienen. Sie ist keine Fachschule, sondern sie ist eine allgemein bildende Schule, die, auf der Volksschule weiterbauend, die allgemein menschliche Bildung erweitern und vertiefen soll und die für diese Altersstufe dringlichen erzieherischen Aufgaben nicht hintansetzen darf. Zur fachlichen Ertüchtigung in Handwerk und Kunsthandwerk und zur freien Fortbildung nach vollendeter Berufsschulpflicht soll ein wohlausgebautes Fachschulwesen dienen.

Wenn auch Volks- und Berufsschulen als allgemeine Pflichtschulen die wärmste Pflege und Förderung erhalten müssen, so müssen gleichwohl in einem demokratischen Gemeinwesen höhere Bildung und höhere Schulen in ihrer Bedeutung anerkannt und dementsprechend erhalten und gefördert werden. Auch ein demokratisches Staatswesen kann solche Schulen nicht entbehren, weil Demokratie auf eine Aristokratie des Geistes nicht verzichten kann. Es wäre ebenso töricht wie verhängnisvoll, wenn man die Aufgabe und Bedeutung, die Daseinsberechtigung und Daseinsbedingung der höheren Schulen nur aus einem gewissen sozialen Ressentiment heraus nicht erkennen und anerkennen wollte, wie dies bisweilen in der Schulreformdiskussion der jüngsten Gegenwart zu beobachten ist. Wo Klassengegensätze zwischen sogenannten Höhergebildeten, den Intellektuellen oder Akademikern oder wie man sie sonst bezeichnet, und Nichthöhergebildeten, Nichtakademikern bestanden haben oder bestehen, da können sie nicht beseitigt werden durch eine Schulreform, die die höhere Schule zerstört, sondern sie müssen beseitigt werden durch eine Gesinnungsreform, die ein allgemeines und außerordentlich dringliches Postulat ist, die aber nicht ein schulreformerisches, sondern ein sozialreformerisches und sozialpädagogisches Problem von eminenter Wichtigkeit ist. Es soll dann auch nicht der Name „höhere“ Schule Argernis erregen. Wenn es an dem liegt, so möge man die höheren Schulen, die die Aufgabe haben, zur Hochschule vorzubereiten, wie wir das vorgeschlagen haben,

(Meigner [CSU])

durchwegs als Gymnasium bezeichnen. Höhere Schule bedeutet nicht und ist nicht eine Schule für höhere Gesellschaftsschichten, sondern eine Schule mit höheren, mit gesteigerten Bildungszielen. Für die Aufnahme eines Schülers in diese Schule wird ausschließlich seine Begabung und Leistung und der Wille der Eltern maßgebend sein, nicht aber, wie es auch Art. 132 der Verfassung auspricht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern. Wir fordern, daß dieser Grundsatz der sozialen Gleichberechtigung in unserem Schulwesen mit äußerster Verantwortung, mit Ernst und durch wirksamste Maßnahmen durchgeführt wird. Wenn man die höhere Schule der Vergangenheit und Gegenwart als eine Standes- und Klassenschule bezeichnet, so widerspricht das der Wirklichkeit. Die jüngsten Statistiken über die soziale Herkunft der Schüler höherer Lehranstalten in Bayern haben dies bewiesen. Gleichwohl verbleibt uns noch eine große Verpflichtung und Aufgabe, die Hemmnisse möglichst zu beseitigen, um den Aufstieg der Begabten aus den unteren und sozialen Schichten zu erleichtern und zu fördern. Zu diesem Zweck glaubt man eine allgemeine Schulgeld- und Lernmittelfreiheit durchführen zu müssen. Es ist aber an sich nicht einzusehen, warum der Staat begüterten Eltern das Schulgeld erlassen soll, abgesehen davon, daß sich eine solche Freigebigkeit mit der gegenwärtigen Finanzlage des Staates nur schwer vereinbaren läßt. Der Zweck wird doch auch erreicht, wenn grundsätzlich jenen Erziehungsberechtigten allgemein Schulgeldfreiheit zugesprochen wird, deren Vermögen und Einkommen unter einer bestimmten obersten Grenze liegt, die man ja ziemlich hoch setzen kann. Wichtiger als Schulgeldebefreiung sind aber andere Studienbeihilfen, die es Kindern weniger begüterter Eltern ermöglichen, eine jahrelange Ausbildung am Gymnasium und an der Hochschule durchhalten zu können. Über die Einrichtung von erzieherisch gut geleiteten Schülerheimen, besonders für die Kinder des flachen Landes, und die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen hiefür werden wir eine ernsthafte Aussprache pflegen müssen.

Was den äußeren und inneren Aufbau unserer höheren Lehranstalten betrifft, so sollte man diese Frage nicht zu einer Frage der Demokratie machen, wie das heute vielfach geschieht; denn es ist in Wirklichkeit eine pädagogisch-didaktische Frage, die auf Grund von pädagogisch-didaktischen Überlegungen und Einsichten und Erfahrungen entschieden werden muß. Aus diesem Grund halten wir fest am Beginn der höheren Schule nach Schluß der 4. Volksschulklasse. Es ist eine von der Entwicklungspsychologie bestätigte Tatsache, daß dieser Beginn der zweckmäßigste ist. Dieses Lebensalter zeichnet sich durch eine Frische des Gedächtnisses und einen Lerneifer aus, der ausgenützt werden muß für die grundlegenden Aufgaben, die den ersten Klassen der höheren Schule zufallen und die eben an Gedächtnis und Lerneifer ganz besondere Anforderungen stellen, wie das Erlernen der Anfangsgründe und Formelemente von fremden Sprachen. Die höhere Schule muß in der Lage sein, noch vor Eintritt des sogenannten Pubertätsalters grundlegende Bildungsaufgaben durchführen und abschließen zu können. Ich darf in diesem Zusammenhang verweisen auf die Ausführungen des Psychologen der Universität München in der „Neuen Zeitung“. Professor Persch schreibt dazu:

Der jugendliche Mensch ist im Alter zwischen 10 und 12 Jahren der Außenwelt gegenüber besonders aufgeschlossen. Erwießenermaßen ist dieses Alter die beste Lernzeit. Darnach, zwischen dem 12. und 14., teilweise bis zum 15. Lebensjahr, folgt der in der Entwicklungspsychologie als negative Phase bezeichnete Abschnitt der Reifezeit, der durch die sogenannte Introversion gekennzeichnet ist. Das Interesse an der Außenwelt schlägt ins Gegenteil um, der Jugendliche ist in sich gekehrt, damit verbunden ist ein Rückgang der schulischen Leistungen. Er ist so mit sich beschäftigt, daß er eine Inanspruchnahme durch die Umwelt weitgehend ablehnt. Vergewenigt man sich diese seelische Situation, so erscheint es vom Standpunkt der Entwicklungspsychologie aus nicht empfehlenswert, gerade in diese Zeit den Neubeginn einer schulischen Ausbildung zu legen. Es besteht eine geringe Chance, daß der jugendliche Mensch eine solche Veränderung innerlich akzeptiert.

Eine bessere Begründung unseres Standpunktes kann nicht leicht gegeben werden. Darum halten wir fest an der vierjährigen Grundschule für alle und lehnen die Vorschläge einer sechs- und mehrjährigen Grundschule als eine Schädigung der Begabten und eine Herabdrückung der Leistungsfähigkeit der höheren Schule ab. Aus dem gleichen Grund müssen wir an der Forderung festhalten, es soll die Dauer der höheren Schule unter die Zeitpanne von 8 oder besser 9 Jahren nicht herabgedrückt werden. Wenn man begabten Schülern der Volksschuloberstufe den Übergang in die entsprechende Klasse der höheren Schule erleichtern will, so möge man bei der Neubearbeitung der Lehrordnungen für Volks- und höhere Schulen überlegen, ob und inwieweit dies durch Angleichung der Lehrpläne durchführbar ist. Mit allem Nachdruck aber muß betont werden: Die höhere Schule muß Begabtenschule sein. Sie muß es durch eine strenge Auslese wirklich werden. Ein strenges Ausleseverfahren soll schon bei der Aufnahme erfolgen und dann wiederum beim Übergang von der 3. auf die 4. und von der 6. auf die 7. Klasse. An diesen Stellen müssen Unbegabte ausscheiden und rechtzeitig anderen ihnen entsprechenden Bildungs- und Berufslaufbahnen zugeführt werden. Auf diese Weise muß die Überfüllung dieser Schulen und die Heranzüchtung eines sogenannten Bildungsproletariats mit allen Mitteln bekämpft werden.

In diesem Zusammenhang soll die Einführung von sogenannten Mittelschulen ernstlich erwogen werden. Darunter sind Schulen zu verstehen, die auf der vollendeten Volksschule aufbauen und eine gehobene Allgemeinbildung für die Berufslaufbahn des sogenannten mittleren Dienstes im Verwaltungs-, Gerichts-, Verkehrs- und Wirtschaftsleben vermitteln. Durch die Einrichtung solcher Schulen könnte die höhere Schule entlastet und zugleich der ungesunden Überspannung des Berechtigungsweßens entgegengewirkt werden.

Die Kernfrage der Schulreform bildet die Frage der Erziehung der Erzieher, d. h. die rechte Auslese und Ausbildung der Lehrer. Was die Ausbildung des Volksschullehrers betrifft, so ist es unsere Überzeugung, daß sie vielleicht das wichtigste Problem der gesamten Schulreform darstellt. Maßgebend müssen dabei wohl die folgenden Leitsätze sein: Der Volksschullehrer muß die der kulturellen Bedeutung der Volksschule und der verantwortungsvollen Aufgabe seines Berufs voll

(Meinert (CSU))

entsprechende Ausbildung erhalten. Diese Ausbildung hat sich in gleicher Weise auf die wissenschaftlichen, pädagogischen und didaktischen Anforderungen zu erstrecken, die der Lehrerberuf stellt. Sie muß sich auch auf die allgemeinen menschlichen, religiös-sittlichen und charakterlichen Eigenschaften, die der Erzieher gerade in der Volksschule besitzen muß, erstrecken, um aus dieser Schule eine Herz, Charakter und Geist bildende Erziehungsstätte zu gestalten und jenes Vertrauen der Eltern zu rechtfertigen, das diese der Volksschule entgegenbringen müssen, damit der allgemeine Schulbesuchszwang auch moralisch gerechtfertigt werden kann. Es besteht wohl allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Allgemeinbildung der Volksschullehrer jener Allgemeinbildung völlig gleichwertig sein muß, die das Bildungsziel unserer höheren Lehranstalten ist. Es besteht weiterhin darüber allgemeine Übereinstimmung, daß die auf dieser Allgemeinbildung aufbauende Berufsbildung in hochschulmäßiger Form durchzuführen ist. Die entscheidende Frage ist aber folgende: Wie soll der normale Ausbildungsgang des Volksschullehrers verlaufen, um die genannten beiden Bedingungen zu erfüllen und gleichzeitig den großen Nachwuchsbedarf an Volksschullehrern wirklich zu sichern, und zwar nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ? Es ist sehr einfach zu erklären: Der Weg zum Volksschullehrerberuf soll allgemein durch die bestehenden höheren Lehranstalten gehen und dann an der Universität abgeschlossen werden. Die Frage ist aber die: Bekommen wir auf diesem Weg den erforderlichen Nachwuchs für 24 000 Volksschullehrerstellen? Diese Frage ist in allem Ernst zu stellen. Es ist zu befürchten, daß wir sie quantitativ nicht bekommen, weil eine erhebliche Zahl von Studenten zu anderen akademischen Berufen abwandert, und nicht qualitativ, weil bei den Abwanderern die Gut- und Bestqualifizierten die Mehrheit bilden. Das Schicksal der Aufbauschule im Dritten Reich sollte uns hier eine Lehre sein. Es ist die Frage, ob damit der Volksschule gedient ist und ob eine solche Lehrerbildungsreform uns eine Hebung der Volksschule wirklich bringt. Weiter ist zu bedenken, daß in Bayern die größte Zahl der Volksschulen Landschulen sind, der überwiegende Teil der Volksschullehrerschaft zeit lebens aus dem Lande zu wirken hat und daher mit der Landbevölkerung und der Dorfkultur innerlich verbunden sein muß. Wir müssen auch diesen Umstand berücksichtigen und der Zustrom zum Volksschullehrerberuf aus dem Landvolk darf nicht erschwert werden.

Noch ein Gesichtspunkt ist wohl zu berücksichtigen: daß bei der Ausbildung des Volksschullehrers auch die musikalische Bildung künftig wieder jene Pflege erfahren muß, die den Volksschullehrer befähigt, Träger und Pfleger der Musikkultur unseres Landes zu werden, wie er es über ein Jahrhundert zum Segen der Volkserziehung und seines eigenen Ansehens gewesen ist.

Wenn alle diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen, so bedarf die zukünftige Gestaltung der Volksschullehrerbildung reiflicher Überlegung und wir haben es begrüßt, daß auf Anregung der Militärregierung das Unterrichtsministerium bereits Kommissionen zum Studium des Lehrerbildungswesens in außerdeutsche Länder geschickt hat.

So viel wollte ich zur Begründung und zur Rechtfertigung unseres Standpunktes in der Schulreformfrage

und unseres Antrags zur Schulreform sagen. Nun hat die bayerische Militärregierung gegen den Schulreformplan des Herrn Kultusministers, dem unser Antrag und unsere Beratungen im Haushaltsausschuß zugrunde lagen, Einwendungen erhoben. Diese Einwendungen sind teils nicht grundsätzlicher Natur, denen wir Rechnung tragen können; so die Frage der Schulgeldfreiheit, obwohl wir nach wie vor der Meinung sind, daß vermögende Eltern ihren Beitrag zur schulischen Erziehung ihrer Kinder leisten sollten und daß der bayerische Staat die 8 Millionen, die das Schulgeld beträgt, nach der Währungsreform sehr notwendig wird brauchen können.

(Sehr richtig!)

Ebenso steht es mit der Frage der Lernmittelfreiheit, wenngleich wir die Begründung der Militärregierung, daß die Schulbücher nicht das persönliche Eigentum des Schülers, sondern Eigentum der Schule sein und immer wieder benützt werden sollen, nicht gut verstehen. Der Herr Kultusminister hat darüber ja schon gesprochen. Die Kosten von 12 Millionen Mark sind ja ein Betrag, der sehr in die Waagschale fällt. Doch das sind Sorgen des Finanzministers.

Ebenso ist nicht grundsätzlicher Natur für uns die Frage der Schulpflicht, ob 8 oder 9 Jahre Volksschule. Das ist eine Frage der Wirtschaft, vor allem eine Frage der Landwirtschaft.

Andere Einwände der Militärregierung scheinen uns auf Mißverständnissen zu beruhen; so der Vorhalt über die Ausbildung der Volksschullehrer in hochschulmäßiger Form, die unser Antrag ja bereits vorsieht, oder die Frage der staatlichen Zuschüsse an Privatschulen in Verbindung mit der Schulgeldfreiheit und die Unterstellung der Privatschulen unter die Aufsicht des Staates. Unser Antrag sieht diese Zuschüsse nur als Entschädigung für die auch von Privatschulen zu gewährende Schulgeldfreiheit vor, und nach der Verfassung obliegt dem Staat die Aufsicht über alle Schulen im Lande, auch über die Privatschulen.

Andere Einwände sind dagegen für uns grundsätzlicher Natur, so die Frage der Kindergärten, die ein Bestandteil der Schulen sein sollen. Wir können nicht zustimmen, daß die Kindergärten an den Schulbetrieb angeschlossen sein und bereits schulischen Zwecken dienen sollen. Nach unserer Meinung sollen die Kindergärten der privaten oder caritativen Initiative überlassen bleiben und sollen nicht ein Bestandteil der Schule, sondern der Familie sein und keine schulischen Aufgaben übernehmen; auch ihr Besuch soll völlig freiwillig bleiben. Ich darf daran erinnern, daß wir dem Versuch der Nazis, die Kindergärten in ihre Hand zu bekommen und ihre Ideologie bereits an die Kinder von vier Jahren heranzutragen, stets Widerstand entgegengesetzt haben. Daß diese Neuordnung die Zerschlagung fast aller von klösterlichen Kräften geleiteten Kindergärten bedeuten würde, wie uns der Herr Kultusminister auseinandergesetzt hat, kann unseren Widerstand nur versteifen.

Vor allem ist aber, wie ich das bereits dargelegt habe, für uns von grundsätzlicher Bedeutung die Ausdehnung der Grundschule von 4 auf 6 Jahre und damit entsprechend die Verkürzung der höheren Lehranstalten auf 6 Jahre. Dies würde unserer Auffassung nach eine Senkung der Leistungsfähigkeit, ja

(Meigner [CSU])

letztlich die Zerstörung unseres höheren Schulwesens und in seiner letzten Auswirkung eine Bedrohung der Grundlagen unserer abendländischen Kultur bedeuten. Wir sind Anhänger des christlichen Humanismus. Unsere abendländische Kultur ist aus dem Christentum und aus der Antike erwachsen, und diese Grundlage wollen wir erhalten wissen und daher wollen wir, daß unsere studierende Jugend immer wieder zu den Quellen unserer Kultur, zur Antike und zum Christentum, hingeführt wird. Die Annahme des Vorschlags der Militärregierung würde nach unserer Auffassung unsere humanistische Bildung in der Wurzel treffen, und wir können freiwillig unsere Zustimmung nicht geben in diesem Land mit seiner tausendjährigen christlichen und abendländischen Kultur, in dieser Stadt, durch die vor hundert Jahren eine Welle der Begeisterung für Hellas und die Antike ging, deren Zeugen heute noch unter uns stehen. Wir können, wie gesagt, nicht zustimmen, daß diese Quelle nunmehr verschüttet werden soll. Wir richten an die amerikanische Militärregierung die Bitte, unseren guten Willen anzuerkennen, daß auch wir unsere Schule nach den Grundsätzen einrichten wollen, die sie mit Recht von uns fordern kann, daß die Jugend im Sinne der Demokratie, der sozialen Gesinnung, der Friedensbereitschaft und der Völkerverständigung erzogen wird. Wir bitten sie, anzuerkennen, daß der organisatorische Aufbau der Schule Angelegenheit unseres eigenen Landes ist, wir hoffen, daß unser Vertrauen gerechtfertigt wird, daß die amerikanische Besatzungsmacht uns keine unserer Tradition und alten Kultur nicht gemäße Schulart und Schulorganisation aufzwingen will. Wir sind ein besiegtes Volk und wir sind arm geworden an materiellen Gütern. Unsere Städte, unsere Arbeits- und Wohnstätten sind weitgehend in Trümmer gelegt. Wir können nicht zustimmen, daß nun auch unser Bildungsweisen und damit die geistige Höhe und die Leistungsfähigkeit unseres Volkes angegriffen und in Trümmer gelegt wird. Wir hoffen und vertrauen, daß dieser Ruf in Amerika, beim ganzen amerikanischen Volk gehört wird, daß das amerikanische Volk versteht, wie hier ein Volk mit tausendjähriger alter Kultur sich getroffen fühlen und welcher schweren Schaden die von den Amerikanern so besonders geförderte und geforderte Demokratie durch solche Maßnahmen erleiden müßte.

Ich muß jedenfalls namens meiner Fraktion erklären, daß wir nicht in der Lage wären, einem derartigen auf einem Befehl der amerikanischen Militärregierung aufgebauten Schulreformplan des Kultusministeriums unsere Zustimmung zu geben. Wir können das nicht um unseres Gewissens willen, wir können das nicht um unserer Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes willen. Die amerikanische Militärregierung müßte, soweit es an uns liegt, ein solches Gesetz als ein Gesetz der amerikanischen Militärregierung erlassen und damit die volle Verantwortung vor dem ganzen Lande übernehmen. Wir geben aber der Hoffnung Ausdruck, daß im Wege neuerlicher Verhandlungen eine Lösung gefunden wird, die unser Schulwesen einer Reform entgegenführt, die ebenso dem Willen des bayerischen Volkes wie dem der amerikanischen Besatzungsmacht entspricht, und die, weiterbauend auf den Grundlagen unserer christlichen und abendländischen Kultur und bedenkliche Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte ausmerzend unserer Jugend

eine Erziehung und Bildung im christlichen, demokratischen und wahrhaft abendländischen Geiste gibt und die der Wiedergeburt unseres Volkes und seiner Wiedereinreihung unter die friedliebenden Nationen und seinem Wiederaufstieg zu Wohlfahrt und Blüte den Weg ebnet.

Ich habe als Berichterstatter über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses unterlassen, zu den vorliegenden Beschlüssen des Haushaltsausschusses einen Antrag zu stellen. Ich möchte Ihnen aber einen Antrag zur Annahme empfehlen, den Mitglieder der CSU hiermit einbringen und der lautet:

Die bayerische Staatsregierung wird gebeten, mit der amerikanischen Militärregierung von neuem Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, im Rahmen der notwendigen demokratischen Erziehungsreform die Kulturtraditionen des humanistischen Gymnasiums und unseres höheren Schulwesens aufrechtzuerhalten.

(Beifall, besonders bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Korff das Wort.

Dr. Korff (FDP): Meine Damen und Herren! Ein gebürtiger Amerikaner, der jetzige englische Dichter Eliot, schreibt, und die „Neue Zeitung“ hat es am 2. Mai 1947 auszugsweise veröffentlicht:

Kultur wächst. Einen Baum kann man nicht bauen, man kann ihn nur pflanzen, pflegen und warten, daß er reift. Wenn eines Tages der Baum vor uns steht, kann man sich nicht beklagen, daß aus der Eichel eine Eiche geworden ist und keine Ulme. Die politische Struktur eines Landes ist zum Teil bewußt konstruiert, zum Teil natürliches Wachstum. Die zur Konstruktion geeignete Maschinerie kann, wenn sie gut ist, gut sein für alle Völker. Aber der Teil der politischen Struktur, der organisches Wachstum ist, entsteht aus der Kultur eines Volkes und wächst mit ihr. In diesem organischen Element unterscheidet sich der Aufbau eines Volkes von dem aller anderen Völker. Für eine gesunde europäische Kultur ist zweierlei notwendig: Erstens, daß jedes Land seine bodenständige Kultur besitzt, zweitens, daß die verschiedenen Kulturen ihre Beziehungen zueinander anerkennen und bejahen, damit jedes Volk für die Einflüsse der anderen empfänglich bleibt. Dies wird ermöglicht und erleichtert dadurch, daß es in der europäischen Kultur ein gemeinsames Grundelement gibt, ein langes gegenseitiges Befruchten im Denken, Fühlen und Sagen, eine Wechselbeziehung in der Kunst und in der Idee. Wir müssen uns über die Bedeutung dieses Begriffs Kultur genau im klaren sein, damit wir einen Trennungsstrich ziehen können zwischen der materiellen Organisation und dem geistigen Organismus Europas. Wenn Europa als geistiger Organismus abstirbt, dann wird das, was uns zu organisieren übrig bleibt, nicht mehr Europa sein, sondern nur eine Masse menschlicher Existenzen, die verschiedene Sprachen reden.

Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen dieses bedeutenden Angelsachsen, der als Amerikaner auf-

(Dr. Körff [FDP])

gewachsen und erzogen und gebildet ist, geht eindeutig hervor, daß man auch drüben über dem großen Ozean einen Sinn hat für das Gewachsensein der europäischen und auch unserer Kultur. Es entspricht auch dem Gefühl für das Gewachsensein unserer Kultur, daß man uns von Seiten unserer Befähigungsmacht gestattet hat, unserem Kulturleben, unserem Schulwesen durch eine von uns ausgearbeitete und beschlossene Verfassung Grundlagen zu geben. Man hat uns dies als innere Angelegenheit unseres Volkes übertragen und man hat unsere Verfassung, als sie zustande gekommen war, gebilligt. Von da aus gesehen müssen wir Freien Demokraten sagen: Die Regelung unseres Schulwesens ist demnach uns vorbehalten und steht in unserer Verantwortung.

(Sehr richtig!)

Dies bedeutet nun nicht, daß Kreise und Menschen, die glauben, unter allen Umständen in erzkonservativer Weise slavisch am Alten festhalten zu müssen, sich darauf berufen können, daß jemand, der nicht innerhalb unseres Volkes steht, eigentlich nicht in unsere Aufgaben hineinreden dürfte. In diesem Sinne begrüße ich es außerordentlich, daß ich hier an meinen Herrn Vorredner, den Herrn Prälaten Meigner, anknüpfen darf. Auch von seiner Seite, von der CSU wird anerkannt, daß eine umfassende Neugestaltung unseres Schulwesens notwendig ist. Dies freut uns außerordentlich und dies freut uns deswegen, weil ja bekanntlich nicht nur eine von außen an uns herangetragene Forderung auf Neugestaltung unseres Schulwesens vorliegt, sondern weil — den Sachverständigen im Hause ist es bekannt — seit hundert Jahren eine deutsche Forderung nach einer umfassenden Schulreform besteht, immer wieder von großen Pädagogen unseres Volkes erhoben und nie ganz und umfassend verwirklicht.

Meine Damen und Herren! Hier begegnen sich zwei Dinge, und es ist klar, daß wir, wenn wir uns nur mit den Ansichten und Absichten unserer eigenen Pädagogen befassen, entdecken, daß das, was bei uns schon lange als Forderung erhoben wird, weitgehend dem entgegenkommt, was die Amerikaner heute von uns verlangen. Es ist zwar für uns, wenn wir uns die einzelnen Forderungen unserer Befähigungsmacht anschauen, manches darin, was wir aus den Gegebenheiten unserer gewachsenen Kultur heraus ablehnen müssen, manches, was uns aus den Gegebenheiten unserer Kultur heraus sogar als absurd erscheint. Der Gedanke, daß unsere Kindergärten — Kindergärten sind in Deutschland stets nur Kinderbewahranstalten, Kinderbetreuungsanstalten gewesen, und zwar zur Bewahrung und Betreuung von Kindern nur dort, wo die Mutter aus beruflichen oder anderen Gründen nicht imstande war, ihre Kinder selbst zu bewahren und zu betreuen —, daß nun diese Kinderbewahranstalten Teil unseres Erziehungssystems werden sollen und daß man, um den Müttern die Pflicht abzunehmen, die Kinder zu bewahren und zu betreuen, auf die Universität gegangen sein muß, das erscheint uns doch von unseren Voraussetzungen aus durchaus als fremd, fremdartig und bei uns nicht verwirklichter Wert.

Es gibt noch einige solcher Dinge, die wir von unserem Standpunkt her durchaus nicht unbedingt beja-

hen können. Wir sind zum Beispiel in Deutschland durchaus nicht dafür, unter allen Umständen die Koedukation als ein Absolutum zu erklären. Wir wünschen nicht, daß der männliche Mensch und der weibliche Mensch, die beide ganz verschiedene, aus ihrer organischen Natur erwachsende Aufgaben im Leben erfüllen wollen und erfüllen sollen, nun unter allen Umständen nach einem ganz gleichen Schema erzogen und gebildet werden sollen. Wir sind der Ansicht, daß die vermännlichte Frau genau so wie der verweiblichte Mann nicht dem Ziel entspricht, das dem Schöpfer des Menschen einmal vorgezeichnet hat. Andererseits aber sind wir gegen die Überspitzung in der Geschlechtertrennung. Wir finden, es kann notwendig sein, daß eine Bildungsanstalt, die nun, sagen wir einmal, die einzige in einem Bezirk ist und die für Knaben gedacht ist, auch Mädchen aufnehmen muß, weil die Mädchen dieses Bezirks keine andere erreichbare Schule in der Nähe haben. Es muß also möglich sein, daß es Ausnahmen gibt, wenn es die Situation erfordert, und daß die absolute Geschlechtertrennung nicht zum Grundsatz wird.

Der Gedanke, daß man die Kinder bei uns etwa per Autobus von ihren Einödhöfen abholt und stundenweit weg in Sprengelschulen bringt, ist, wie die Stimmung im Haus, als der Gedanke erwähnt wurde, ja bereits gezeigt hat, in vielen Gegenden von Bayern absolut undurchführbar. Jedoch darf man auch hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Es gibt bei uns in Franken, zum Beispiel in der Nähe der Großstadt Nürnberg, Dörfer, die 15, 20 und 30 Minuten auseinandergelegt sind. In dem Kreis zum Beispiel, in dem ich als kommissarischer Schulrat tätig war, wäre es durchaus möglich, in drei so nahe beieinander gelegenen Schulen die Verteilung so zu gestalten, daß etwa die eine Schule die erste und zweite Klasse, die andere die Klassen 3, 4 und 5, die dritte Schule die 6., 7. und 8. Klasse erhält, so daß die Kinder schließlich bei einem Schulweg von 15 Minuten bis zu einer halben Stunde einer geteilten Schule teilhaftig werden und nicht alle acht Klassen zusammen — acht Jahre lang — in einem Schulsaal sitzen, was, wie wir alle wissen, nun wirklich nicht das Ideal ist.

Auch in der Frage des neunten Schuljahrs sollte man nicht nach der einen oder anderen Seite hin absolut bejahend oder absolut verneinend antworten, sondern man sollte dergleichen Dinge den Erziehern selber zur Entscheidung überlassen und sie nicht zu einer politischen Streitfrage werden lassen. Wir werden im voraus nicht entscheiden können, ob nicht die Zeit, die jetzt nach der Währungsreform kommt, es vielen als dringend notwendig erscheinen lassen kann, daß man, in Großstädten zumal, ein neuntes Schuljahr einführt, um die Jugend, die keine Lehrstelle findet — ich möchte keine schlimme Prophezeiung aussprechen, aber die Möglichkeit besteht — durch das neunte Schuljahr noch einer geregelten und für ihre eigene Zukunft nützlichen Tätigkeit zuzuführen, rein aus sachlichen Gründen. Das gebe ich zu bedenken.

Eine andere Sache ist es, wenn davon gesprochen wird, daß unsere Schule nicht zweigleisig nebeneinander herlaufen soll. Hier wird etwas getroffen, was unbedingt einmal beachtet werden muß. Es war, wenn auch in Bayern vielleicht unsere im ganzen glücklichen Verhältnisse das nicht so scharf ausgeprägt haben, doch ein weltweiter Unterschied zwischen dem Volksschüler und dem Schüler der sogenannten höheren Lehranstalten.

(Dr. Korff [FDP])

Wenn es uns gelingen sollte, diese beiden Schultypen einander anzunähern und das so auszuführen, daß wir damit die Grundlage unserer abendländischen Kultur nicht verleugnen und unsere christlich-humanistische Bildung nicht aufgeben müssen, dann, glaube ich, müssen wir dem Gedanken durchaus nähertreten. Wir freien Demokraten haben einen Schulreformplan eingereicht, in dem wir nicht die etwas abstrakt gedachte „differenzierte Einheitschule“ fordern, sondern die „allgemeine organisch gegliederte Schule“. Es ist in unserem Plan vorgesehen, daß die zukünftige „allgemeine Schule“ durchaus das, was als Erfahrungsgut in den seitherigen Schulgattungen herangewachsen ist, fortführt, und daß die Angleichung der Schultypen darin bestehen soll, daß die Grundfächer, die allen Schularten gemeinsam sind, auch gemeinsam im Lehrplan aufgestellt werden, und daß sich die Schule nur auffächert nach den Fächern, auf die die einzelnen Zweige vornehmlich den Akzent legen. In dieser Aufzweigung einer allgemeinen, organisch aufgestellten Schule wäre es — auch nach dem Urteil der Sachverständigen — durchaus möglich, das humanistische Gymnasium weiterzuführen, genau so gut wie die Oberrealschule und die Oberschule, nur mit dem Unterschied, daß in dieser „allgemeinen Schule“ wirklich alles nur auf die Begabung ausgerichtet ist und daß der Schüler nach der Begabung den einen oder anderen Zweig der allgemeinen Schule besucht.

(Sehr richtig!)

(Dr. Linnert: Wo ist denn der Herr Kultusminister? — Zuruf: Er kann es ja im Stenogramm nachlesen!)

I. Vizepräsident: — Herr Abgeordneter, bitte einen Augenblick! Den Zuruf des Herrn Abgeordneten Dr. Linnert kann ich beantworten. Der Herr Staatsminister ist von einem Herrn der amerikanischen Militärregierung hinausgebeten worden.

Dr. Korff (FDP): Wenn wir Freien Demokraten uns hinter die Forderung nach kostenloser Schulbesuch für alle Schüler, nicht nur für die minderbemittelten, und nach Lernmittelfreiheit stellen, so ist für uns dabei der Gedanke maßgebend, daß es seither für die verschämten Armen eine Tortur gewesen ist, nun ihre verschämte Armut aufdecken zu müssen, um der Lernmittels- oder Schulgeldfreiheit teilhaftig zu werden. Wir selbst sind genug Fälle bekannt, wo eine Familie lieber hungerte, als daß sie sich und ihre Kinder bloßstellte.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Wir sind der Überzeugung, daß die Ausfälle, die der Herr Finanzminister und ihm folgend der Herr Kultusminister im Etat befürchten, sehr leicht dadurch hereingebracht werden können, daß man einen Kulturbeitrag von allen begüterten Leuten und gerade von den Kinderarmen und Junggesellen einhebt und nicht die kinderreichen Leute, die viele Kinder in die Schule schicken, mit Schulgeld dafür bestraft. Der Kulturbeitrag wäre so zu staffeln, daß diejenigen, die wenig oder gar keine Kinder haben, den größten Beitrag leisten.

(Sehr richtig! bei der FDP. — Wimmer: Vorausssetzung ist, daß die Steuerleistung das noch erlaubt.)

— Durchaus zugegeben! Der Versuch muß aber gemacht werden, Herr Kollege Wimmer. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß die Beträge, die hier in Frage stehen, im Verhältnis zu vielen anderen Summen, z. B. denen, die wir für Kraftwagen der Ministerien und dergleichen ausgeben, durchaus nicht so schwer ins Gewicht fallen werden.

Wir Freien Demokraten hatten überhaupt in unserem Schulreformplan vorgesehen, daß die ganze Frage der Schulreform möglichst aus der politischen Ebene auf die Ebene der Beratung durch die Berufenen selbst zurückverlegt werden soll. Wir hatten den Plan, daß ein Beirat für Erziehungsfragen durch Vertreter aller Schulgattungen, der Volks-, Mittel-, Oberschulen, Hochschulen und Universitäten, gebildet werden sollte. Wir waren der Ansicht, daß ein Gremium, das sachverständig ist und die Kinderseele kennt, am besten darüber entscheiden kann, ob nun mit dem 4. oder mit dem 6. Schuljahr der Übergang in die Verzweigungen der „allgemeinen organisch gegliederten Schule“ eintreten soll. Wir sind der Ansicht, daß hier ein großes Versäumnis des Herrn Kultusministers vorliegt, ein großes Versäumnis insofern, als der Herr Kultusminister sowohl seinen ersten wie auch den zweiten Plan mit Sachverständigen aufgestellt hat, die er sich selbst nach Richtlinien ausgesucht hat, die wir nicht kennen. Er hat so den Leuten, die draußen praktisch und theoretisch als Erzieher des Volkes und als Forscher auf dem Gebiet der Erziehung arbeiten, keine Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben.

Der Herr Kultusminister hat es auch abgelehnt, einen kulturpolitischen Ausschuß, den wir hier einstimmig gebilligt hatten und in dem wir wirklich bereit waren, ihn mit Rat und Tat zu unterstützen, einberufen zu lassen, uns dort laufend zu informieren und unsere Vorschläge mit seinen Vorschlägen derart abzustimmen, daß eine ständige Kommunikation mit dem Landtag in diesen Fragen bestanden hätte. Ich beklage dies ganz besonders deshalb, weil der Herr Unterrichtsminister sich dadurch in eine Lage begibt — nicht ungewarnt und nicht unberaten —, in der er den Landtag nicht in jeder Phase seines Kampfes hinter sich hat. Die Lehrer haben Vorstöße in dieser Richtung wohl unternommen.

Nun etwas, was ganz besonders wichtig ist! Es hat sich in den Debatten hier im Hause gezeigt, daß trotz aller Schärfe der Kontroversen in einem durchaus absolute Übereinstimmung vorhanden ist, ein Phänomen, das man in früheren Jahren — vor 1933 —, soviel mir erinnernlich ist, überhaupt nicht gekannt hat: Alle Parteien dieses Hauses stehen auf dem Standpunkt der christlichen Humanität und sind bereit, in allen Plänen, die unsere Schule betreffen, der Religion den ihr gebührenden Platz zu geben. Dies ist eine Tatsache, die der Herr Kultusminister in keiner Weise für seine Zwecke auszunutzen verstanden hat.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Wir könnten heute in der glücklichen Lage sein, einhellig hinter ihm zu stehen, wenn er die Mitarbeit mit uns besser gepflogen hätte.

Auch daß die Lehrer Universitätsbildung haben sollen, ist durchaus, wie unser Schulreformplan zeigt, kein utopischer Gedanke. Wir hatten mit unserem Schulreformplan die Absicht verfolgt, aus unseren Lehrerbildungsanstalten, wie sie seither bestehen, musisch-pädagogisch geführte Gymnasien zu machen, das

(Dr. Korff [FDP])

heißt ein Gymnasium, in dem ein Hauptakzent auf die musikalische, zeichnerische, plastizierende usw. Ausbildung gelegt wird, ein Gymnasium, auf dem dann aber auch nicht nur Lehrer ihre Ausbildung bis zur Universitätsreife erhalten hätten, sondern auf das auch die künstlerisch begabten Kräfte unseres Volkes hätten gehen können, um dort ihre Ausbildung zu erhalten, Kräfte, die später einmal auf die Kunsthochschule, Malerakademie usw. gehen wollen, und solche Kräfte, die dann als frei schaffende Künstler tätig sein wollen. Es wäre dadurch erzielt worden, daß unser Lehrerstand nicht so einseitig geworden wäre, wie er es nun in der Abkapselung notwendig werden muß. Er wäre mit Kräften in Berührung gekommen, die ihn bestimmt befruchtet hätten. Dies ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß die Ausrichtung auf das Pädagogische in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Seminaren der Universität es vielleicht dahin gebracht hätte, daß in den beiden letzten Semestern dieser gymnasialen Ausbildung bereits Psychologie und Pädagogik in hochschulmäßiger Weise mit Seminar hätte gelehrt werden können, so daß auf diese Art und Weise nur noch ein kurzes eigentliches Universitätsstudium notwendig gewesen wäre, um den Lehrer eben mit einer Universitätsausbildung in den Grundwissenschaften seines Berufs zu versehen. Diese Grundausbildung in den Erziehungswissenschaften hätten wir nun für alle Lehrgattungen im Auge gehabt, also sowohl für den heutigen „Studienrat“ wie für jeden, der auf dem Gebiet der Erziehung tätig ist. So wäre von dieser Seite her an der Wurzel der Lehrerbildung ein neuer Typ des Lehrers geschaffen worden, ein Typ, bei dem der nunmehrige Fachlehrer, der ehemalige „Studienrat“, sich nicht mehr vom allgemeinen Lehrer unterschieden hätte, wie sich der Facharzt vom praktischen Arzt unterscheidet.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Es wäre auf diese Weise ein einheitliches und geschlossenes Berufsbild entstanden. Die weitergehende Absicht, eine Erzieherkammer für alle diese Lehrer zu schaffen, hätte dann auch die Möglichkeit eines Austausches aller Erfahrungen auf dem Gebiet der Erziehung und eines gemeinsamen Sichfortbildens innerhalb des Standes geboten. Ich glaube, daß von da aus eine wirklich logisch und wurzelecht erwachsende Reform unseres Schulwesens durchaus möglich ist.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Wenn wir mit solchen wirklich neuen und zukunftstragenden Ideen an die Militärregierung herantreten und wirklich umwälzend Neues bringen, aber in Fortführung dessen, was bei uns wertvoll ist und was wir nie und nimmer aufzugeben gedenken, dann bin ich überzeugt davon, daß die Militärregierung in den Dingen, die nun einmal nicht in unseren Kulturkreis passen, weilen anderswo gewachsen sind, nachgeben wird; denn sie wird unseren guten Willen durchaus und in jeder Weise anerkennen.

Selbstverständlich müssen wir uns dagegen wehren, daß nun jede Kindergärtnerin zuerst ein Universitätsexamen abzulegen hat. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Universitäten nicht zur Abbrichterei für irgend einen praktischen Beruf degradieren dürfen. Unsere Universitäten sind Forschungs- und Lehranstalten und

dürfen nicht dazu degradiert werden, daß sie nun vielleicht in Schnellkursen oder, ich weiß nicht wie, Leute für irgend einen Beruf „fertig machen“. Der Kindergarten wird sehr viel weniger mit dem Kopf als mit dem Herzen und aus dem Gemüt heraus geleitet. Wir sind der Überzeugung, daß der Kindergarten der freien Liebestätigkeit und dem Wettstreit der caritativen Organisationen jeder Art überlassen werden muß, ob dies nun ein Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt oder ein katholischer oder ein evangelischer Kindergarten ist. Sie sollen miteinander wetteifern, und wir sind sicher, daß diejenigen, die es am meisten aus dem Herzen und aus dem Gemüt heraus betreiben, den Vogel abschießen und das Volk für sich gewinnen werden.

(Dr. Stang: Das Mütterliche ist wichtig.)

— Jawohl, das Mütterliche ist die Hauptsache und nicht die Universitätsausbildung.

Es wird notwendig sein, bei der Schulreform eifern darauf zu achten und es in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken, daß es in Zukunft keine Schulklassen von bis zu 105 und 110 Kindern mehr geben darf. Der Herr Kultusminister hat neulich davon gesprochen, daß im Durchschnitt etwas über 50 Kinder auf eine Klasse treffen. Ich muß hier berichtigen. Es müßte nämlich hier gerechnet werden, wieviel Kinder auf einen Lehrer kommen; dann wären die Ziffern wahrscheinlich ganz anders. Es gibt immer noch Lehrer, die in zwei und drei Schichten unterrichten und $2\frac{1}{2}$ Stunden diese 55 Kinder und dann $2\frac{1}{2}$ Stunden wieder andere 55 oder 60 Kinder haben.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Das ist eine Frage des Schulraums, Herr Abgeordneter.)

— Da muß eben der Schulraum und da müssen die Lehrer her. Das darf nicht sein; denn das ist keine Erziehung mehr, das ist eine Abbrichterei. Die Ärzte haben für ihre Kasernenpraxis, die manchmal so gehen muß, hier den Ausdruck „Abfertigung“.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich gehe mit Ihnen in dieser Frage einig.)

Hier muß eingesetzt werden. Daran ändern die demokratischen Planungen durchaus nichts. Wir müssen zu einer Persönlichkeitsbildung kommen. Der Lehrer muß die Möglichkeit haben, sich der Eigenart der Kinder zu widmen und diese Eigenart zu pflegen. Hier ist das Ideal und das Ziel, auf das wir alles abstellen müssen, die Klasse mit 30, höchstens 35 Kindern.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Es ist von amerikanischer Seite sehr viel geltend gemacht worden gegen die Zweigleisigkeit unseres Erziehungssystems. Hierzu möchte ich folgendes sagen: Wir haben zwölf Jahre lang eine Zweigleisigkeit unseres Regierungs- und Verwaltungssystems gehabt. In einer Denkschrift der Jungdemokraten, die anlässlich der Bitte um Jugendamnestie an die amerikanische Militärregierung eingereicht wurde und die bis nach Washington gegangen ist, war zu lesen:

Das Volk bei uns sagt, es hat sich eigentlich nichts geändert, nicht einmal die Farbe der Uniform. An die Stelle des Kreisleiters ist lediglich der Militärgouverneur getreten und an die entsprechend höhere Stelle entsprechend höhere Militärs.

Wir haben zwölf Jahre die Zweigleisigkeit des Regierungssystems ertragen, es kann uns niemand verübeln,

(Dr. Korff [FDP])

wenn wir fast beten darum, daß uns diese Zweigleisigkeit endlich abgenommen werden möchte. Diese Zweigleisigkeit muß aber ertragen werden, solange wir eine Besatzungsmacht haben. Bedoch, wenn sie schon ertragen werden muß, dann, bitte, in der nötigen Abgrenzung der Kompetenzen! Es geht nicht an, daß man uns erklärt: Ihr müßt eine Demokratie aufbauen, Ihr müßt die Demokratie in Euren Schulen lehren, schon Eure Kinder in den Schulen müssen die demokratische Lebensweise entfalten und betätigen, wenn man uns dann schließlich auf der anderen Seite nicht das Recht gibt, uns selber demokratisch zu entfalten und eine demokratische Lebensweise zu betätigen. So geht es nicht, das ist nicht der richtige Weg. Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, man sollte uns Richtlinien geben und uns innerhalb dieser Richtlinien den Spielraum lassen, um uns nach unserer Eigenart darin zu entfalten, so muß ich ihm vollkommen beipflichten. Es geht aber auch nicht an, daß man, wenn nun Befehle erteilt, nicht bloß Richtlinien gegeben werden, sagt: Ich bin zwar nach meinem Wissen und Gewissen anderer Meinung und ich bin deshalb dagegen, aber ich führe den Befehl aus. So geht es auch nicht. Ein Wirtschaftsdirektor, der irgendwelche Behauptungen in die Welt hinausendet und sich dann hinterher entschuldigt, ohne eine wirkliche Stellung zu nehmen und zu sagen: Das und das ist wahr, dafür trete ich ein, dafür halte ich meinen Kopf hin! oder: Ich nehme das und das zurück, es war nicht wahr, ich habe übertrieben!, ein Wirtschaftsdirektor, der sich dann einfach bloß entschuldigt und uns im unklaren läßt darüber, was nun eigentlich „daran“ ist, ist kein gutes Beispiel. Ein Ernährungsminister, der andauernd zur Militärregierung sagt: Dies und das auszuführen, ist unmöglich! Wir können nicht so viel abschlackten! und der das „unmöglich“ Benannte dann doch möglich macht, und dadurch dazu herausfordert, daß sich die Forderungen an ihn übersteigern, weil man ihm sein „Unmöglich“ nicht mehr glaubt, — solche Männer sind für uns ein Unglück. Wenn ein Kultusminister einzieht, dies und das ist mit meinem Wissen und Gewissen nicht zu vereinbaren, dann darf er nicht sagen: Hier stehe ich, ich kann auch anders. Dann soll er sagen: Bis hierher kann ich gehen, weiter gehe ich nicht, unter gar keinen Umständen, ich ziehe die Konsequenzen; das, was Sie vorhaben, müssen Sie mit einem anderen machen! Das ist die Lösung und mit solchen Männern werden wir uns den Respekt in der Welt wieder erringen und unser Leben organisch aus uns heraus entfalten und aufbauen dürfen.

(Beifall bei der FDP.)

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Korff hat in seiner Rede auch von den nationalsozialistischen Kreisleitern gesprochen, und man hätte fast annehmen können, daß er damit der Besatzungsmacht etwas zu nahe getreten ist. Ich nehme an, daß er das nicht tun wollte.

(Dr. Korff: Die Militärregierung hat die Veröffentlichung dessen, was ich hier angezogen habe, genehmigt.)

Ich nehme nicht an, daß Herr Dr. Korff hier der amerikanischen Militärregierung in irgend einer Weise hat zu nahe treten wollen.

(Dr. Linnert: Warum müssen Sie das annehmen?)

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Hundhammer.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Es wird mir berichtet, während meiner Abwesenheit habe man durch Zwischenrufe daran Kritik geübt, daß ich nicht den Ausführungen des Herrn Redners hier gefolgt bin. Ich möchte dem Hause mitteilen, daß meine Abwesenheit veranlaßt war durch eine Bitte eines Beauftragten des amerikanischen Kongresses, und zwar des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, der mich wegen der Schulreformfrage sofort zu sprechen wünschte.

Zu den übrigen Ausführungen Dr. Korffs, insbesondere zu den letzten Bemerkungen bezüglich der Konsequenzen, die man aus einer Haltung ziehen muß, möchte ich hier nur sagen: Ich glaube, aus dem bisherigen Verlauf der ganzen Auseinandersetzungen über die Schulreform hat mir niemand den Vorwurf machen können, daß ich nicht aufrecht für das eingestanden wäre, was ich für richtig halte.

I. Vizepräsident: Ich vertage die Sitzung auf heute nachmittag 3 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 20 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 15 Uhr 4 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir fahren in den Beratungen fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Pittroff.

Pittroff (SPD): Meine Damen und Herren! In Reden und Debatten sind schon oft Gründe aufgezeigt worden, die das Aufkommen und die Herrschaft des Nazismus verursacht haben sollen. Auf einen Grund ist dabei bisher kaum hingewiesen worden. Dieser eine Grund war die Uneinigkeit der antifaschistischen Kreise und Parteien, die auch dann nicht zur Einigkeit bereit waren, als es galt, dem Diktator das Tor zur Macht, das Tor zur Staatskanzlei und zum Reichstanzlerpalais am 30. Januar 1933 vor der Nase zuzuschlagen. Wären diese Antifaschisten in den Parlamenten und im öffentlichen Leben in diesem einen staatspolitischen Punkte, den Faschismus von der Staatsgewalt fernzuhalten, so einig gewesen, wie sie es später in den KZ's in der Zeit der Not und des Leides in brüderlicher Einigkeit wirklich waren, so wäre jedenfalls das Unheil verhütet worden.

Jetzt stehen wir vor einer Situation für unseren Staat, nämlich demokratische Ordnungen zu schaffen und das Leben des einzelnen und des Volkes zu demokratisieren. Und wieder sind wir nicht bereit, den einzig möglichen Weg gemeinsam zu gehen und den Gemeinsinn herrschen zu lassen. Wir reden davon, Deutschland zu erneuern und dem Volk einen neuen Geist zu geben. Wir wissen, das erneuerte Deutschland kann nur auf einer neuen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung erstehen. Es kann nur vollendet werden und Bestand haben, wenn es auch neue deutsche Menschen formen und tragen werden. Wir wissen das. Warum aber sind wir nicht bereit, diese Menschen für das neue Deutschland durch eine neue deutsche Schule zu erziehen? Der Philo-

(Pittroff [SPD])

Josph Kant hat gesagt: „Der Mensch ist nichts, als was die Erziehung aus ihm macht.“ Der neue Staatsbürger wird also so sein, wie ihn die Schule gestaltet. Deswegen liegt im Sektor Schule und Erziehung der Drehpunkt für unsere Zukunft. Die Umerziehung des deutschen Menschen vom Untertan zum freien Staatsbürger und zum freiheitlichen Weltbürger ist das entscheidende Problem. Von der Lösung dieses Problems hängt es ab, ob unsere staatspolitische Zukunft mit einem guten oder schlechten Vorzeichen versehen sein wird.

Der Herr Kultusminister hat uns in der vorigen Woche im Haushaltsausschuß und jetzt in dieser Landtagsitzung eine chronologische Darstellung gegeben, wie im Lande Bayern im letzten Jahre um und gegen die Schulreform gerungen wurde. Das Fazit daraus ist, daß es jetzt zu einem Diktat der Besatzungsbehörde gekommen ist. Wir bedauern dies in zweifacher Hinsicht: Einmal deswegen, weil nunmehr von unserer Seite aus nicht mehr die Basis und die Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben ist. Wir glauben, wenn die Angelegenheit nicht so in die Länge gezogen worden wäre und das OMGUS-Telegramm vom 10. Januar 1947 in den vorgelegten Richtlinien nur einigermaßen berücksichtigt oder der Wille dazu gezeigt worden wäre, auf diese acht Punkte einzugehen, die Situation hätte sich nicht so verschärft, wie sie jetzt tatsächlich ist. Der Herr Minister hat ja selbst gesagt, daß die Schreiben und Weisungen der Militärregierung, und zwar der verschiedenen Militärdienststellen, sich von Fall zu Fall vertieft, verbreitert und verschärft haben, bis es eben zu dem Ultimatum gekommen ist.

Zum anderen bedauern wir, daß der Landtag als Volksvertretung nicht von Anfang an in diese wichtige Angelegenheit eingeschaltet worden ist. Erst auf unsere Initiative hin, als wir unseren Antrag zu einem Gesetz zur Neuordnung des Schulwesens eingereicht hatten, und weil sich andererseits das Kultusministerium bei der Militärregierung festgefahren hatte, wurde der Landtag als Zugmaschine vorgespannt oder, besser gesagt, als Schubmaschine auf der schiefen Ebene hinten hinrangiert, damit die Sache wieder in Bewegung kommen sollte. Heute ist der 29. Januar. Am 1. Februar muß der Vorschlag des Kultusministeriums bei der Militärregierung eingelaufen sein. Es ist im Haushaltsausschuß in der vorigen Woche debattiert worden, es ist gestern und heute hier debattiert worden, aber von einem haben wir nichts gehört: von dem Plan, den das Kultusministerium jetzt der Militärregierung vorlegen will. Es soll in der Hauptsache das sein, was bereits am 1. Oktober vorgelegt oder was im Haushaltsausschuß damals beraten wurde. Zum mindesten ist uns hier der Kern der Sache nicht gezeigt worden. Ich sehe daher, nicht recht ein, was der Landtag überhaupt tun soll.

(Zuruf.)

Es sind Dinge aufgezeigt worden, z. B. ist über die Behandlung der Schulverfäumnisse und über die Errichtung von Schulpflegschaften gesprochen worden. Das sind doch alles nur Einzelfrische aus dem gesamten Schulleben, die mit der Schulreform an sich gar nichts zu tun haben. Denn Schulpflegschaften hat es bis 1933 gegeben, und die Behandlung der Schulverfäumnisse ist doch eine reine Verwaltungssache, die mit Schulreform aber auch nichts zu tun hat. Wir bedauern daher, daß in dieser

Sache der Neuordnung der Schule die parlamentarische Mehrheit das Recht der Minderheit so ganz und gar ignorieren will,

(sehr richtig!)

und zwar durch ein parlamentarisches Diktat.

(Dr. Stang: Na, ein parlamentarischer Beschluß, ist doch nie ein Diktat.)

— Das ist ein parlamentarischer Beschluß, der sich hier ganz einfach so auswirkt, daß die Minderheit nicht gehört wird, daß man über den Willen, die Ansichten und die Pläne der Minderheit hinweggeht.

(Dr. Stang: Das ist überall so.)

Wenn man schon von seiten der Militärregierung ein Diktat verabscheut, dann sollte man auch den anderen Teil des Volkes hören. Denn auch die Minderheit hat in der Demokratie ein Recht, sich als Staatsbürger zu betätigen

(Zuruf.)

und auch gehört zu werden, wenn sie vernünftige Vorschläge macht. Vor allem aber bedauern wir, daß plötzlich die Eltern im Land geschreckt werden sollen, indem man ihnen sagt: Die Schulreform ist eine Angelegenheit, die die Militärregierung will, und durch sie werden dem Volke Lasten von 50 oder 60 Millionen Mark aufgebürdet; diese Lasten müssen das arme Volk erdrücken. Oder man sagt: Die Schulreform ist eine Sache, die nur die bösen Kommunisten und die linksradikalen Sozialisten wollen.

(Hört, hört! links)

Der Herr Minister hat am 21. Januar im Rundfunk gesagt:

Es ist überhaupt auffallend, mit welchem Nachdruck sich die im Lande bestehende Minderheit von Kommunisten und radikalen Sozialisten dazu berufen glaubt, in dieser Frage mit Forderungen und ihren Stimmen die Meinung der Mehrheit übertönen zu müssen.

Ja, ich sage es hier frei und offen heraus: Die Schulreform ist nicht eine Sache, die die Besatzungsbehörde nach Deutschland gebracht hat; die Schulreform ist eine Sache, die deutschen Köpfe entsprungen und auf urdeutschem Boden entstanden und erwachsen ist.

(Dr. Stang: Das ist richtig. — Staatsminister

Dr. Hundhammer: Auch die Vorschläge, über die wir jetzt diskutieren?)

— Ganz genau, Herr Minister! Ich werde diese Vorschläge attennmäßig belegen. Hier ist das Buch: „Die Reichsschulkonferenz vom 11. bis 19. Juni 1920“. Ich darf Ihnen vielleicht gleich hier einige Namen verlesen:

Als Vertreter der bayerischen Staatsregierung waren — —

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Aber diese Vorschläge und die Punkte sind von der Mehrheit des bayerischen Volkes nie akzeptiert worden!)

Als Vertreter der bayerischen Landesregierung nahmen an dieser Konferenz, die eine ganze Woche dauerte, folgende Personen und amtliche Vertreter teil: Dr. Melber, Ministerialdirektor; Veg, Oberregierungsrat; Vogelhuber, Regierungsrat; Bühler, Hauptlehrer und Landtagsabgeordneter; von Gebjattel Maria, Abgeordnete; Dr. Hilpert,

(Pittroff [SPD])

Gymnasialprofessor und Landtagsabgeordneter,
Münchberg; Kaefer Elisabeth, Reallehrerin.

Zum Beweis dafür, daß die Schulreform ein ur-deutsches Erzeugnis ist, muß ich Ihnen nun einige Etappen aus der hundertjährigen Geschichte, oder ich möchte sagen, von dem hundertjährigen Ringen um die nationale deutsche Schule aufzeigen. Es ist nicht wahr, daß die Amerikaner die Schulreform erfunden haben. Gerade umgekehrt ist es: Die Schulreform ist von Deutschland nach Amerika gekommen, vor Generationen, und nun kommt sie in einem Kreisweg nach Deutschland zurück. Deutsche Pädagogen, Wissenschaftler und Kulturpolitiker waren seit hundert Jahren die Schöpfer dieser Ideen. Diese Ideen sind hinausgegangen. In Amerika sind sie allerdings realisiert, verwirklicht worden. Es war ja sehr oft so, daß große deutsche Geister die Ideen hatten und andere sie verwirklichten. Bei uns waren das dann nur wissenschaftliche Lichter, dort aber sind sie zu Kulturträgern des Volkes geworden. Wir können heute feststellen, daß sich die Schulreform in Amerika zum Glück und Segen des amerikanischen Volkes ausgewirkt hat. Aber stolz können wir sein, daß Deutschland ihr Geburtsland ist. Ich glaube nur, die Befugungsmächte wissen eben, was einem Kulturvolk des 20. Jahrhunderts für die Erziehung der Gesamtheit der Jugend auch wirklich nützt. Es ist auch nicht wahr, daß es eine Minderheit von Kommunisten oder radikalen Sozialisten ist, die in Bayern die Schulreform will.

(Staatsminister Dr. Hundhammer:
Diese Schulreform!)

— Ist der Jugendring in Bayern unter Führung des Herrn Präsidenten Johannes Pippl eine kommunistische Organisation oder linksradikal?

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Die wollen diese Form nicht; Pippl will die Form nicht.)

— Johannes Pippl hat seinen Plan der Schulreform vom Jahre 1946. Diese Schulreform stimmt in den Grundzügen mit der überein, wie wir sie wollen.

(Sehr gut! — Staatsminister Dr. Hundhammer:
Nein, nein!)

Ich frage weiter: Ist der Bayerische Lehrerverein als die Standesorganisation aller Lehrer, und zwar vom Kindergarten bis zu den Hochschulen, in dessen Vorstandschaft die Mitglieder des ehemaligen Katholischen Lehrervereins und die Mitglieder des ehemaligen Katholischen Lehrerinnenvereins sitzen, kommunistisch oder linksradikal? Sind die Hochschulprofessoren und Studienräte, die dort Mitglieder und in ihrem Fach Wissenschaftler sind, die die Schulreform aus pädagogischen und jugendpsychologischen Gründen oder auch wegen sozialer Ziele wollen, nicht auch gleichberechtigte Staatsbürger, die ihre Meinung sagen und vertreten dürfen? Oder ist die Freie Demokratische Partei da hinten auch ein Anhängel der Kommunisten und linksradikalen Sozialisten?

(Heiterkeit.)

Jedenfalls weiß ich, daß die Freien Demokraten wirklich Anhänger der Schulreform sind. In den Reihen der Anhänger der Schulreform sind aber ebenso gewichtige Namen und Verbände, wie sie auf der Gegenseite vom Herrn Kultusminister aufgezählt worden sind. Herr Kultusminister, Sie zählen die einen und wir die anderen; Sie

bekommen Briefe und wir bekommen Briefe. Das war im ganzen Jahr so.

(Zuruf: Es fragt sich nur, wo sie bestellt sind.)

Sie sagten, der Rektor der Universität München steht in Ihrem Lager. Der Rektor der Universität Erlangen, Herr Professor Dr. Brenner, steht in unserem Lager. Auch wir können uns auf einen Universitätsrektor berufen, und der Universitätsrektor Professor Dr. Brenner hat an unserem Plan genau so mitgearbeitet.

(Zuruf: Im Notfall kriegen wir auch noch 15 aus Amerika her. — Das ist kein Kunststück.)

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sage, in Ihrem Lager stehen doch vor allem Kreise — nicht alle, aber doch vor allem Kreise —, die standesmäßige Ressentiments haben.

(Dr. Stang: Na, gehen Sie zu!)

— Nun, wenn dem nicht so ist, dann möchte ich hier eine Frage aufwerfen. Es wird immer wieder gesagt: Fach-ausschüsse sind zusammenberufen worden; Fach-ausschüsse haben diese Pläne entworfen. Ja, wenn solche Fach-ausschüsse gebildet werden, dann wäre es in einem demokratischen Staat doch wohl so, daß auch die Vertreter in diesen Ausschüssen entsprechend der Zusammensetzung der Volksvertretung bestimmt würden. Dann darf ich sagen, dann müßte doch vor allem die größte Organisation, die 90 Prozent der deutschen Kinder zu erziehen hat, nämlich der Bayerische Lehrerverein, in diesen Fach-ausschüssen maßgebend mitvertreten sein. Denn es geht ja um die Erziehung der deutschen Kinder. Es wäre bestimmt ganz gut, daß, wenn man hier rein amtlich, also nicht parteipolitisch, solche Fach-ausschüsse berufen würde, auch Vertreter der anderen politischen Richtungen mit zugezogen würden. Wissen wir denn, in welchem Lager die Mehrheit der Eltern ist? Jedenfalls ist es so: Die Mehrheit auch der bayerischen Eltern will für ihre Kinder eine gute Schule, und zwar eine Schule, die auf dem gleichen Recht für alle beruht. Die Mehrheit der Eltern will bestimmt eine Schule, die gleiche Chancen der Bildung für alle Kinder bietet.

(Sehr richtig!)

In einem demokratischen Staat sollte man nicht nur immer wieder sagen, die Erziehung der Kinder ist ein gottgewolltes Recht. Wir erkennen das an, wir bestreiten das nicht; aber in einem demokratischen Kulturstaat ist das Recht auf Bildung ein Naturrecht für alle Menschen.

(Sehr richtig!)

Das dürfte doch nicht übersehen werden. Alle Kinder in einem demokratischen Staat müssen das gleiche Recht besitzen, den gleichen Bildungsgang zu durchlaufen, wenn sie die geistigen Gaben und Anlagen dafür besitzen.

(Zuruf: Das haben sie doch auch!)

— Wo haben sie es denn? Da müßten wir einzeln in die Debatte gehen.

Es wurde betont, daß die Militärregierung kein Recht habe, in eine innere Angelegenheit, wie es die Schulorganisation ist, hineinzureden. Wer als Politiker auf diesem Standpunkt steht, sollte dann auch nicht die 13 Namen von amerikanischen Professoren der Universität Chicago als Kronzeugen anführen. Dann bleibt man im eigenen Hause und holt sich nicht die Hilfen und Stützen ausgerechnet aus diesem Lande, dem

(Pittroff (SPD))

man sonst sagt: Ihr habt kein Recht, uns hier etwas vorzuschreiben.

(Dr. Stang: Das sind ja Deutsche!)

— Es werden aber heute wohl amerikanische Staatsbürger sein.

(Dr. Stang: Aber sie kennen das eine und das andere.)

— Ich habe nichts dagegen, Herr Dr. Stang, wenn solche Männer als Universitätsprofessoren zu Wort kommen. Ich lese das auch. Aber ich bin nur dagegen, daß man behauptet, die amerikanische Militärregierung hat in innerdeutsche Angelegenheiten nichts hineinzureden, und sich im gleichen Atemzug ausgerechnet auf amerikanische Professoren beruft, auch wenn sie deutschen Ursprungs sind.

(Zuruf: Da ist doch ein Unterschied. — Kübler: Das ist ein fachmännisches Urteil!)

Wir berufen uns ja auch nicht aufs Ausland. Auch wir könnten Auslandsstimmen anführen.

(Zuruf.)

Nein, wir bleiben im Lande und holen uns die Begründungen tatsächlich von dem pädagogischen und wissenschaftlichen Boden unseres Landes.

Das deutsche Volk weiß leider viel zu wenig um die Entwicklung und die Geschichte seiner Schule. Wenn es nämlich in der jetzigen Zeit noch wüßte, wie sich das Schulwesen in Deutschland in Kämpfen entwickeln mußte, dann, glaube ich, würde es auch viel freudiger und hingebungsvoller und auch entschiedener den Gegnern der Schulreform entgegentreten. Dann würde es vor allem wissen, wie groß, langwierig und schwer der Kampf seit hundert Jahren war. Dann wüßte das Volk aber auch, warum die Gegner der Schulreform ihre alten Vorrechte so hartnäckig verteidigten. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß der Bericht über die Reichsschulreform von 1920 eine Fundgrube ist, wie gekämpft werden mußte. 500 demokratische Politiker waren es; neuzeitliche Pädagogen und soziale Sachverständige nahmen daran teil. Sie wollten die grundlegende pädagogische Erneuerung des öffentlichen Schul- und Erziehungswesens überhaupt vorbereiten. Es waren keine Vertreter einer Befehlsmacht, auch wenn es 1920 war; aber es waren Männer, die um die wissenschaftliche Begründung der Erziehung wußten und die auch darum besorgt waren, der deutschen Jugend die beste pädagogische, psychologische und didaktische Erziehung zu geben. Es waren auch nicht etwa nur die Vertreter des Volksschullehrerstandes, wie es manchmal hingestellt wird, als sei es eine Standesfrage der Volksschullehrer, für die Schulreform zu kämpfen. Das ist ganz und gar nicht der Fall, sondern es waren Wissenschaftler. Ich darf Ihnen vielleicht doch einige Namen vorlesen von Männern, die damals die Hauptreferate gehalten haben:

Über die Einheitschule referierten Professor Dr. Binder, Oberlehrer Dr. Karjen

— wir kennen ihn ja; wir hatten ja persönlich mit Herrn Fritz Karjen zu tun —, Oberstudienrat Dr. Georg Kerksensteiner aus München. Dr. Georg Kerksensteiner hielt die Hauptreferate. Er stellte die Leitsätze über die nationale Einheitschule auf. Wei-

tere Referate waren von Lyzealdirektor Dr. Boß; über den Arbeitsunterricht und die Arbeitsideen der Erziehung sprach Professor Dr. Johannes Kühnel, als nächster, Universitätsprofessor Dr. Matorp, Privatdozent Dr. Seidel; über Lehrer und Lehrerbildung sprach Universitätsprofessor Dr. Spranger; über Schüler und Schülerschaft Dr. Andreesen, Leiter des Landeserziehungsheims Schloß Bieberstein, und Frau Dr. Gertrud Bäumer über technische Vereinheitlichung des Schulwesens. Über den Organisationsplan sprach Herr Universitätsprofessor Dr. Ziehen, und so geht das weiter. Das sind deutsche Vertreter der Wissenschaft, der Pädagogik und der Psychologie. Auf sie berufen wir uns bei unserem Kampf um die Schulreform.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Aber gerade Kerksensteiner, Herr Abgeordneter, war für den Übertritt von der vierten Volksschulklasse und nicht von der sechsten.)

— Ich bringe nachher noch wörtlich einen Satz von Kerksensteiner. Der Herr Kollege Meigner hat gestern hier gesagt, der Vertreter des Kultusministeriums habe in den Beratungen des Haushaltsausschusses betont, das Kernproblem der Schule sei die höhere Schule. Das ist von dieser Seite ehrlich, und für das Volk sollte es aufschlußreich sein. Sehen Sie, hier gehen wir auseinander: Ihre Liebe, Ihre Sorge gehört der überlieferten Schule; unsere Liebe, unsere Mühe und unsere Sorge gehört einer guten neuzeitlichen Schule des Volkes überhaupt.

Wir wollen keine Schule für die Reichen und wir wollen keine Schule für die Armen.

(Zurufe von der CSU: Wir auch nicht. Das ist ja Unsinn.)

Wir wollen keine Schule für die Bessergestellten und auf der anderen Seite keine Schule fürs Dorf, fürs flache Land, für die Bauern und Arbeiter.

(Zuruf von der CSU: So etwas paßt nach Norddeutschland und nicht nach Bayern.)

— Sie wollen das nicht, was ich hier ausführe.

(Michel: Bei uns in den Mittelschulen ist doch alles mehr von den unteren Ständen; da herrscht kein Kastengeist!)

— Wenn im ganzen Lande Bayern 10 Prozent der Schüler durch die Mittelschule gegangen sind, wollen Sie dann sagen, daß unser bayerisches Volk so wenig geistige Anlagen hat, daß nur 10 Prozent für die Mittelschule und höhere Schulbildung befähigt sind?

(Michel: Geht denn der Mensch erst beim Akademiker an? Wir sind nicht Akademiker und sind doch auch Menschen. Wir haben auch etwas gelernt. Wir brauchen in allen Berufen anständige und intelligente Menschen!)

— Richtig, Herr Kollege, wir brauchen in allen Berufen anständige, aber auch gut gebildete Menschen, und deswegen sind wir für die Verbesserung des Schulwesens im ganzen. Aber wenn Sie das schon wollen, dann müssen Sie auch das gleiche Recht auf Bildung für alle betonen.

(Dr. Stang: Das tun wir ja auch!)

Dieses gleiche Recht auf Bildung kann nur eine umfassende Allgemeinbildung sein, zu der jedem der Weg

(Pittroff [SPD])

offen steht und die jedem das gibt, was seinen Anlagen tatsächlich auch entspricht.

(Zurufe von der CSU: Das ist sehr dehnbar! — Und was er braucht in seinem Leben!)

— Herr Kollege Meigner —

(Seifried: Er ist ja unbelehrbar. Laß Dich doch nicht immer unterbrechen, der Meigner ist doch unbelehrbar! — Dr. Stang: Eine Tugend auf Gegenseitigkeit!)

— Es ist ganz gut, daß das gesagt wird. Wenn nämlich das Kind sechs Jahre oder zehn Jahre alt ist, dann gibt es Herrschaften, die hier schon bestimmen und wissen wollen, was das Kind in seinem späteren Leben einmal braucht. Bei sechs und zehn Jahren wissen Sie ja noch gar nicht, was es braucht. Wenn das Kind sechs oder zehn Jahre alt ist, dann sollen Sie ihm nur den Weg eröffnen. Sie sollen es in einen Bildungsgang hineinbringen, damit es auch die Kräfte in sich entwickelt bekommt, die es später im Leben des Volkes einsetzen kann.

(Sehr gut! links.)

Wir wollen eine allumfassende Schule und Erziehung, aus der gute Menschen hervorgehen sollen, die anständig, hilfsbereit, edel, tolerant gegen die Bürger des eigenen Volkes und tolerant gegen die Bürger der anderen Völker sind.

(Zuruf von der CSU: Das wollen wir auch!)

— Ja, wir wollen aber nicht nur gute Menschen in diesem Sinne, wir wollen auch wissende Menschen durch die Schule bekommen, die Einblick haben in die Gesetze der Natur und in die Gesetze der Gesellschaft.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Dazu wollen wir auch noch aktive Menschen. Aktive Menschen sind für uns solche Menschen, die selbstbewußt, verantwortungsfreudig in brüderlicher Gemeinschaft mit ihrem Volke und der Menschheit ein Leben in Frieden, in Freundschaft und sozialer Gerechtigkeit gestalten, die nicht nur die Freiheit, die Menschlichkeit, den Frieden und den Fortschritt platonisch lieben und nur davon reden,

(Sehr gut! bei der SPD.)

sondern die auch bereit und fähig sind, mit geistigen Mitteln für diese Ideale und Ziele zu kämpfen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Die Schule soll nicht nur eine Wissensvermittlungsstätte sein, Herr Kollege Meigner, für uns soll sie zuerst Erziehungsstätte sein.

(Meigner: Genau das habe ich heute morgen gesagt, mit den Worten!)

Wenn ich hier formuliert habe, was für Menschen aus dieser Schule herauskommen sollen, dann legen wir den Nachdruck auf die Erziehung. Es ist viel zu viel Wissen in den alten Schulen an die Kinder herangetragen worden; gedächtnismäßig mußte es in die Köpfe hineingehämmert und hineingepreßt werden. Wo aber ist die Menschlichkeit geblieben? Kennen Sie das Wort von Hölderlin in „Hyperion“, wenn er einen Gang durch Deutschland macht und sagt:

Ich habe Handwerker getroffen auf meinem Gang durch Deutschland, aber keine Menschen. Ich habe

junge und alte Leute gefunden, aber keine Menschen. Ich habe Priester gefunden, aber keine Menschen. Der Deutsche ist durch alles, was er getan hat, nur noch barbarischer geworden, selbst durch Religion.

(Dr. Stang: Na! — Zuruf von der SPD: Siehe Hitler!)

— Ich habe das hier zitiert, und es ist ein Wort von Hölderlin. Wir wollen durch die Schule die moralischen, die sittlichen, die religiösen und geistigen Kräfte ebenso wie die wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten des ganzen Volkes erschließen und ausschöpfen, damit wir als armes und verarmtes Volk nach innen gewinnen, was wir nach außen verloren haben.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Der Reichtum unseres Volkes liegt in unseren geistigen, sittlichen und moralischen Kräften. Diese müssen wir erschließen, wie es vor beinahe 100 Jahren der dänische Bischof Nikolai Frederik Grundtvig gemacht hat, als Dänemark zusammengebrochen war. Er wußte, nur wenn das Volk sich auf sich selbst besinnt, wenn es zu den Quellen seiner Kraft kommt und wenn es vor allem den Machtglauben abschüttelt, dann wird es ein glückliches Volk werden. Grundtvig sagte damals, die Zeit vom 18. bis zum 25. Lebensjahr ist die Zeit, in der der Mensch sich als Charakter und Staatsbürger gestaltet. In dieser Zeit dürfen die Erziehung und der Einfluß der erzieherischen Kräfte nicht aufhören. Aus diesem Gedanken heraus hat er die Volkshochschulbewegung geschaffen und hat sein Volk glücklich gemacht.

Ähnlich müßten wir es auch machen, nach innen gewinnen, was nach außen verloren ging. Dazu brauchen wir vor allem keinen neuen Nationalismus, sondern den neuen Humanismus. Dazu brauchen wir aber auch eine deutsche neue Schule. Ich weiß, Sie sagen ganz einfach, die alte Schule war gut, warum sollen wir uns um neue Dinge kümmern? Sie wollen beweisen, daß sie gut war, weil es schon immer so war. Sie haben aber keinen Beweis dafür, daß die neue Schule in ihrer Organisation, in ihrem Lehrinhalt nicht besser wäre als die alte. Wir haben aber zum Teil Beweise durch Versuchsschulen, durch Väterziehungsheime, daß dort mehr an den Kindern und Schülern geleistet werden kann.

Wir kommt es so vor, als ob sich dieses hundertjährige Ringen seit dem Jahre 1848 wie in einem Brennglase zeitlich und räumlich auf engstem Punkt zusammengedrängt in Bayern noch einmal wiederholen müßte. 1948 ist ein historisches Jahr für das deutsche Volk. Ich will nicht an die anderen geschichtlichen Ereignisse erinnern, aber 1948 ist auch ein Erinnerungsjahr insofern: Das Jahr 1848 ist sozusagen das Geburtsjahr der Schulreform. Im März 1848 fand am Fuße der Wartburg in Eisenach die erste allgemeine deutsche Lehrerversammlung statt. An dieser Versammlung haben damals Lehrer aller Schulgattungen teilgenommen, von der Volksschule bis zur Hochschule. Nach dem Vortrag von Professor Dr. Röschly mit dem Thema „Die Organisation der deutschen Volksschule“ wurde folgender Beschluß gefaßt — das ist jetzt besonders interessant, ich bitte Sie, da achtzugeben —, also im März 1848:

Die einheitliche, vom Kindergarten bis zur Hochschule aufwärts gegliederte, auf gemeinsamer menschlich-volkstümlicher Grundlage beruhende

(Pittroff [SPD])

deutsche Volksschule tritt als eine mit den übrigen Staatsanstalten gleichberechtigte und gleichverpflichtende in den Gesamtorganismus des Staates ein.

Also 1848 hat man schon von der Einheit des Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule gesprochen. Der zweite Teil dieses Beschlusses, in dem es heißt, diese neue Einheitschule soll als eine Staatsanstalt auftreten, ist heute kaum mehr verständlich. Damals waren nämlich die Volksschulen noch reine Kirchenschulen, da mußte auch noch um den staatlichen Charakter der Schule gekämpft werden, der heute für uns ja selbstverständlich ist.

Dieser Beschluß ist für die damalige Zeit ein kühner Beschluß gewesen. Es wurde der einheitliche Aufbau des gesamten Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule gefordert und die freiheitlich gesinnte Bürgerschaft, die es 1848 in Deutschland gegeben hat, hat durch ihren Vertreter, den Hochschulprofessor Roßmäßler diesen Grundgedanken in den Verfassungsartikeln des Frankfurter Parlaments verankert.

Nun, es wird hier immer als eine Leuchte der bayerischen Heimat, als ein Stern am deutschen wissenschaftlichen Himmel und des pädagogischen Lebens Herr Dr. Georg Kerschensteiner zitiert. Im Jahre 1914 fand in Kiel die letzte deutsche Lehrerversammlung vor dem ersten Weltkrieg statt. Herr Dr. Georg Kerschensteiner hat dort das Hauptreferat über den Aufbau und die Organisation der Einheitschule gehalten. Es heißt hier:

Dort wurde von der deutschen Lehrerversammlung neben den weitgespannten und in die Tiefe gehenden Zeitsätzen Georg Kerschensteiners folgende Entschließung angenommen:

Die deutsche Lehrerversammlung fordert in Übereinstimmung mit den Ausführungen und Zeitsätzen des Vortragenden die organisch gegliederte nationale Einheitschule, die einen einheitlichen Lehrerstand zur notwendigen Voraussetzung hat und in der jede Trennung nach sozialen und konfessionellen Rücksichten beseitigt ist.

(Hört, hört! links.)

Sie richtet daher an alle volks- und bildungsfreundlichen Kreise des deutschen Volkes die Aufforderung, alle Kräfte daranzusetzen, daß die der Verwirklichung dieser Einheitschule entgegenstehenden Widerstände überwunden werden...

Das sind nur zwei Etappen aus der Entwicklung und dem Ringen um die deutsche Einheitschule, sozusagen der Anfang und das Stadium kurz vor dem Ende.

Wir haben in der Verfassung festgelegt, daß Bayern ein demokratischer Volksstaat und ein sozialer Kulturstaat ist. In jedem Menschen lebt die Sehnsucht nach Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit; jedem Menschen müssen daher die gleichen Chancen gegeben sein, das zu werden, wozu ihn die ihm angeborenen körperlichen und geistigen Kräfte befähigen. Der Staat als Träger des Schulwesens muß daher allen Jugendlichen die gleichen Möglichkeiten bieten, die Schulbahn von der untersten bis zur höchsten Stufe zu durchlaufen, wenn die Begabung und Neigung des Schülers dafür ausreichen. Das ist die einzige Bedingung und das einzige Hindernis, die tatsächlich durch die Natur ge-

geben sind. Wer nicht für die höhere Bildung paßt, der hat auch nicht in diese Schulbahn hineinzukommen. Aber — ich frage Sie hier, prüfen Sie sich auf Herz und Nieren —: Wieviele Schüler und Schülerinnen werden in den höheren Schulen mit durchgeschleppt, nur weil es der Wunsch, nur weil es das standesmäßige Gefühl der Eltern ist, sie müssen durch die Schulen durchkommen?

(Dr. Stang: Auch Ministerjöhne können durchfallen!)

— Herr Kollege Dr. Stang, Sie sagen hier ganz richtig, es sind ja auch Ministerjöhne drin. So habe ich Sie wohl recht verstanden.

(Dr. Stang: Nein, ich sagte, es fallen auch Ministerjöhne durch, wenn es notwendig ist.)

— Das wäre ja noch schöner, wenn sie nicht durchfallen würden, wenn sie Trottel sind. Wenn einer ein Trottel ist, kann er eben nicht in die Hochschule kommen. Aber ich kann Ihnen sagen — möge sich niemand beleidigt fühlen —: Es gibt ganz einzelne Exemplare, die laufen mit dem Dokortitel herum, daß ich mich oft frage, woher haben sie den nur?

(Sehr gut! bei der SPD. — Dr. Stang: Daran ist aber nicht die höhere Schule schuld. — Zuruf.)

— Herr Kollege Krempf, ich kann Ihnen folgendes sagen: 1920 hat der Professor Dr. Rein an der Universität Jena gesagt, er habe bis jetzt nur einen einzigen Menschen in Deutschland gefunden, der wirklich gebildet war, nämlich einen alten Fischer droben auf einer kleinen Insel, der täglich mit seinem Boot hinüber- und herübergefahren ist. Dieser alte Fischer hätte in seinem ganzen Leben kein anderes Buch in der Hand gehabt als das Gesangbuch der evangelisch-lutherischen Kirche, aber als Mensch sei dieser Mann gebildet gewesen. Bildung macht nicht das aus, wieviel lateinische Vokabeln einer kann und wieviel er gelesen hat,

(Sehr gut! bei der SPD)

Bildung wird durch andere Momente bestimmt.

(Zuruf. — Heiterkeit. — Krempf: Das paßt doch gar nicht zusammen!)

— Ich verstehe Sie nicht, Herr Kollege. Auf jeden Fall aber hat uns das Veranlassung gegeben, diesen Gesetzentwurf einzubringen. In der Verfassung heißt es, jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten; Begabten ist der Besuch von Schulen und Hochschulen nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln zu ermöglichen. Wenn Sie sagen, es kommen ja auch ganz arme Kinder, Söhne von Arbeitern, von Schulhausmeistern usw. bis zur Hochschule herauf, so sind das die paar einzelnen Paradedepferde, die man da in den Zirkus hineinraben läßt.

(Dr. Stang: 24 Prozent der Bevölkerung!)

— Ich bin als Lehrer durch die Schule gegangen und ich könnte Ihnen sagen, wie hoch der Prozentsatz der intelligenten Kinder war, die geeignet gewesen wären, in die Mittelschule oder höhere Schule zu kommen, die es aber nicht konnten, weil die Eltern kein Geld hatten, weil die Schulen in Bayreuth waren und die Eltern ganz einfach nicht das Schulgeld und das Kostgeld aufbringen konnten.

Meine Herren, wir werden uns damit abfinden müssen, daß sich in der Politik, im Wirtschafts- und Ge-

(Pittroff [SPD])

gesellschaftsleben eine Wandlung vollzieht, auch wenn Sie sich noch so sehr dagegen sträuben.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Sie haben sich seit 70 und 80 Jahren gegen das Aufkommen des Sozialismus als politische Partei gesträubt und gewehrt — das heißt nicht Sie, aber Ihre Vorfäter haben dies getan —, 1872 saßen nur einmal zwei Vertreter der SPD im Reichstag. Wir erleben es wohl noch, daß Sie Ihr Wort revidieren müssen, das einer Ihrer Vertreter gesprochen hat, nämlich das Wort, der Sozialismus ist jetzt erledigt. Sie werden etwas anderes erleben müssen.

Wenn wir aber wissen, daß wir zu neuen Formen des Gesellschafts- und Staatslebens kommen müssen, dann kann die Schule als Bestandteil des staatlichen und öffentlichen Lebens nicht zurückbleiben; die Schule muß nach Form und Inhalt diesem Wandel folgen, auch in Bayern, und die Schulreform muß nach pädagogischen Erkenntnissen der modernen Wissenschaft und nach den demokratischen und sozialen Forderungen des freien Volksstaats durchgeführt werden, um die wirkliche Demokratie zu entwickeln, die die Lebensweise des Volkes bestimmt. Mit diesen papierernen Scheinfreiheiten, wie sie in der Verfassung festgelegt sind, gibt sich das Volk auf die Dauer nicht zufrieden; es müssen echte, konkrete Freiheiten sein. Schon 1525 hat man die deutschen Bauern im Bauernkrieg damit abgeseigt, daß man ihnen sogenannte geistige Freiheiten gegeben hat, und die Feudalherren haben sich die wirklichen Vorrechte im Staatsleben vorbehalten.

Sehr oft wird es beanstandet, wenn wir sagen, der deutsche Mensch soll durch eine gute Schule vom Untertan zum freien Staatsbürger entwickelt werden. Es gibt dann Vertreter, die sagen, der Deutsche ist ja nicht Untertan. Ich möchte es so ausdrücken: Die großen Kulturenationen Europas haben alle ihre ganz bestimmte, ihre spezifische Revolution gehabt. England hat durch diese Revolution einen ganz bestimmten Typ des Menschen geschaffen, den Gentleman. Die Franzosen haben durch ihre Revolution einen ganz bestimmten Typ geschaffen, den citoyen, den Bürger. Die Russen haben durch ihre Revolution auch einen bestimmten Typ geschaffen, den Arbeiter schlechthin. Das deutsche Volk ist sich und der Welt diese kulturelle Revolution schuldig geblieben.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Es hat zwar 1525 den Ansatz dazu gemacht, ist aber auf halbem Wege stehen geblieben oder wieder umgekehrt. Trotzdem hat es damals einen ganz spezifisch deutschen Typ geschaffen — Luther hat das durch seine Schrift „Wider die aufständischen Bauern“ festgelegt —: In Deutschland wurde 1525 der Untertan als Typ des deutschen Menschen geschaffen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

„Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!“, das ist geblieben seit 1525. Und dagegen lehnen wir uns auf! Das deutsche Volk muß einmal frei werden. War es nicht der Herr Ministerpräsident Dr. Ehard, der vor Weihnachten, als junge Akademiker in Dachau zusammen-

gekommen waren, sagte, es hängen leider dem deutschen Menschen noch zu sehr die Schläden des Untertans an?

(Dr. Stang: In der Regierungserklärung steht das ja auch drin!)

— Ja, Sie sagen ganz richtig, es steht sogar in der Regierungserklärung. Wenn wir also wissen, daß es so ist, daß es ein Faktum ist, warum tun wir nichts, um diesen unschönen Zustand zu beseitigen, indem wir eine Schule einführen, die freie, demokratische Menschen schafft?

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Wenn wir — das sage ich hier ganz offen — sozialen Demokraten — wenn uns andere Leute als radikale Sozialisten bezeichnen, soll es uns auch recht sein; im Kampf um den Sozialismus kann man gar nicht radikal genug sein,

(sehr gut! bei der SPD)

da genieren wir uns gar nicht, das zu sagen — für die Schulreform sind, dann bestimmen uns dazu politische, pädagogische und soziale Gründe. Sie dürfen uns nicht damit kommen und sagen: Wenn man über die Schule spricht, darf man nicht Politiker sein. Ist denn die Schule des Staates, die Schule für alle Kinder des Volkes nicht eine staatspolitische Angelegenheit?

(Zuruf von der SPD: Nur!)

Wenn ich sage, es bestimmen uns politische Gründe, dann sind es folgende: Die Erziehung zur Demokratie läßt sich nur verwirklichen, wenn die Kinder aller Volksschichten möglichst lange die gemeinsame Volksschule besuchen. Eine Aufgliederung in die verschiedenen Schultypen vom 9. oder 10. Lebensjahr an ist daher nicht zu vertreten, wenn man den demokratischen Standpunkt vertritt und die Demokratisierung will.

Ich habe gesagt, wir haben auch soziale Gründe. Die differenzierte Schule ist den Kindern aller Volksschichten zugänglich, da die Mittelschule, d. h. die Mittelstufe als die zweite Ebene der Einheitschule auch in den kleineren Orten, in Landstädtchen usw., errichtet werden kann und begabte Kinder dann vom flachen Land in die Oberstufe in den größeren Plätzen kommen können und die armen Kinder ganz einfach staatliche Unterstützung erhalten.

Wenn ich von den pädagogischen Gründen spreche, so denke ich vor allem an die Jugendpsychologie. Die bisherige Differenzierung nach dem vierten Schuljahr ist verfrüht. Im 10. Lebensjahre kann man noch nicht bestimmen, welchen Beruf das Kind, ob es ein Knabe oder ein Mädchen ist, einmal ergreifen soll. Denn Sonderbegabungen, ob sie sprachlicher oder mathematischer Art sind, können erst mit dem Ende des Pubertätsalters festgestellt werden, und jeder Psychologe weiß, daß abstraktes Denken — nach den Forschungen der Jugendpsychologie — erst mit dem Beginn der Reifezeit einsetzt, also etwa mit dem 15. Lebensjahr. Der Plan zur Schulreform ist wirklich ein Tatbekenntnis zu den Erziehungsgrundsätzen und Ideen unserer großen Pädagogen. Wir wissen, welche Schichten und Kreise dagegen sind. Es sind die sogenannten Besitz- und Bildungsbürger. Diese Kreise hatten seit mehr als einem halben Jahrhundert Zeit, eine Schulreform durchzuführen,

(sehr richtig! bei der SPD)

und zwar zu einer Zeit, wo Deutschland noch wohlhabend und reich war und wo man lieber für die Aufrüstung sorgte. Wenn Wilhelm II. gesprochen hat, dann ist das

(Pittroff [SPD])

Geld in Form der Vermögensabgabe aufgebracht worden. Da hat man nicht darum gerungen, ob man noch eine Division oder noch ein Armeekorps genehmigen kann. Damals hatte man Millionen für die Wehrmacht übrig. Das reiche Volk aber hatte keine Million übrig, um endlich einmal sein Schulwesen zu reformieren. Es ist zu keinem Neubau gekommen, sondern höchstens zu einem elenden Flickwerk.

Wer die differenzierte Schule ehrlich prüft und wer die Pläne studiert, der kann nicht sagen, daß durch ihre Einführung irgendein Schul- oder Bildungsgang einem Kinde vorenthalten würde.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Stang.)

Die Gliederung und die Differenzierung wird bestimmt durch die verschiedene Begabung und die Bildungs- und Berufsabsichten. Wenn Kollege Meigner sagte, die Mannigfaltigkeit der Berufe muß auch bestimmend sein für die Mannigfaltigkeit des Schulsystems, so frage ich: Brauchen wir denn unbedingt ein vertikal gegliedertes Schulsystem — Gymnasien, Oberrealschulen, Oberschulen, Aufbauschulen —, und zwar so, daß alle diese Schultypen vertikal gegliedert sind, und so, daß eine Säule streng getrennt neben der anderen steht? Nein, man kann, wenn man die Mannigfaltigkeit der Berufe berücksichtigt, das Schulwesen ebenso gut horizontal schichten, indem wir drei Schulbildungsebenen haben, die Grundstufe, die Mittelstufe und Oberstufe, und innerhalb dieser Stufen, von der Mittelstufe an, können die Kinder — entsprechend ihrer verschiedenen Begabung und entsprechend den verschiedenen Berufen und Berufsabsichten — bei differenzierten und gegliederten Zweigen im sprachlich-historischen Zug ebenso gut mit Latein beginnen wie mit Englisch.

(Krempl: Aber etwas Ganzes ist es nicht!)

— Herr Kollege Krempl, Sie verstehen nichts von Schulorganisation. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die differenzierte Schule ist ein Organismus, ist eine Einheit und ist ein Block, und das, was Sie bis jetzt haben, ist ein Mechanismus, ein Nebeneinander! Es gibt da keinen Übergang von einer Schulart zur anderen oder doch nur mit Verlust an Jahren für den Schüler. Wir wollen ja gerade diese Einheit, dieses Ganze als eine Schule des Volkes. Ich bitte, sich lieber einmal hineinzuvorfühlen in das, was die Schulreformer wollen, statt hier so über die Dinge zu reden.

(Zuruf von der SPD.)

Die Teile der Schule stellen in ihrer Gesamtheit eben den Organismus her. Es ist die organisch gegliederte Schule und die Differenzierungen gehen eben auf die verschiedenen Wünsche und Bedingungen ein, und ich verstehe nicht, wie sich ein psychologisch und pädagogisch gebildeter Schulmann dagegen stemmen kann. Es können nicht wissenschaftlich-pädagogische Gründe sein, sondern irgendwelche anderen Absichten, die da hereingezogen werden.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Keiner der Bildungswege führt bei der organisch gegliederten Schule einen Schüler in eine Sackgasse, aus der er nicht mehr herauskommen kann, wie es in der alten Schule der Fall war. Immer sind dem Schüler Übergangsmöglichkeiten gegeben, wenn er die Fähigkeiten dazu besitzt.

Die differenzierte Schule soll keine Lern- und Wissensschule sein, wie ich vorhin schon angedeutet habe. In ihr soll nicht nur ein neuer Lehrinhalt geboten werden, sondern auch eine neue Lehrmethode. Es sollen dort die verschiedenen Kenntnisse bildend erworben und bildend angewandt und gebraucht werden, indem die Arbeitsebene die beherrschende Methode in der Schule ist. Wir wollen nicht, daß doziert, diktiert und demonstriert wird, sondern arbeitend soll sich das Kind die Stoffe erwerben, damit seine geistigen und seelischen Kräfte sich üben und entwickeln und gestalten können.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Warum ist man immer schon so gegen die Arbeitsidee als Methode gewesen? Weil man ganz einfach das Dozieren, das Diktieren und das Demonstrieren will und weil man bei der 3-D-Methode nicht so sehr zum Denken kommt, weil das Denken dort nicht notwendig ist.

Große Aufregung verursacht die Stellungnahme, die die Militärregierung zum Kindergarten einnimmt. Nun, darüber kann man ganz verschiedener Meinung sein. Richtig wäre es bestimmt, wenn das kleine Kind, das vorschulpflichtige Kind, durch die Mutter im elterlichen Hause erzogen würde.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das ist auch unser Standpunkt, und wir haben es nicht verlangt, daß vom 4. bis 6. Lebensjahr der Kindergarten ein Zwangsinstitut werden soll, wie es sonst die Volksschule ist, wo also der Schulzwang besteht. Wir sagen, wenn die Eltern ihre Kinder in den Kindergarten schicken wollen, dann soll ihnen die Möglichkeit dazu geboten werden. Wer die Träger des Kindergartens sind — ob es Vereine, Gemeinden, Kreise oder caritative Verbände sind —, ist hierbei nebensächlich. Die Hauptsache ist nur, daß der Mutter die Möglichkeit geboten wird, ihr Kind in den Kindergarten zu schicken. Und wer das maßlose Wohnungselend und die Not in den Familien kennt, der weiß, daß vielen vielen Kindern der uralte Lebensraum genommen ist. Unsere kleinen Kinder wachsen nicht unter dem heiteren Himmel der Freude auf, wie es tatsächlich der Fall sein sollte, sondern gerade die kleinen Kinder müssen schon die Not und das Elend spüren, wenn sie die ersten Schritte ins Leben tun.

(Zuruf: Leider!)

Weil wir das wissen, deswegen sagen wir: Wo es an der Hauserziehung oder Familienerziehung fehlt, da soll der Kindergarten einsehen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das Wort von Goethe bekannt ist — es ist heute früh gesagt worden —: „Die Mutter wird die gute und richtige Kleinkindererziehung geben.“ Ich stehe heute auf dem Standpunkt — und Sie werden mir vielleicht recht geben —, daß viele Mütter wohl die leiblichen Mütter der Kinder sind, aber sonst dem Kinde nichts bieten können.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Goethe hat gesagt: „Man könnte erzogene Kinder gebären, wenn die Eltern erzogen wären.“ Weil es hier vielfach fehlt, darum muß auch der Kindergarten, wie es Friedrich Fröbel oder Maria Montessori oder Hermann Lieh wollten, eingerichtet werden.

Nun haben Sie sehr häufig Bedenken, daß die Zeit für die höhere Bildung auf sechs Jahre verkürzt wird. Es ist ja gar nicht wahr. Nach dem Organisationsplan dieser

(Pittroff [SPD])

gegliederten Einheitschule bleiben für die höhere Bildung acht Jahre. Von der 5. Klasse der Grundstufe an können die begabten Kinder fremdsprachlichen Unterricht, aber auch andere Fächer besuchen. Über den Lehrinhalt ist ja noch gar nicht entschieden, so daß die Kinder, die später zur Hochschule wollen, immer noch acht Jahre Bildungsgang haben. Ich verweise hier auf den *ESU-Plan* vom 1. Oktober. Dort heißt es:

Die Lehrpläne in den beiden unteren Klassen, also in der 1. und 2. Klasse der höheren Lehranstalten, sollen den Lehrplänen und Lehrstoffen in der 5. und 6. Klasse der Volksschule angeglichen werden.

Ja, wenn Sie doch schon die Lehrpläne der ersten zwei Klassen der höheren Schule denen der 5. und 6. Klasse der Volksschule oder Grundstufe angleichen wollen, dann lassen Sie doch die Kinder auch tatsächlich beisammen

(sehr gut! bei der SPD)

und geben Sie den Befähigten den fremdsprachlichen Unterricht! Niemand in Deutschland und in Bayern will den Kindern die Quellen der Antike verschütten. Wer hat dagegen gesprochen? Ich glaube, Sie werden kaum jemand finden.

(Zuruf: Mit sechs Jahren können Sie es aber nicht ausschöpfen!)

— Es sind ja acht Jahre, Herr Kollege Stang: In der 5. und 6. Klasse der Grundstufe zwei Jahre, dazu drei Jahre Mittelstufe und drei Jahre Oberstufe. Die Rechnung lautet also $2+3+3=8$.

(Dr. Stang: Nebenfächer!)

— Herr Kollege Stang, dann muß man eben den Lehrinhalt für die Klassen, die von der 5. Klasse an fremdsprachlichen Unterricht bekommen, so gestalten, daß sie auch hier bereits an den antiken Lehrstoff, ob griechische oder römische Geschichte, herankommen.

(Dr. Stang: So man kann! — Hausleiter: Wie wollen Sie denn das machen?)

— Herr Kollege Hausleiter, ich bitte Sie, tiefer einzudringen in das, was alles schon über die Einheitschule und die Organisation geschrieben worden ist, und zwar von Wissenschaftlern. Es ist leider so, daß Leute plötzlich an dieses Thema herangebracht worden sind, die sich Zeit ihres Lebens noch nie mit Schulreform befaßt haben.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Und nun soll ich sozusagen einen Schulneulingskurs beginnen für Leute, die sich mit den Dingen noch nie näher beschäftigt haben.

(Heiterkeit.)

Immer wieder kommen Sie mit der Frage: Wie wollen Sie die ungeteilte Dorfschule denn ausgestalten? Ja, ich frage Sie dagegen: Wenn Sie schon wissen, daß die ungeteilte Dorfschule das nicht leisten kann, warum wollen Sie dann die ungeteilte Dorfschule erhalten wissen bis in ewige Zeiten? Dann sorgen Sie mit dafür, daß sie gegliedert wird.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich weiß, daß es sehr viele Eltern gibt, denen an einer guten Bildung ihrer Kinder etwas gelegen ist. Wenn sie z. B. Beamte der Eisenbahn oder Post waren und draußen auf einem elenden Dorf mit einer ungeglieder-

ten einklassigen Schule saßen, dann haben sie sich in die Stadt gemeldet nur deswegen, um ihre Kinder eine ordentliche Schule besuchen lassen zu können. So ist das Urteil der Eltern, die ihre Kinder wirklich einmal etwas lernen lassen wollen.

(Maderer: Das scheitert ja an der rauen Wirklichkeit, Herr Kollege!)

— Es bleiben auf jeden Fall acht Jahre für diese höhere Bildung und, Herr Kollege Stang, wenn wir die rechte Auslese treffen, daß nämlich nur die Schüler wirklich an diese Bildungsgüter herangebracht werden, die befähigt sind, dann wird man in diesen acht Jahren das leisten können, was Sie heute mit dem *Ratten schwanz* von großen Klassen erreichen wollen. Wenn in den ersten Klassen eines Gymnasiums oder einer Realschule 180 Kinder sitzen — in drei Klassen nebeneinander —, wieviele sitzen denn dann von den 180 in der 8. Klasse, d. h. wieviele haben denn dann die acht Klassen durchlaufen? Vielleicht 40 oder 50. Und wo sind die anderen 140 oder 130 oder 120 in den acht Jahren geblieben?

(Krempf: Sie haben sich selber ausgesiebt!)

— Sie haben sich selber ausgesiebt? Dann wäre es besser gewesen, sie wären nicht hineingekommen;

(sehr gut! bei der SPD)

dann hätte der Staat nicht drei und vier und fünf Jahre die Unkosten für sie gehabt. Hier fragt man nämlich nicht nach den Kosten oder danach, wo das Geld dafür herkommt.

Der Vorwurf, die neue Schule bringe eine Senkung des Bildungsniveaus, kann nur von denjenigen erhoben werden, die ganz einfach Vertreter des Materialismus und des Intellektualismus in der Bildung sind. Wenn man freilich die Bildung nur nach den Buchseiten bemißt oder nach den Zentimetern und Metern, die da durchgepaukt worden sind — das ist Materialismus in der Bildung —, dann mag es sein, daß die neue Schule dieses Quantum nicht bewältigen kann. Aber wer will es vorher bestimmen, daß genau das und das Kapitel für den Schüler später einmal im praktischen Leben von Bedeutung ist? Den möchte ich sehen. Leute, die durch die akademische Bildung gegangen sind und sich an ihre Gymnasial- oder Oberrealschulzeit erinnern, sagen: Ja, beim Examen wurden wir über Dinge gefragt, die wir eingepaukt haben; wir waren froh, daß wir es wieder vergessen konnten, und zeit unseres Lebens haben wir uns nie mehr daran erinnert. Es ist das bekannte Prüfungswissen. Die Masse! Es gibt sogar Leute, die behaupten, daß die bei diesen Prüfungen Prüfenden, wenn sie als Prüflinge wieder dort stünden, sehr oft diese Fragen gedächtnismäßig selbst nicht mehr beantworten könnten,

(sehr gut! bei der SPD)

weil sie es längst vergessen haben. Ich glaube, daß durch diesen Gedächtnisdrill in der alten, in der höheren Schule vielen die Lust vergangen ist, in ihrem späteren Leben jemals wieder sogenannten klassische Dichtung anzuschauen oder in die Hand zu nehmen. Wir wollen geistige Pflege und geistige Entwicklung.

Nun ein Wort zur Hochschulbildung der Lehrer! Es ist sonderbar in Deutschland, daß man immer und immer wieder den Finanzminister vorschickt, der hier mit dem großen Schild kommen muß: Unmöglich! Kein Geld! Wenn es um die Verbesserung des Schulwesens, wenn es um die Einführung der Hochschulbildung der Lehrerschaft geht, dann hat man ganz einfach

(Pittroff [SPD])

kein Geld. Ich möchte nicht gehässig sein. Sehen Sie, es ist in den letzten Wochen hier in Bayern von der Errichtung einer vierten Landesuniversität gesprochen worden. Der Finanzminister hat auch da vom Geld, d. h. von der Unmöglichkeit gesprochen, das Geld herzubringen. Aber andere Kreise haben da noch niemals finanzielle Bedenken gehabt.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Und nun sage ich Ihnen noch eines. Es gibt akademische, d. h. Hochschulbildung für alle möglichen Berufe. Wir haben heute in Deutschland Diplomlandwirte, wir haben Diplomgärtner, wir haben Diplomobstzüchter, wir haben akademische Brauer,

(Zuruf: akademische Schneider!)

wir haben Forstbeamte mit akademischer Bildung, unsere Tierärzte müssen akademische Bildung besitzen. Wir sind nicht dagegen. Mit keinem Wort. Aber ich darf hier wohl anführen: Von einem Tierarzt, der irgendein Kälbchen zu behandeln hat, verlangt man die wissenschaftliche Ausbildung. Beim Beruf des Lehrers aber, der das höchste Gut eines Volkes, unsere Kinder, in der Hand hat,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

unsere Kinder, die das Ebenbild Gottes sind, da genügt es, wenn Leute drin stehen, die ihr Wissen aus zweiter und dritter Hand beziehen, die leitfadennäßig unterrichtet werden. Der Volksschullehrer braucht nicht an die Quellen der Pädagogik, der Psychologie, der Didaktik herangeführt zu werden! Für den genügt es, wenn er handwerksmäßig gebildet wird. Ich glaube, für die Erzieher unserer Kinder müßte die höchste Bildung gefordert werden, die die Wissenschaft hervorgebracht hat.

(Zustimmung bei der SPD.)

Denken Sie an die Diplomausleute usw.!

Nun, die Lehrerausbildung wie der Ausbau der neuen Schule werden vielleicht größere Geldmittel erfordern. Aber es ist ja bezeichnend für die materialistische Haltung der Gegenseite, daß man hier mit dem Geld operiert. Bei der Erziehung der Kinder, bei der Bildung unseres Volkes, sollte in erster Linie gefragt werden, wo für das Geld im Staate da ist.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Da sollte es kein Unmöglich geben. Es gibt keine wichtigere Angelegenheit für einen Kulturstaat als die Bildung der Jugend, und ich möchte sagen: Wie schön wäre es, wenn der Finanzminister und die Regierenden und die führenden Parteien sagen würden: Wie können wir trotz unserer Armut, in der wir stecken und leben, die Mittel zur Verbesserung unserer Schulbildung aufbringen? Das wäre ein Standpunkt, der sich hören ließe.

Wir haben einen Weg gewiesen, wenn wir die Lehrmittel- und die Schulgeldfreiheit für alle Schulen fordern. Schaffen wir doch einen Kulturbeitrag! Ob das nun in Form einer Sondersteuer geschieht oder nicht, ist eine Frage für sich. Es sollen nicht nur die Eltern, die Kinder besitzen und um die Bildung ihrer Kinder besorgt sind, das Schulgeld, das Geld für die Bücher, das Kostgeld, wenn sie die Kinder in eine fremde Stadt schicken müssen, aufbringen. Auch die anderen, die so vorsichtig oder so glücklich waren, daß sie keine Kinder besitzen, sollen ihren Kulturbeitrag leisten. Und warum gibt es denn bei uns in Deutschland so selten Fälle, in denen besitzende

Kreise einen ganz besonders auffälligen Beitrag für die Organisation des Schulwesens aufbringen? Ich habe in meiner Mappe ein Testament von einem Industriellen, der es in den letzten Wochen gemacht hat. Sein Besitz beträgt 18 Millionen, aber nicht in lumpigen Fellen Papier. Es ist Realbesitz und dieser Besitz wirft jährlich 1,8 Millionen an Rente ab. Dieser Mann hat in seinem Testament festgelegt: Der jährliche Ertrag, von 1,8 Millionen wird für drei Zwecke verwendet: Ein Drittel für hygienische Zwecke seiner Stadt und seines Kreises, ein Drittel für die Wohlfahrt seiner Arbeiter und ein Drittel — also 600 000 Mark — für das Schulwesen seines Kreises. Es gibt auch bei uns Kreise, die die Wichtigkeit der Kultur erkennen. Am vergangenen Sonntag habe ich erfahren, daß in einer kleinen oberfränkischen Stadt ein Kohlenhändler — er ist Junggeselle und hat ein Vermögen von rund 200 000 Mark — in seinem Testament diese 200 000 Mark für das Schulwesen seiner Heimatstadt und zur Förderung der Begabten bestimmt hat.

(Zuruf.)

— Das Gegenteil ist richtig. Der Mann hat nämlich keine höhere Schulbildung gehabt, es war ein armer Arbeiterbub. Er hat erklärt, daß er sein Geld durch den Kohlenhandel für die Arbeiter in den und den Fabriken dort verdient hat.

(Zuruf.)

— Ja, wie schön wäre es, wenn auch bei uns die besitzenden Kreise bereit wären, solche Beiträge, wie ich sie hier in den beiden Fällen angeführt habe, für die Kultur und die Hebung der Bildung beizusteuern. Aber auch sonst muß der Staat für diese Zwecke Geld haben.

Ich darf wohl noch auf einen Punkt hinweisen. In dem Schulreformplan des Kultusministeriums sind zwei Prinzipien der Trennung aufgestellt. Zunächst einmal die Trennung nach Konfessionen. Die Kinder sollen konfessionell getrennt werden vom ersten Schultag an. Ja, haben Sie sich nicht auch einmal darüber ausgesprochen, wieviel es dem Volke kostet, wenn wir die konfessionelle Schule einrichten müssen,

(sehr richtig! bei der SPD)

weil wir dann in den Orten zwei Klassen nebeneinander haben müssen?

(Dr. Linnert: Das haben wir alles gesagt, und trotzdem haben die Sozialdemokraten dafür gestimmt. Das können Sie heute nicht mehr anführen!)

Es ist aber noch ein weiteres Prinzip der Trennung angeführt. Vom zehnten Lebensjahr an sollen die Kinder auch noch nach Geschlechtern getrennt werden. Nehmen Sie eine Ortschaft an, die jetzt vielleicht eine einklassige Schule hat, wo ein Lehrer da ist — —

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Rein Mensch verlangt das, Herr Pittroff!)

— Ja, es steht aber doch gedruckt da.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Das ist ein Mißverständnis!)

Also, auf jeden Fall genügt es, wenn konfessionell getrennt wird; denn auch das kostet dem Staat eine Stange Geld. Da fragt man aber nicht so sehr darnach. Auch das müßte errechnet werden.

(Zuruf.)

— Ja, Sie müssen uns schon gestatten, daß wir auf die Punkte hinweisen, die wir als schwache Stellen finden.

(Pittroff [SPD])

Sie tragen ja auch alles zusammen, was gegen uns gerichtet ist.

Es ist schon oft angeführt worden — ich sage es trotzdem hier noch einmal —: Wir haben uns als Volk nicht vor dem kostspieligsten aller Kriege gescheut. Deutschland hat von 1914 bis 1918 und von 1939 bis 1945 solche Kriege geführt und wir haben sie beide gründlich verloren.

(Zuruf: Das hätte es aber nicht gebraucht!)

— „Das hätte es nicht gebraucht“. Aber wenn wir 1932 und 1933 gegen den Krieg gesprochen haben, wer ist uns denn dann in die Parade gefahren, daß wir Vaterlandsverräter und nicht national seien?

(Zurufe.)

Das waren die Deutschnationalen. Man mußte für den Krieg reden, damit man überhaupt als Deutscher anerkannt wurde. Wer einen vernünftigen Gedanken dagegen ausgesprochen hat, war eben dann nicht angesehen.

(Dr. Stang: In der Nazizeit.)

— Bereits vor 1933, Herr Kollege Stang! Das ging schon 1920 an. Und in Bayern war es nicht besser, es war überall das gleiche. Wir haben den kostspieligsten Krieg geführt. Wir haben unser Volksvermögen hineingepulvert, wollen wir nicht endlich einmal den Kampf des Friedens gewinnen? Was der deutschen Volkswirtschaft durch die neue Erziehung gewonnen werden kann durch eine einzige Erfindung, durch eine einzige Verbesserung, das läßt sich nicht in Summen ausdrücken. Aber im sozialistischen Staat, im Volksstaat, ist es ja nicht gleichgültig, welchen Reichtum die Wirtschaft des Volkes hat, weil dieser Reichtum nicht dem einzelnen zugute kommen, sondern zum Nutzen des Volkes verwendet werden soll.

Sehen Sie, die Geistlichen aller Konfessionen zitieren immer und immer wieder das Wort: Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele! Nun, wollen wir dieses Wort nicht auch einmal für unser Volk beherzigen? Wir sind doch an diesem Wort in furchtbarer Weise zu schanden geworden. Wir haben die Welt nicht gewonnen, aber fast alles verloren und ungeheuren Schaden genommen an unserer Volksseele.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir wollen aber die Hoffnung nicht sinken lassen. Vielleicht läßt sich der Schaden wieder gutmachen und für alle Zukunft verhüten durch eine neue und aufrichtige Erziehung zu wahren Menschentum aus einem gewandelten Geiste.

Die Sozialdemokratische Partei will diesen Weg gehen und sie wendet sich an alle, die mit tiefem Ernst sich abfragen um die deutsche Zukunft, und wir rufen daher allen zu, die guten Willens sind: Helfen Sie mit an diesem großen Werke!

Rettet die Seele des Volkes! Rettet die Zukunft unseres Volkes!

(Anhaltender starker Beifall bei der SPD.)

Präsident: Bevor ich in der Rednerliste weiterfahre, möchte ich auf folgendes hinweisen: Jetzt haben von den Parteien, mit Ausnahme der WLB, die Hauptvertreter gesprochen. Ich möchte das Haus nun doch fragen, ob es nicht möglich ist, jetzt die Rednerzeit zu beschränken, so

daß jeder Redner eine Rede-Höchstzeit von, sagen wir, 15 Minuten bekommt. Wir müssen ja weiterkommen.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hausleiter das Wort.

Hausleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Ich halte dieses Problem für so wichtig, daß ich glaube, wir sollten uns in diesem Fall wirklich einmal von Grund auf aussprechen.

(Sehr richtig!)

Mag sein, daß die eine oder andere Wiederholung vorkommt. Ich glaube aber, wir können es in drei bis vier Jahren nicht verantworten, wenn wir in dieser Frage heute nicht wirklich versucht hätten, die Standpunkte gegenseitig zu klären.

Präsident: Also gut, dann geht die Rednerliste ohne Beschränkung weiter.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich den Erörterungen zuwende, die durch den Beratungsgegenstand, der uns jetzt beschäftigt, veranlaßt sind, möchte ich mich zunächst mit einigen Äußerungen meines Vorredners, des Herrn Kollegen Pittroff, etwas befassen.

Der Herr Kollege Pittroff hat dem Bedauern und der Klage Ausdruck gegeben, daß bei der Behandlung dieser ganzen Frage der Schulreform nicht von Anfang an der Landtag eingeschaltet worden ist. Sowohl aus dem historischen Überblick über den Entwicklungsgang dieser Frage, den uns der Herr Kultusminister gegeben hat, wie auch aus dem eigenen Erleben im Hause wissen wir, daß sich schon in den frühen Sommermonaten des letzten Jahres der Haushaltsausschuß mit diesen Fragen, die in dem Begriff Schulreform umschlossen sind, beschäftigt hat.

(Pittroff: Aber doch auf unsere Initiative hin!)

— Nein, Herr Kollege Pittroff; der Herr Kultusminister ist zunächst von der Militärregierung,

(Staatsminister Dr. Hundhammer: richtig!)

und zwar schon am 10. Januar, angegangen worden, daß er einen Erziehungsplan auf weite Sicht vorzulegen habe. Nachdem dieser Erziehungsplan Anfang April — wenn ich mich recht erinnere — vorgelegt worden war, kam die Sache weiter ins Rollen. Dann beschäftigten auch wir uns im Landtag damit, und zwar aus dem Grunde, weil der Herr Kultusminister zwar zunächst allein für die Erfüllung dieses Auftrags, der Militärregierung einen Plan vorzulegen, verantwortlich war, weil er sich aber auch auf eine Meinungsäußerung des Landtags stützen wollte; und wenn das schon nicht im Plenum möglich gewesen ist, so ist es doch wenigstens im Staatshaushaltsausschuß geschehen.

Im übrigen, Herr Kollege Pittroff, kann in einer solch wichtigen, grundlegenden Frage der Landtag nicht schon von Anfang an tätig werden. Sie wissen, daß, wie bei jedem Gesetzentwurf, und sei er noch so unbedeutend, erst recht bei einer solch wichtigen Sache eine gründliche Durchdenkung und Durchberatung im Schoße des Unterrichtsministeriums unter Hinzuziehung von Sachverständigen erforderlich ist. Das zu der einen Sache.

Herr Kollege Pittroff, Sie erklären weiter, daß die Mehrheit dieses Hauses es zu einem parlamentarischen

(Dr. Stang [CSU])

Diktat kommen lasse, wenn sie ihre Meinung durchsetze. Zunächst möchte ich einmal die Frage aufwerfen: Was würde Ihre Partei tun, wenn sie in der Mehrheit wäre? Würden Sie da auch die Auffassung der Minderheit so in Ihre Pläne hineinarbeiten, daß die Minderheit vollkommen zufrieden wäre? Ich darf aber auch sagen, daß wir im Haushaltsausschuß sowohl den Plan der CSU als auch den Reformplan der Herren Stöck und Genossen, also der Sozialdemokratischen Partei, unseren Beratungen zugrunde gelegt und sie, soweit das irgendwie möglich war, zu einem Ganzen zusammengearbeitet haben. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß wir ein Diktat ausüben. Übrigens entscheidet in jedem Parlament die Mehrheit — das steht ja in der Verfassung —, so daß die Minderheit der Mehrheit sich fügen muß. Das ist ein Grundsatz der Demokratie.

Sie haben dann weiter erklärt: Die Besatzungsmächte müssen wissen und wissen es auch, was einem großen Kulturvolk, wie es das deutsche ist, notwendig und förderlich ist. Herr Kollege Pittroff, gewiß, wir sind dankbar dafür, wenn die Besatzungsmächte ein entsprechend hohes Maß von Verständnis für unsere politischen und vor allem kulturpolitischen Bedürfnisse aufbringen. Aber ich meine, ein großes Kulturvolk, wie es das deutsche Volk trotz der zwölf Jahre des Nazitums in der Geschichte gewesen ist und heute noch ist, muß zunächst selbst wissen, was es seiner Kultur schuldig ist.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Herr Kollege Pittroff, Sie haben vorhin erwähnt, daß sich der Bayerische Lehrerverein vor allem mit diesen Fragen beschäftigt habe. Ich darf doch darauf hinweisen, daß die anderen Standesorganisationen auch der höheren Schulen usw., die das Nazitum zerschlagen hat, sich, wenigstens in bedeutenden und hervorragenden Mitgliedern, mit den schulreformatorischen Plänen beschäftigt haben.

Und wenn Sie glauben, daß das Gewicht der Stimmen der Professoren, die aus Amerika herübertönen, nicht so hoch anzusetzen sei, weil das eben doch amerikanische Professoren seien, so darf ich Ihnen doch — ich kenne Sie doch, wenigstens soweit meine persönliche Berührung mir das kundtat, als einen objektiv denkenden Menschen — zur Erwägung anheimgeben: Diese 13 Professoren sind deutscher Herkunft; aber sie lehren an einer bedeutenden Universität in Amerika, in Chicago. Sie haben zwei Vorteile, gegenüber den rein deutschen Autoritäten sogar einen mehr; sie haben nämlich das vor-nazistische Schulsystem in Deutschland kennengelernt und durchlaufen und haben infolge ihrer Lehrtätigkeit in Amerika selbst eine genaue Kenntnis über die Auswirkungen der Erziehung in der Schule in den dortigen Ländern. Darum ist das Gewicht der Urteile dieser Herren eigentlich noch höher als das der Anschauungen von deutschen Professoren, die an deutschen Hochschulen allein wirken.

Meine Herren, auf die Bemerkung des Herrn Kollegen Pittroff bezüglich des Bildungsmonopols, das bei uns in Deutschland faktisch bestehe, darf ich in einem anderen Zusammenhang eingehen. Ich möchte ihm nur erklären: Wir gehen mit ihm in der Forderung vollständig einig, daß unsere Schulen nicht bloß Wissen und Können, sondern Erziehung und wirkliche Bildung

vermitteln sollen. Das ist ja eine Forderung, die wörtlich in der Verfassung festgelegt ist.

(Sehr richtig!)

Dann, Herr Kollege Pittroff: Die Trennung nach Geschlechtern und nach anderen Gesichtspunkten draußen in der ungegliederten Klasse durchzuführen — der konfessionelle Charakter solcher Schulen ist ja ohnehin gegeben —, fällt ja keinem vernünftig denkenden Menschen ein. Sie nach Konfessionen zu trennen, ist in den meisten Landschulen nicht notwendig, weil ja schon ohnehin diese Schulen Konfessionsschulen sind; deswegen müssen Neuorganisationen nicht vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren! Ich muß mich ganz entschieden dagegen wenden, daß der Herr Kollege Pittroff uns noch vorwirft, wir hätten von der Bayerischen Volkspartei aus seinerzeit, schon vor dem Nazikrieg, der im Jahre 1939 ausbrach, für den Krieg gearbeitet und die Leute dafür zu begeistern versucht. Nein, das taten wir nie. Was wir getan haben, war nur, daß wir gesagt haben, wir müssen als ein Staat auch einen Schutz des Staates durch ausreichende militärische Kraft haben, und eine Streitmacht mit hunderttausend Mann zu diesem Zweck genüge eben nicht; und wir haben immer betont: Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Nun komme ich nach diesem Präludium, das durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Pittroff veranlaßt war, zu meinem eigentlichen Thema.

Die Schulreformpläne, die jetzt seit etwa einem Jahre im Mittelpunkt der kulturpolitischen Auseinandersetzungen nicht bloß in diesem Hause, sondern auch außerhalb dieses Hauses stehen und die zum wesentlichen Inhalt die Forderung der Einrichtung einer differenzierten Einheitschule haben, sind nicht etwa nur eine Folge der Anstöße und Antriebe, die uns durch die Forderungen der Potsdamer Beschlüsse, durch die Berichte der amerikanischen Erziehungskommission und das Verlangen der Militärregierung gegeben worden sind, das in den 8 Punkten seinen Niederschlag findet. Nein; die Schulreform ist — da gebe ich dem Herrn Kollegen Pittroff durchaus recht — schon seit etwa 40 Jahren ein Gegenstand eingehender Erörterungen und Überlegungen in den pädagogischen Kreisen gewesen. Der Mann, dessen 100. Geburtstag wir am 10. August 1947 feierten, Wilhelm Rein, der bekannte Pädagoge in Jena, hat ja, wie andere ebenso, diese Forderung schon aufgestellt. Es ist auch richtig, daß dieses Problem 1920 bei den Verhandlungen über die Schulgestaltung bei dieser Reichs-Schulkonferenz eine wichtige Rolle gespielt hat.

Es ist auch klar: Nach einem Zusammenbruch von so katastrophalem Ausmaß muß dieses Problem erst recht in das Blickfeld gerückt werden, vor allem deshalb, weil ja die Nazisten die Schule, wie sie früher bestanden und segensreich gewirkt hat, mit ihrem Fluch beladen und ihren Einfluß dahin geltend gemacht haben, daß sich nicht mehr sämtliche Teile dieser Schule voll entfalten konnten. Ich erinnere nur an das humanistische Gymnasium, dem die Naziherrschaft besonders unfreundlich gegenüberstand und dessen Besitzstand sie ja auch vermindert hat.

Dann ist etwas anderes zu berücksichtigen: Eine Schule ist kein petrefaktes Gebilde; die Schule steht mitten im Leben und muß aus dem Strom dieses Lebens, das sie umflutet, Anregungen schöpfen. Freilich,

(Dr. Stang [CSU])

etwas anderes will ich gleich hinzufügen: Die Schule darf aber auch kein Experimentierfeld sein. Es gibt für unsere Erziehung, auch unabhängig von der Entwicklung, zeitlose Werte; und diese zeitlosen Werte gegen unangebrachte Neuerungs-sucht zu schützen, das vor allem muß die Aufgabe aller vernünftig Denkenden und aller Vaterlandsliebenden sein.

(Pittroff: Zeitlose Werte können aber doch nicht normale Werte sein!)

— Gewiß, zeitlose Werte sind normale Werte. Jedenfalls sind es Erziehungswerte, die für alle Zeiten gelten; das bedeutet ja doch der Begriff zeitlos.

Meine Damen und Herren! Die amerikanische Erziehungsmission hat in ihrem Bericht ihre Anerkennung über den Hochstand der Leistungen unserer deutschen Kultur und über den großen Anteil, den die deutsche Schule zu diesem Hochstand der Kultur beigetragen hat, zum Ausdruck gebracht. Sie weist in einem in diesem Hause schon zitierten Wort — ich darf es hier nur wiederholen — darauf hin, daß, abgesehen vielleicht von Hellas und Rom, kein Volk der Erde so wesentliche Beiträge zur Kultur geleistet hat, als das deutsche und vor allem die deutsche Schule. Das ist ein Wort, das von einer tiefen Wertschätzung des deutschen Kulturwesens und des deutschen Schulwesens zeugt. Aber wenn dieser Bericht in diesem Zusammenhang davon spricht, daß vielleicht gerade diese besondere Entwicklung und Ausbildung des Schulwesens in Deutschland Schuld daran trug, daß der nazistische totalitäre Geist sich entwickeln konnte, so ist er damit auf dem Holzwege; denn diese Art des Schulsystems, wie wir es haben, ist ja nicht nur in Deutschland vorhanden. Die Kritik von Seiten dieser Schulkommission, die sich gegen die Einrichtung unserer Schule richtet, müßte sich dann ebenso gut gegen das Schulsystem von Großbritannien, von Frankreich, von Holland, von der Schweiz, von Schweden, von Norwegen, von Dänemark richten. Man kann also nicht sagen: Weil die Schule in Deutschland so gestaltet war, ist in Deutschland dieser totalitäre Staat hochgekommen. Die Wurzeln dieses totalitären Staates liegen ganz anderswo; ich werde darauf noch in einem anderen Zusammenhang zu sprechen kommen.

Es ist festzustellen, daß der Bericht dieser amerikanischen Erziehungsmission, der American Education Mission, erklärt hat — wenigstens wird das so gedeutet —, die amerikanischen Vorschläge wollten unser Schulwesen nicht etwa amerikanisieren; und an einer anderen Stelle dieses Berichts wird hervorgehoben, daß es dem deutschen Volke überlassen werden muß, sein Schulwesen selbst zu gestalten. Ich wünschte nur, daß aus dieser Feststellung des Berichts auch die zuständigen Stellen der amerikanischen Militärregierung die notwendigen Konsequenzen zögen.

(Sehr gut!)

Aber vor allem muß eines betont werden: All diese schönen reformerischen Vorschläge können nur dann Aussicht auf eine Verwirklichung bzw. eine teilweise Verwirklichung haben, wenn in Deutschland in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auch der Boden gegeben ist, auf dem sie gedeihen können. Ein Volk, das nah am Verhungern ist, hat keinen Raum für solche Pläne; und die Demokratie, die in Deutschland nach dem Willen der

Amerikaner wachsen soll, findet in einem durch Hunger und wirtschaftliche Schwierigkeiten in höchstem Maße erschütterten Land keinen Nährboden.

(Sehr gut!)

Das muß zunächst hervorgehoben werden. Die Denkschrift, die die amerikanische Erziehungsmission herausgegeben hat, betont diesen Gesichtspunkt zu wenig; das Gutachten der amerikanischen Professoren dagegen stellt ihn besonders heraus.

Meine Damen und Herren! Wenn wir aber die amerikanischen Vorschläge und auch die mit diesen amerikanischen Vorschlägen konform gehenden Anregungen der Erziehungsmission, die nach Deutschland geschickt wurde, überhaupt richtig verstehen wollen, dann müssen wir einen kleinen Einblick auch in das amerikanische Schulwesen tun. Fürchten Sie nicht, daß ich Ihnen darüber einen langen Vortrag halte.

Die Entwicklung des Schulwesens in Deutschland und die Entwicklung des Schulwesens in Amerika gingen durchaus verschiedene Wege; denn das Schulwesen in Amerika wurde im Zusammenhang mit der Kolonisierung eingeführt.

(Sehr richtig!)

Die drei Gruppen, die bei dieser Kolonisierung in Betracht kommen, sind die Puritaner, die Leute in den mittleren Kolonien und die Anglikaner, die Anhänger der anglikanischen Kirche, im Süden, die verschiedene Schultypen entwickelt haben. Im Norden siedelten die Puritaner. Das puritanische Glaubenssystem kennt nur völlige Gleichheit vor Gott und keine sozialen Unterschiede; und darum haben die Puritaner, auch weil die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Errichtung verschiedener Schulen nicht gegeben waren, die Schulen alle schon von vornherein als Einheitschulen aufgebaut. In der Mitte wohnten dann religiöse Sektten; dort bestanden die sich auf religiöse Sektten stützenden Schulen, die bald wieder verfielen. Im Süden schließlich herrschte die anglikanische Kirche; die Anhänger der anglikanischen Kirche, die diese Grundsätze der Puritaner nicht hatte, haben ihre Kinder meistens zu Hause privat erzogen oder sie in das Mutterland hinübergeschickt, weil sie es sich leisten konnten. Armenschulen wurden fast nicht errichtet.

Der Sieg der Nordstaaten im Bürgerkrieg um die Mitte des 19. Jahrhunderts — 1864 unter Lincoln — hat dann auch dazu geführt, daß das Schulsystem des Nordens allgemein herrschend in Amerika wurde. Diese High School in Amerika hat sich etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt und hat ihren Schulplan dann auch noch erweitert.

Aber, mein verehrter Herr Kollege Pittroff, ich kann nicht glauben, daß das deutsche Schulsystem erst nach Amerika verpflanzt worden ist, um von dort aus jetzt wieder zu uns zurückzukehren — so haben Sie ungefähr ausgeführt. Denn diese Highschool ist ja, wie ich vorhin darlegte, aus dem puritanischen Erziehungssystem herausgewachsen.

(Pittroff: Aber die Idee der Schulreform!)

Das ist die Entwicklung in Amerika. Anders verlief die Entwicklung in Deutschland. Wir in Deutschland haben ja Schulen — Volksschulen und auch, wenn man sie so nennen will, höhere Schulen, Lateinschulen usw. — schon seit 1000 Jahren, seitdem es Klöster gibt; und diese Schulen haben sich später immer weiter entwickelt.

(Dr. Stang [CSU])

Dagegen muß eines vor allem berücksichtigt werden: Die geistesgeschichtliche Grundlage unseres Schulwesens und unserer ganzen Kultur ist der Humanismus und die Verschmelzung des humanistischen Gedankenguts mit dem christlichen Gedanken-gut. Im Gegensatz zum amerikanischen setzt das deutsche Schulwesen in seiner Wurzel an der Antike und an dem Christentum an. Das muß klar im Auge behalten werden..

Wenn wir nun würdigen wollen, warum die Amerikaner zu der Forderung kommen, daß wir die Kinder in diesen Kursen von zwölf Jahren ausbilden sollen, so muß man auch wieder berücksichtigen, wie die Dinge in Amerika sich gestaltet haben. Dort baut sich auf einer 6jährigen Grundschule die sogenannte Highschool auf — „Hochschule“ heißt es wörtlich; das ist aber natürlich nicht im Sinn unserer Hochschule gemeint, sondern es ist die „Hochschule“ im Gegensatz zur Grundschule —, und zwar ist es zunächst die Junior Highschool mit drei Jahren und im Anschluß daran die Senior Highschool, also die sogenannte Oberstufe, mit weiteren drei Jahren. Wenn wir das aber auf deutsche Verhältnisse übertragen, wenn wir nach dem Schulreformplan der Amerikaner und auch nach Ihrem Schulplan, Herr Kollege Pittroff, handeln würden, dann wäre bei uns in Deutschland die Bildung abgeschlossen.

Die Amerikaner setzen aber auf diese drei Stufen — sechsjährige Grundschule, drei Jahre Junior Highschool und drei Jahre Senior Highschool — noch eine besondere Schule auf, nämlich das Junior College; in den zwei Jahren dort wird der Schüler ausgebildet, um die Vorbereitung für die Hochschule zu erfahren. Das ist ungefähr das, was wir auch in den oberen Klassen als Vorbereitung auf die Hochschule etwa in Form der philosophischen Propädeutik haben, wie sie früher an manchen Gymnasien gelehrt wurde und wie sie vielleicht in kurzem bei uns auch wieder eingeführt werden kann. Die Amerikaner verwenden eben noch eine besondere Zeit von zwei Jahren, um den Schüler auf die Hochschule vorzubereiten. Das muß immer klar im Auge behalten werden; sonst kann man nicht zu einem richtigen Urteil kommen.

Nun ist aber in Amerika schon die Grundschule, nicht etwa die höhere Schule, reich gegliedert, das heißt, sie ist mit allem möglichen Anschauungsmaterial ausgestattet, ist in Einrichtung und Ausstattung außerordentlich reich, und es kann daher den verschiedenen Begabungsbedürfnissen schon in der Grundschule Rechnung getragen werden. Noch mehr ist das in der höheren Schule, in den höheren Stufen, der Fall, wo durch eine Aufgliederung in eine ganze Reihe von Wahlfächern die Möglichkeit gegeben ist, das Kind nach Veranlagung, Begabung und Neigung ausbilden zu lassen.

Aber — ich will darauf gleich zu sprechen kommen — gerade diese fächerhafte Aufgliederung ist nach meiner Auffassung für eine konzentrierte Ausbildung ein Schaden; denn wenn dem Schüler das Recht gewahrt wird, sich überall, wo es ihm gerade gefällt, ein Fach herauszusuchen, so kommt nach meiner Ansicht aus diesem Vielerlei und aus diesen wenig konzentrierten Arbeiten nichts Gescheitertes heraus.

Eines allerdings ist meiner Meinung nach auch für uns als ein Vorbild, von dem wir lernen können, beachtenswert: Im amerikanischen Schulsystem ist trotz die-

ser Aufgliederung wiederum eine Einheit in der Schul-gemeinschaft vorhanden. Diese Schulgemeinschaft läßt sich freilich nur dann herstellen, wenn auch ein gleiches Schulhaus da ist; das ist aber bei unseren Verhältnissen gar nicht möglich. Es wäre aber jedenfalls zu berücksichtigen, daß in Amerika sehr gute Erfahrungen mit der Vereinigung der Schüler bei Sport und Spiel, bei gesellschaftlichen Anlässen usw. gemacht worden sind. Es wird das sehr schön begründet:

... damit die Männer der Wissenschaft und Theorie und die Frauen der Wissenschaft und Theorie mit den Männern und Frauen des praktischen Lebens, der Werkstatt, der Fabrik, des Handels in Berührung kommen, damit die Überheblichkeit sich nicht entwickelt und das Minderwertigkeitsgefühl nicht entstehen kann.

Das ist eine sehr schöne Begründung; und ich möchte meinen, selbst bei dem Auseinandergehen der Schule, bei der Zusammenfassung der Schüler in verschiedenen Schulen und Schulhäusern, müßten — das wäre vielleicht eine Verbesserung, die wir noch in den Schulplan hinein-arbeiten könnten — für die Zukunft auch Gelegenheiten gegeben werden, wo sich alle Schüler wenigstens bei Spiel und Sport und gesellschaftlichen Anlässen finden. Dadurch würden manche sozialen Gegensätze, die noch vorhanden sein mögen, überbrückt werden.

Eine andere Einrichtung scheint mir auch eine Quelle des Segens für die Schule zu sein, wenn sie auch in ihren Ausartungen nicht immer als Muster erscheint; das ist die Einrichtung des school city system, also die Organisationsform der Schulstadt. Wir haben freilich schlechte oder jedenfalls nicht die besten Erfahrungen gemacht mit dem Jugendparlament, das auf amerikanischen Wunsch nach amerikanischem Muster bei uns eingeführt wurde. In dem System der Schulstadt liegt aber doch ein wertvolles Gedankengut; denn der Lehrer kann mit Störenfrieden in der Klasse dadurch fertig werden, daß er an die öffentliche Meinung der Schule appelliert. Ich kann mich erinnern, daß einer, der ein sehr guter Pädagoge war, ein Urbajumare, wenn ich ihn so nennen darf, einmal einen Schüler nicht bestraft hat wegen verbotenen Rauchens, indem er ihn beim Rektorat angezeigt hat, sondern daß er vor versammelter Klasse, in der er hohes Ansehen genoß, ihn folgendermaßen anredete: „Wenn Du Dir wieder einmal a Pfeif kaufst, dann kauf Dir eine mit einem Deckel, daß Dir der Röh den Brand nit auslöscht“.

(Heiterkeit.)

Diese Lektion, die dem Betreffenden vor versammelter Klasse zuteil wurde, hat mehr gewirkt als eine Rektorsstrafe. Man kann also auch die öffentliche Meinung einer Klasse anrufen, um mit solchen die Disziplin und den Frieden störenden Elementen fertig zu werden. Daß das self government natürlich nicht in Spielerei ausarten darf, das wollen wir auch festhalten. Wir haben in Deutschland längst erkannt, daß unsere hinsichtlich der wissenschaftlichen Ausbildung und Erziehung so vorzüglich ausgestattete Schule eine viel zu weitgehende Auswirkung hinsichtlich der autoritativen Führung gehabt hat. Es ist in dem Schulprogramm, das die CSU vorgelegt hat, diesem Gedanken besonders Rechnung getragen durch die Forderung, es soll die Schuldisziplin nicht bloß auf die Autorität und den Gehorsam, sondern auch auf ein richtiges Vertrauensverhältnis zum Lehrer und die Einsicht in die Gründe gestützt werden. Alois Fischer hat einmal im Jahre 1924 eine Abhandlung ge-

(Dr. Stang [CSU])

schrieben über das Verhältnis der Jugend zu den sozialen Bewegungen und über den Begriff der Sozialpädagogik. Er hat darauf hingewiesen, daß unsere Schule unter dem starken Einfluß und dem Übermaß autoritärer Vorschriften gelitten hat und daß dann diese Erziehung in der Schule fortgesetzt wurde durch das Heer und die Verwaltung und das Leben sonst, und schließlich kam der Subalternbeamte als Ergebnis heraus, der nichts anderes kannte, als bloß auf den Befehl, die Weisung zu warten, und zu wenig Selbständigkeit hatte. Ich glaube, die Entwicklung der Schule, vor allem auch der höheren Schule in den letzten Jahrzehnten hat gezeigt, daß man doch auch Verständnis hatte für die Psyche der Schüler, die auch eine Einsicht in die Gründe haben wollen, und daß man aufgeschlossen war für die Bedeutung der Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Schüler. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß in unserem Programm, im Programm der CSU, gerade diesen Gedankengängen besonderes Gewicht beigemessen ist, daß nämlich unsere Schule selbsttätige und selbständige Menschen erzieht. Wenn die Schüler mehr zu selbständigem Denken erzogen worden wären, wenn mehr die Selbsttätigkeit und die Bildung eines eigenen Urteils gepflegt worden wäre, wenn mehr das kritische Denken und Selbständigkeit im Denken und Handeln vorhanden gewesen wäre, mehr Mannhaftigkeit und mehr Mut, dann hätte der schützende Damm besser gebaut werden können gegen diese demagogische Verführung der Phrasendrescher, die sich an die Unvernunft und das Unvermögen, selbständig zu denken, gewendet haben. Darüber wollen wir keinen Zweifel lassen, daß auf diesem Gebiet eine Reform notwendig war und weiterhin notwendig sein wird.

Was die weiteren Forderungen der Amerikaner anlangt, so verlangen sie zunächst eine Einzigigkeit unseres Bildungswesens. Mit anderen Worten: Es soll die Einheitschule eingeführt werden, und zwar die differenzierte Einheitschule. Ich gehe nicht so weit wie Herr Kollege Meigner, daß ich in dieser Bezeichnung „differenzierte“ Einheitschule eine *contradictio in adjecto* erblicke, also einen Gegensatz in der Beifügung; denn man kann auch in der Mannigfaltigkeit, die in der Einheitschule gegeben ist, eine Einheit in der ganzen Schulgemeinschaft haben. Das gebe ich ohne weiteres zu, und es ist ja auch von uns versucht worden, diesen Forderungen nach einer Einheitschule in einer Reihe von Einrichtungen entgegenzukommen. Wir haben den Vorschlag gemacht, bestimmte Schulen als Einheitschulen aufzubauen. Ich gebe aber doch auch zu erwägen: Läßt sich diese Einheitschule überall, auch draußen auf dem Lande durchführen bei dem Mangel nicht nur an Schulräumen, sondern auch an entsprechenden Lehrkräften? Bei der differenzierten Einheitschule wäre vor allem eine Gefahr zu vermeiden: daß die Vereinheitlichung zur nivellierung führt. Denn wenn ich auch horizontale Schichten habe, wie Herr Kollege Pittroff es ausgedrückt hat, wenn aber dann eine Ebene höher liegt als die andere, so muß ich, wenn ich da eine Verbindung herstellen will und eine Angleichung, entweder die untere Ebene aufstoßen, und das gereicht zum Schaden den Schülern, die dieser Aufstoßung nicht folgen können, oder ich muß die obere Ebene senken, und das bedeutet einen Schaden für die Begabten und eine Senkung des Bildungsniveaus.

Das ist nach meiner Ansicht die große Gefahr, die bei dieser Vereinheitlichung droht. Ich weiß wohl, es kann so gemacht werden, daß man z. B. im deutschen Unterricht in der Volksschule den gleichen Unterricht hat wie in den entsprechenden Schulen der höheren Ebene, aber ich meine, wenn man schon das Bildungsziel im Auge hat und zum Maßstab für die Gestaltung der Schule nimmt, dann muß auch der deutsche Unterricht diesem Bildungsziel sich anpassen. Es kann auch, wenn wir nur die Lektüre betrachten, der ganze Lesestoff nicht der gleiche sein, weil z. B. aus dem Gedankenkreis der höheren Ebene viel heringenommen werden muß in die Lektüre. Das sind Schwierigkeiten, das sind aber auch Einzelheiten, auf die ich nicht weiter eingehe.

Ich will mich nur mit der Forderung der Amerikaner beschäftigen, daß die 6klassige Grundschule Voraussetzung sei für die Genehmigung unseres Schulplans. Wenn die Einheitschule, diese differenzierte Schule, dieses neue Schulsystem, 12 Klassen umfassen soll, also die Grundschule vom 6. bis 12. Lebensjahr und eine Schule auf der höheren Ebene vom 12. bis zum 18. Lebensjahr, dann ergibt sich daraus, daß für diese sogenannte höhere Ebene nur sechs Jahre übrig bleiben. Nun meint der Herr Kollege Pittroff, man könne ja insofern entgegenkommen, als man, wie die CSU das auch vorgeschlagen hat, gewisse Übergänge, gewisse Angleichungen im Unterricht schafft. Aber das Bildungsziel muß doch im Auge behalten werden, und wenn das Bildungsziel in diesen sechs Jahren nicht erreicht werden kann, dann hat eben das Gymnasium und das Realgymnasium keinen Wert.

(Sehr richtig!)

Das Gymnasium muß in seinem Wert erhalten bleiben. Sagen Sie mir nicht, wenn einer sechs Jahre Grundschule hat, dann ist er geistig so entwickelt und reif, daß er in sechs Jahren mit dem Bildungsgut des Gymnasiums fertig werden kann. Das ist falsch und abwegig. Ich weiß aus meiner Praxis, daß einmal eine Dame, die ich vorbereitet habe, in etwa zwei Jahren den Stoff bewältigt hat, also im Sturmschrittempo, aber wenn man hinterher fragte, so war es doch nicht so gelesen, wie es hätte sitzen sollen. Wenn in nur sechs Jahren Latein und Griechisch getrieben werden soll als Vorstufe für die gesamte Klassikerlektüre, dann haben nach diesen sechs Jahren die Schüler kaum den Schlüssel erworben, mit dem sie die Schatzkammer der Antike erst aufschließen sollen. Dann haben sie ein paar Stellen der Klassiker — Cäsar, Ovid — gelesen, aber die eigentlichen Quellen der griechischen und römischen Antike können sie nicht mehr erschließen, weil die Zeit ja nicht reicht. Man muß immer wissen, um was es sich handelt, welches Bildungsziel gefordert und gegeben ist.

(Dr. Beck: Das kann man auch mit acht Jahren nicht erschließen.)

— Dann geben Sie uns die 9. Klasse noch dazu! In der 9. Klasse — das ist das Urteil vieler erfahrener Pädagogen — kann erst der letzte Schluß eigentlich gegeben werden. Wenn man nun sagt, erst vom 12. Lebensjahr an ist die Fähigkeit gegeben, zu entscheiden, welcher Lebensbahn man sich zuwenden will: Ich glaube, die Erfahrungen der Pädagogen und der Psychologen beweisen das Gegenteil, daß nämlich schon im 10. Lebensjahr erkannt werden kann, welche Begabungsrichtung ein Kind hat, ob es rein spekulativ oder mehr praktisch ausgerichtet ist. Dazu kommt noch die innere Bereitschaft und innere Auf-

(Dr. Stang (CSU))

nahmefähigkeit für das Wissensgut einer höheren Schule. Ich muß mich aber mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, als ob die Ablehnung der Einheitsschule nach amerikanischem Muster einem gewissen Standesdünkel und Standesbewußtsein entspringt, also auf standespolitischen Ressentiments fuße. Ich glaube, alle die Männer, die da ihre Hand erheben — ich möchte es fast so ausdrücken — und bitten, daß man das deutsche Kultur- und Bildungsniveau nicht senken möchte, handeln nicht aus Standesdünkel, sondern aus ernster und tiefer Sorge um die Erhaltung der Höhe und Bedeutung unserer deutschen Kultur.

(Sehr richtig!)

Wenn man sagt — auch der amerikanische Plan spricht das aus —, daß wir die höhere Schule für eine bevorrechtigte Klasse schaffen und die große Masse der anderen nicht berücksichtigen: Auch in Amerika richtet sich die Wahl der Schule nach der Begabung, nach der Eignung, nach der beruflichen Ausprägung und Ausrichtung, also auch da gelten die Gesichtspunkte der Begabung und des inneren Wesens. Es muß also doch irgendwie ein Maßstab für den Aufstieg in eine höhere Ebene gefunden werden. Da kommt es natürlich so, daß schließlich nur etwa 10 oder 20 einer Klasse in Betracht kommen. Denn wir können doch die Begabung nicht nivellieren, und infolgedessen können wir auch die Ausbildung nicht nivellieren. Mit allem Nachdruck muß ich feststellen, daß es falsch ist, zu behaupten — auch Herr Kollege Pittroff hat das vorhin getan —, es würde auf diesem Wege ein Bildungsmonopol für die bevorrechtigten und die plutokratisch starken Kreise in Deutschland geschaffen. Eine Statistik der letzten Jahre hat ergeben, daß in Bayern 24,7 Prozent der Schüler der höheren Schulen dem Arbeiterstand entsprossen sind, 57,8 Prozent den mittleren Ständen, Bauernstand, Handwerkerstand usw., und nur 17,5 Prozent den sogenannten höheren Ständen.

(Dr. Beck: Und wieviel machen die höheren Stände prozentual zu der Bevölkerung aus?)

Sie sagen natürlich, dann müßten eben die Schüler aus den sogenannten niedrigen Ständen prozentual auch stärker vertreten sein. Ich bitte den Herrn Kollegen Dr. Beck, mich nicht mißzuverstehen, wenn ich folgendes sage: Wenn einer ein armer Schlucker ist und aus Kreisen stammt, die Geschlechter hindurch zum Arbeiten mit der Hand verurteilt waren, ist es ganz klar, daß er nicht seiner Intelligenz nach, aber in seiner ganzen geistigen Einstellung ganz anders gestaltet ist wie einer, der nicht in dieser Wirtschaftslage sich befindet. Sein geistiges Erbe, sein geistiges Erbgut ist eben ein ganz anderes. Der andere ist auch in ein ganz anderes geistiges Milieu hineingeboren mit den vielen geistigen Anregungen, die ihm hier zufließen. Ich will nicht sagen, daß dies ausschlaggebend ist. Das kann auch zur Frühreife führen, führt aber jedenfalls zu einer größeren geistigen Interessiertheit.

(Dr. Beck: Rein Wissenschaftler auf der Welt hat noch bewiesen, daß es vererbte geistige Eigenschaften gibt.)

— Man nimmt es aber jedenfalls an. Ich will durchaus nichts gegen die Intelligenz sagen. Ich bin in einer Arbeiterstadt in das politische Leben hineingekommen, in

Hof, ich habe mich um die Arbeiterschaft vom christlichen Standpunkt aus angenommen, und jeder, der mich kennt, weiß, daß ich keine Unterschiede kenne. Das wissen Sie auch. Ich habe diese Brücke geschlagen; aber ich weiß auch, daß das Milieu eben auch für die Erziehung ein, wenn nicht ausschlaggebender, so doch sehr wichtiger Faktor ist. Damit ist der Hinweis, daß die Arbeiter entsprechend ihrem größeren Anteil an der Bevölkerung an der höheren Bildung stärker beteiligt sein müssen, doch etwas entkräftet. Freilich, das gebe ich zu, müssen noch viel mehr Möglichkeiten als bisher geschaffen werden, um auch dem sogenannten Proletariatskind, das intelligent ist, den Weg zur höheren Bildung zu eröffnen. Ich glaube, in Bayern haben wir auf diesem Gebiet doch eine stolze Tradition. Wir haben Schülerheime schon seit hundert Jahren und noch länger, wir haben Schulgeldermäßigung und Befreiung in weitgehendem Maße, und ich darf daran erinnern, daß ich als Abgeordneter in den Jahren 1912 bis 1918 und später von 1920 bis 1933 wiederholt die Debatten um das Schulgeld in Bayern miterlebt habe. Wir hatten in Bayern das billigste Schulgeld, 4,50 Mark, und auch da wurde noch Ermäßigung gewährt. Erst später hat die finanzielle Lage und die Notwendigkeit der Angleichung an die anderen Staaten es geboten erscheinen lassen, daß wir das Schulgeld auf 20 Mark erhöhten, wobei aber auch weitgehende Befreiungen gewährt wurden. Am liebsten wäre es auch mir, wenn die allgemeine Schulgeldfreiheit zum Grundsatz erhoben werden könnte. Auf der anderen Seite sehe ich es aber nicht ein, warum ein Kapitalist, dessen Jahreseinkommen 80 000 Mark beträgt, die lumpigen, für ihn lumpigen 20 Mark im Monat nicht hinlegen sollte. Ich weiß, es gibt feine empfindliche Gemüter, die es unangenehm und peinlich empfinden, wenn der Hausdiener oder der Professor, dem die Schulgeldebefreiungssache obliegt, käme und verkündete, die und die sind schulgeldfrei. Für manchen feine empfindenden Menschen liegt darin etwas Beschämendes und Demütigendes, wenn das so öffentlich verkündet wird, das gebe ich zu. Da ließe sich auch eine andere Form finden, indem man diese Mitteilung nicht vor versammelter Klasse macht, sondern ein eigenes Referat errichtet bzw. einen Herrn beauftragt, um diese Dinge in aller Ruhe und Heimlichkeit zu ordnen. An manchen Anstalten geschieht diese Mitteilung jedenfalls in schriftlicher Form.

Der Gedanke, den Herr Kollege Pittroff und auch Herr Kollege Korff heute früh ausgesprochen haben, daß man einen Kulturbetrag erheben sollte, ist nicht ohne weiteres abzulehnen. Ich glaube, diesen Vorschlag kann man sich überlegen und vielleicht auch zur Tat werden lassen. Wie das steuerpolitisch usw. zu machen ist, darüber ein Urteil abzugeben, bin ich nicht in der Lage. Man kann wirklich nicht von einem Bildungsmonopol sprechen und es wäre falsch, zu sagen, durch unsere Pläne würden nur die bevorrechtigten Klassen zum Zuge kommen können.

Im Bericht der Education Mission to Germany, der amerikanischen Erziehungsmission, wird gesagt, daß Amerika Deutschland bei dem Aufbau eines demokratischen Staatswesens Hilfe leisten will. Dieses Staatswesen aufzubauen, muß unser aller Sorge sein, zunächst aber doch unsere eigene Sorge. Wir erkennen dankbar an, daß die Amerikaner uns Hilfe leisten wollen, aber es darf doch nicht so gehen, wie es seinerzeit geheißen hat — ich will das Wort abwandeln —: Und die

(Dr. Stang [CSU])

Demokratie absolut, wenn sie unseren Willen tut! So geht es nicht. Ich meine, wenn man die Demokratie zum tragenden Prinzip des deutschen Volkes und Staates machen will, muß man diese Demokratie auch vorleben und sollte nicht Untertanengeist voraussetzen, sondern freie, demokratisch empfindende Bürger.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Bei dem Bestreben, in der sogenannten differenzierten Einheitsschule die Oberstufe auf nur sechs Jahre zu beschränken, ist vor allem eine Schulform in Gefahr, ihr Wesen zu verlieren: das humanistische Gymnasium. Ich bin durchaus nicht polemisch gegen andere Schularten, aber man wird mir als Oberstudiendirektor eines humanistischen Gymnasiums nicht verargen, wenn ich für das humanistische Gymnasium eine Lanze einlege. Das bedeutet keine Feindseligkeit gegen andere Schulformen. Ich habe hierzu früher einmal in diesem Hause gesagt, es kommt darauf an, daß das Messer gut geschliffen ist, und der Schleifstein etwas taugt und die entsprechenden Qualitäten hat; an welchem Schleifstein es geschliffen ist, ist gleichgültig oder wenigstens nicht eine Frage erster Ordnung. Wenn man das humanistische Gymnasium in Amerika, wo ja nicht die Antike die Wurzel des Kulturlebens ist, als eine Anstalt bezeichnet, die allzusehr mit Bildungstoffen überladen sei, die abführen von den Straßen des Lebens und lebensfremd seien, so möchte ich nur sagen: Das humanistische Gymnasium gibt zeitlose Werte, das humanistische Gymnasium hat es aber auch verstanden, im Laufe seiner Entwicklung sich durchaus an die Forderungen einer neuen Zeit anzupassen.

(Sehr richtig!)

Das humanistische Gymnasium darf aber nicht das, was es zum humanistischen Gymnasium macht, nämlich zu einer Pflegestätte echter humanitas im Sinne der Antike und des Christentums und aus der Wurzel dieser geistigen Mächte, preisgeben; sonst kann es seine Türen schließen. Man sagt heute, wir wollen durch die Bildung, durch die Erziehung die Demokratie vorbereiten und verstehen lehren. Wo könnte man schöner und besser die Einrichtungen demokratischer Staaten erkennen als in den Stadtstaaten des alten Griechenlands und in Rom, solange es noch nicht die Weltherrschaft hatte? Ich meine, der jugendliche Geist darf nicht in komplizierte demokratische Verhältnisse hineingeführt werden, um die Demokratie zu erkennen, er muß sie in einfachen Verhältnissen kennenlernen, also an diesen Stadtstaaten, in Athen, Sparta, Theben, in Rom. Die Antike, die Alten stellen geradezu eine Musterkarte der verschiedenen Staatsformen dar und zeigen die Entwicklung des Bürger sinns zum politischen Staatsbürger und zur virtus Romana in Rom, bis zu der Höchsthöhe, wie sie im Idealstaat von Plato gegeben ist. Wenn man heute sagt, wir brauchen auch eine körperliche Ertüchtigung — das Wort *gymnasion* ist ja das griechische Wort für die körperliche Ertüchtigung, die gerade in Hellas eine Pflegestätte fand —, wenn man sagt, wir brauchen wieder eine Besinnung auf unser deutsches Kulturgut: Die deutsche Kultur ist über ein Jahrtausend in die Klosterschule gegangen, und zwar in die Klosterschule der Antike, bis sie dann um die Wende zur Neuzeit herum, um 1500, selbständig geworden ist. Auch die Reformatoren und Naturentdecker

haben aus den griechischen Quellen geschöpft. Wenn man sagt, wir brauchen eine Erziehung zu echter humanitas und zu echter Menschlichkeit: schließlich ist Erziehung zur Demokratie vor allem Erziehung zur Menschlichkeit, zum Verstehen der wertvollen Kräfte in dem Nebenmenschen, die zusammengefaßt werden müssen, um einen guten Staat aufzubauen. Wenn man sagt, wir brauchen Erziehung zur humanitas, wollen Sie dann die Kulturgüter und humanistischen Ideen missen, die in den Klassikern, einem Sophokles z. B., niedergelegt sind, wenn er Antigone die Worte sagen läßt: „Nicht mitzuhassen, sondern mitzulieben bin ich geboren“, und damit einen Grundsatz ausspricht, der in der Jetztzeit, in der der Haß die Menschen zerreißt, uns wirklich die Heilkraft bieten könnte, um Menschen und Völker wieder zusammenzuführen?

(Beifall bei der CSU.)

Alle diese Schätze sollen in Zukunft nicht mehr ausgeschöpft werden können, weil es an Zeit mangelt oder weil der Schlüssel nicht reicht, um sie aufzuschließen? Nein, wir wollen an dem humanistischen Gymnasium als einem in jahrhundertelanger Entwicklung gewordenen organischen Gebilde festhalten, und ich glaube, wir würden einen Felsenstein herausbrechen aus dem Kleinodien schatz, aus dem Kulturschatz des deutschen Volkes, wenn wir es preisgeben wollten. Damit ist nicht gesagt, daß wir das humanistische Gymnasium als petrefakt gelten lassen wollen, nein, es soll eine gegenwartsnahe Aufgeschlossenheit haben und hat sie ja auch gezeigt. Gerade Kerschensteiner ist es gewesen, der erklärt hat: Wenn das humanistische Gymnasium zu sehr den Forderungen der neuen Zeit und allen möglichen Entwicklungen sich anpaßt, verliert es sein Wesen, ist es nicht mehr das, was es sein soll.

(Sehr wahr!)

Diese Ausführungen wollte ich machen im Zusammenhang mit den Plänen zur Schulreform. Nun nur noch ein Wort zu der Ausbildung der Lehrer! Meine verehrten Damen und Herren, ich habe immer eine große Achtung vor den Lehrern der alten Zeit gehabt und bekundet. Ich habe selbst bei meinem Onkel, der Lehrer war, als Gymnasiast gewohnt, und habe in meiner Verwandtschaft Lehrer. Ich habe brave alte Lehrer gekannt, die wirklich eine gute Verbindung mit dem Elternhaus bewahrt und nicht mit unglaublicher Hand das zerstört haben, was die gläubige Elternhand in der Seele des Kindes aufgerichtet hatte. Ich habe sie in großer Zahl gekannt und geschätzt. Ich weiß, daß viele Lehrer jetzt in Schwierigkeiten gekommen sind und nicht mehr an die Stätte ihrer Wirksamkeit zurückkehren können, weil sie einmal, nicht aus innerer Gesinnung heraus, sondern unter dem Druck, vielleicht auch infolge einer gewissen Schwäche nachgegeben haben und zur Partei gegangen sind. Ich habe einen solchen Lehrer kennengelernt, der erst jetzt mit großen Schwierigkeiten wieder eingesetzt werden konnte, an dessen Tür ein Parteibonze seines Ortes, der gelauscht hatte, ob der Gruß „Heil Hitler!“ entboten wurde, feststellen mußte: „Ich habe bloß den Gruß: Gelobt sei Jesus Christus! gehört“. Diese Leute brauchen wir wieder, das sind die Lehrer, die Verbindung vor allem mit dem Elternhaus haben. Solche Lehrerpersönlichkeiten heranzuziehen, die nicht bloß Verständnis für die Psyche der Kinder und die Seele der Eltern haben, sondern die auch wissenschaftlich, pädagogisch und

(Dr. Stang [CSU])

charakterlich auf der Höhe stehen, ist eine außerordentlich wichtige Kulturaufgabe.

Nun gebe ich ruhig zu: Das, was der Herr Kollege Pittroff vorhin gemeint hat mit dem Vergleich vom Tierarztberuf und Lehrerberuf, hat seine Berechtigung. Aber ich möchte doch fragen: Sind diese alten Lehrer, zu deren Füßen wir gesessen sind, wirklich so schlecht pädagogisch vorbereitet gewesen oder haben sie nicht, wenigstens viele von ihnen, geradezu Musterleistungen vollbracht, die vor jeder Inspektion bestehen konnten?

(Sehr richtig!)

Ich meine, es hieße dem Ruhm des alten Lehrers einen Abtrag tun, wenn man sagen wollte: Mit Eurer Bildung ist es ja nichts, die muß vervollkommenet werden, erst wenn diese vervollkommnete Bildung in wirklicher Hochschulreise da ist, dann haben wir die richtigen Lehrer! Ich bin der Meinung, mehr als das bloße fortschreitende Wissen ist die Höhe der sittlichen Persönlichkeit eines Lehrers zu schätzen, und wenn eine starke sittliche Persönlichkeit, die doch auch genährt ist durch die Wissens- und Bildungsquelle, die ihm im Lehrerseminar geflossen ist, dann als Lehrer draußen auftritt, vermag und vermochte sie jedenfalls die Aufgaben zu erfüllen.

(Dr. Beck: Wenn sie so gut sind, lassen Sie doch die Gymnasialisten auch auf das Seminar gehen!)

— Es müssen doch Latein und andere Wissenszweige, die für die Hochschule notwendig sind, erlernt werden. Wir wollen uns auf diesen Streit hier nicht einlassen. Ich möchte nur sagen: Wenn schon eine besondere Ausbildung für die Lehrer gesucht wird — und wir versperren uns nicht gegen diese Forderung, wir sagen ja sogar, sie sollen eine hochschulmäßige Basis bekommen oder eine in Verbindung mit den Universitäten und Seminaren —, dann soll es mir eine Freude sein, da kenne ich keinen Reiz, es soll mir eine Freude sein, mit diesen Herren zusammenzuwirken in kollegialer Gemeinschaft, und allen meinen Kollegen soll es eine Freude sein. Aber ich fürchte eines, und dieser Furcht hat schon der verstorbene Kultusminister Dr. Matt Ausdruck verliehen, wenn er sagte: Wenn wir eine Hochschulbildung für die Lehrer einführen, dann haben wir unter Umständen eine vortreffliche Ausbildung für die Lehrer, aber wir laufen Gefahr, keine Lehrer mehr zu haben. Es gehört ein hohes Maß von Idealismus dazu, mit einer abgeschlossenen Gymnasialbildung und mit einer abgeschlossenen Hochschulbildung sich auf ein weltentrücktes, schneeverwehtes Dorf zu setzen und den Dorfschullehrer zu machen.

(Zuruf: Der Pfarrer auch!)

— Der Pfarrer muß auch Idealist sein. Aber ich meine, viele unterliegen der Versuchung, mit diesem Reisefries für die Universität sich einem anderen Studium zuzuwenden, und daher kam die Furcht des verstorbenen Kultusministers Dr. Matt, wir könnten bei aller Trefflichkeit der Lehrerbildung schließlich keine Lehrer mehr haben.

Meine Damen und Herren! Ich will auf andere Gesichtspunkte hier nicht weiter zu sprechen kommen. Es ist sonst Sitte, alle diese Gesichtspunkte schön zu gruppieren. Das habe ich nicht getan. Ich habe auch nicht nach einem festgelegten und genau ausgearbeiteten Konzept

gesprochen. Ich habe aber geglaubt, diese Gedanken hier im Namen meiner Fraktion vortragen zu sollen.

Und nun ein Wort noch an den Herrn Kollegen Dr. Korff! Sie haben heute früh gemeint: Wenn ein Kultusminister es erlebt, daß seine wiederholt eingereichten Schulreformpläne von der Militärregierung abgelehnt werden, dann müßte er den Mut haben, zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Hier stehe ich, ich kann nicht anders! — das Wort Luthers auf dem Reichstag zu Worms. Sie haben gemeint: Wenn der Kultusminister keine Möglichkeit des Obσιiegens mehr erkennen kann, dann soll er die Konsequenzen ziehen. Mit anderen Worten — Sie haben das nicht ausgesprochen —: Er soll von seinem Amt zurücktreten. Meine Damen und Herren! Das könnte Ihnen so passen,

(Sehr richtig! bei der CSU.)

daß Sie auf diesem Umwege das erreichen, was Sie durch Ihre parlamentarischen Manifestationen nicht erreicht haben.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Nein, meine Verehrten, ich erkläre es als durchaus undemokratisch, wenn ein Parlament, das hinter dem Minister in dieser Schulreformfrage steht, ihn deshalb, weil die Befugungsmacht seine Pläne nicht akzeptiert, fallen lassen würde. Das ist undemokratisch. Wir freuen uns über einen Mann, der den Mut hat, bis zur letzten Möglichkeit um seine Idee zu kämpfen, die auch die Idee unserer Fraktion und der Mehrheit dieses Hauses ist.

(Bravo! bei der CSU.)

Das Volk will nicht immer Ja s a g e r sehen, das Volk will K ä m p f e r für seine Ideen sehen.

(Zuruf: Siehe Dr. Semler!)

Diesem Kämpfer Dr. Hundhammer schenken wir nach wie vor unser Vertrauen, und gerade durch die Kämpfe, die hier im Parlament gegen ihn geführt worden sind, auf die ich nicht mehr zurückkommen will — der Weihnachtsfriede liegt dazwischen —, gerade durch diese Kämpfe ist seine Stellung im Volk nicht geschwächt, sondern gestärkt worden.

(Starker Beifall bei der CSU.)

Ich weiß, auch der Herr Dr. Hundhammer hat seine Ecken und Kanten, an denen man sich stoßen kann. Aber es ist ein altes Wort: omnis sanctus pertinax — das heißt: Jeder Heilige ist ein Dickkopf. Ich will nun nicht etwa den Herrn Dr. Hundhammer heiligsprechen,

(Heiterkeit)

noch weniger will ich ihn scheinheiligsprechen, wie ein Wigbold sagen könnte, denn bei ihm ist das, was er sagt und tut, nicht Schein, sondern Ausfluß seines inneren religiös ausgerichteten Wesens.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Aber ich will den Satz: omnis sanctus pertinax — jeder Heilige ist ein Dickkopf — freier übersetzen und kann sagen: Jeder anständige, charakterfeste und auf ein ideales Ziel ausgerichtete Mann ist ein Dickkopf; er muß zäh sein, um zu seinem Ziel zu kommen; und die Zähigkeit des Willens, um sein Ziel zu kämpfen, hat Dr. Hundhammer bisher bewiesen. Wir wünschen ihm weiter diese Tugend und gerade wegen dieser Tugend stehen wir voll Vertrauen hinter ihm.

(Starker Beifall bei der CSU.)

Präsident: Bevor wir in der Rednerliste weiterfahren, möchte ich einige Dispositionen treffen. Es sind jetzt noch, glaube ich, sieben Redner zum Wort gemeldet. Es ist ganz ausgeschlossen, daß heute diese Debatte hier zu Ende geht, nachdem das Haus es abgelehnt hat, die Redezeit zu beschränken.

(Zuruf: Antrag auf Schluß der Debatte wenigstens!)

— Ich nehme an, daß sich niemand mehr zum Wort meldet. Es ist ein Antrag auf Schluß der Rednerliste da. Ich lasse wenigstens über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen will, daß die Rednerliste geschlossen wird, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Ergebnis ist unklar. Bitte, Herr Kollege Stöck!

Stöck (SPD): Wir sind in diese Lage gekommen, weil man sich an die Vereinbarungen nicht hält, die im Ältestenrat beschlossen worden sind. Erst hat es geheißen, es solle nur Minister Dr. Hundhammer reden, dann hat es geheißen, von jeder Fraktion soll einer dazu sprechen, damit der Wille des Landtags zum Ausdruck kommt; jetzt haben wir soundso viele Redner und jeder glaubt, er hätte etwas zu sagen, und meldet sich zum Wort. So werden wir im Landtag nie eine ordnungsmäßige Geschäftsabwicklung haben.

Präsident: Ich stimme durchaus dem Herrn Kollegen Stöck zu und habe deshalb den Vorschlag gemacht, die Redezeit nach den Hauptrednern zu beschränken. Das Haus hat aber dem Wunsch nicht Folge geleistet. Wir müssen nun folgendermaßen disponieren: Nachdem die Kulturdebatte jetzt angelaufen ist, kann sie kein Mensch mehr unterbrechen.

(Stöck: Da haben wir acht Tage Kulturdebatte und dann Ernährungsdebatte, und zu unseren Etats kommen wir überhaupt nicht!)

Bei dieser Sachlage brauchen wir wohl nicht mehr über den Antrag auf Schluß der Rednerliste abzustimmen.

Wir fahren fort. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schneider.

Schneider (FDP): Meine Damen und Herren! Ich glaube, eine Besinnung ist nötig. Wir diskutieren seit sechs oder sieben Stunden das Schulproblem und ich frage mich und Sie sehr, sehr ernsthaft: Mit welchem Resultat, mit welchem zu verwertenden Resultat diskutieren wir nun sechs oder sieben Stunden?

Die Lage ist doch ganz einfach die: Auch der zweite Schulreformplan des Herrn Kultusministers wurde von der Militärregierung verworfen. Ein dritter muß vorgelegt werden, und zwar innerhalb von zwei Tagen bis zum 1. Februar. Dieser vorzulegende Plan hätte hier doch besprochen werden sollen, dann wären wir vielleicht im Vergleich mit den schon vorgelegten Plänen der SPD oder der Freien Demokratischen Partei zu einem Resultat gekommen. So haben wir es nur zu schönen Worten gebracht. Wir haben um des Kaisers Bart und noch nicht einmal um den Bart des Herrn Ministers gestritten. Der Herr Minister hat heute morgen erklärt, er habe die Diskussion um den Schulreformplan im vergangenen Jahr nicht in der Öffentlichkeit geführt. Wir haben das beobachtet. Sie hätte in der Öffentlichkeit geführt werden sollen, es hätte eine Möglichkeit dazu gefunden werden

müssen, ein *Gremium* zu schaffen aus Persönlichkeiten des ganzen Landes, Fachleuten, erfahrenen Pädagogen, Eltern, Künstlern, die Ratschläge für eine wirkliche Reform gegeben hätten, wenn diese gewollt wird. Es scheint aber so zu sein, daß man auf der einen Seite des Hauses gar nicht ernsthaft an eine Schulreform denkt, sondern lediglich bestehende Verhältnisse irgendwie verbessern möchte und zu einem verbesserten alten Plan kommen will. Dabei bedenken Sie, daß die Trümmer, und ganz besonders die geistigen Trümmer unseres Volkes, durch Verbesserungen allein nicht weggeräumt werden können! Ein Schulreformplan, der letztlich kein Reformplan ist, bedeutet weiter nichts, als etwa ein Bauplan für die Stadt München bedeuten würde, der mit der Behauptung vorgelegt würde, mit diesem Bauplan sei München bereits aufgebaut.

Die Lage ist wie folgt: Im Februar 1947 wurden dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus die acht amerikanischen Richtlinien für eine Schulreform vorgelegt. Im März hat der Bayerische Lehrerverein einen Schulreformplan eingereicht. Im April erschien dann der erste Reformplan des Herrn Ministers, im Mai der zweite Reformplan des Bayerischen Lehrervereins, im September der zweite Reformplan des Ministers und im Oktober der dritte Reformplan des Bayerischen Lehrervereins. Und nun soll der dritte Reformplan des Ministers vorgelegt werden. Ich frage: Wenn es eine Organisation gibt, die hier als sachverständig anzusehen wäre, so ist es doch der Bayerische Lehrerverein. Warum hat man den Reformplan des Lehrervereins nicht einmal zur Diskussion gestellt, warum hat man nicht einen schulpolitischen Ausschuß gegründet, der die vorliegenden Pläne miteinander abgewogen und vielleicht selbst Pläne eingebracht hätte, so daß wir zu einem gemeinsamen Plan gekommen wären?

Daß eine Reform nötig ist, zeigt unsere Schule mit Gewißheit, und wer in der Schule steht, weiß das nicht erst seit gestern und heute, er weiß es seit Jahrzehnten. Seit einem Jahrhundert ringt die Lehrerschaft, ringt die bewußte Elternschaft um eine Reform des deutschen Bildungswesens.

Ich will Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen, so wie sie bereits in Anspruch genommen worden ist, und will nur einiges ganz kurz streifen. Die größte Gefahr sehe ich in einer neuerlichen Zersplitterung, Atomisierung unseres Schulwesens. Uns sollten Ausdrücke, Begriffe wie „Deutsche Einheitschule“, noch dazu „differenzierte Einheitschule“, oder auch die „allgemeine organisch gegliederte Schule“ nicht schrecken. Es tut tatsächlich eine Vereinheitlichung not. Aber hier scheint es so, als ob alle meine Vorredner mit wenigen Ausnahmen bemüht gewesen wären, einen Feldzug zu führen für die höhere Schule, als ob die höhere Schule in irgendeiner Form bedroht wäre. Sie ist es ja gar nicht. Kein Mensch in diesem Haus will das Niveau der höheren Schule senken, kein Mensch in diesem Haus will die höhere Schule in ihrer Leistung nivellieren, tiefer drücken; im Gegenteil, wir wollen die Leistung der gesamten deutschen Schule, der Volksschule sowohl wie der höheren Schule, zu steigern versuchen. Dabei spielen die äußeren Reformpläne nur eine gewisse zweitrangige Rolle. Aber hüten sollten wir uns vor einer neuerlichen Zersplitterung. Es ist, rein sachlich gesehen — die Lehrer unter Ihnen werden es zugeben —, sehr gut möglich, auch auf dem Lande draußen zentrale Schulen zu schaffen. Mindestens bei uns in Fran-

(Schneider [FDP])

ten ist es sehr gut möglich, Sprengelschulen zu schaffen, die mehrgegliederte Schulen sind im Gegensatz zu den jetzt noch vielerorts bestehenden ein- oder zweigliedrigen Volksschulen. Wir haben den Versuch ja schon gemacht in der Berufsschule. Seit die ländlichen Berufsschulen weggefallen sind, besitzen wir innerhalb der Berufsschulen mehrgegliederte gute Fachschulen an Stelle der bisherigen landwirtschaftlichen Schulen, Sprengelschulen oder Zentralschulen für die Berufsschulen. Warum soll es nicht möglich sein, daß man Dorfschulen, die 10 oder 20 Minuten auseinanderliegen, zu einem Schulsprengel in einer vielgegliederten Schule zusammenfaßt, um damit eine mehrteilige Schule zu schaffen, an der auch Fremdsprachen unterrichtet werden können, in der ein Unterricht möglich ist, wie er in dieser verbesserten Form bis jetzt noch nicht ausgeführt werden konnte?

Ich möchte Sie dringend, und ich habe es wiederholt getan, vor einer neuen Atomisierung der deutschen Schule warnen. Mit ihr senken wir das Bildungsniveau unseres Volkes.

Hierher gehört auch die Bekenntnisschule, die die deutsche Volksschule abermals auseinanderreißt und zersplittert, statt sie zusammenzufassen. Nichts tut unserem Volk so not wie eine neue vertiefte und gesteigerte Bildung, die wir nur auf dem Weg einer wirklichen Reform und Zusammenfassung erreichen können. Unser christliches Gewissen führt uns nach meinem Dafürhalten nicht zu der trennenden Bekenntnisschule, sondern kann uns nur zur christlichen Gemeinschaftsschule führen.

Wenn hier behauptet worden ist, daß der fünfte und sechste Schuljahrgang der Volksschule zur Spielerei des Lernens verführe, so dürfte das doch wohl eine sehr gewagte Behauptung sein. Ich sehe nicht ein, warum der Volksschüler, bloß weil er von außen her Volksschüler genannt wird — mehr ist es ja nicht — weniger leisten soll als der höhere Schüler. Es gibt genug Beweise aus der Geschichte unseres Volkes, daß gerade Volksschüler es waren, die auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und der Kunst Großartiges geleistet haben, wie es andererseits Beweise gibt, daß höhere Schüler, Studenten der Universitäten und Leute, die die Hochschule durchlaufen haben, mit ihren Leistungen auf den verschiedensten Gebieten weit hinter denen des einfachen Mannes zurückstanden.

Wenn wir mit einer Reform beginnen, dann müssen wir unten beginnen, so wie ein Baum wächst. Wenn wir diese organische Einheitschule bildlich als Baum ansehen, muß wohl erst die Wurzel groß und stark und gesund sein und die Wurzel ist eben die deutsche Volksschule.

Aber nun komme ich zu dem eigentlichen Problem, das ich berühren wollte. Kernproblem einer pädagogischen Erneuerung ist nicht irgendeine von außen her an die Schule herangetragene Reform, Kernproblem ist die Frage um die neue Lehrerpersönlichkeit; denn sie entscheidet letztlich den Hauptinhalt der Volksschule. Bei der Ausbildung des Lehrers müssen wir beginnen, wenn wir eine neue deutsche Schule überhaupt wollen. Und hier, meine ich, sollte man einmal eine jahrzehntelange Diskussion mutig beenden und sollte dem Volksschullehrer, wie dem anderen Lehrer, endlich das Universitätsstudium zugestehen. Dann haben wir den freien Lehrer geschaffen und einen Lehrer, der

einmal im starken Wind der reinen Wissenschaft, des freien Geistes stand und nicht mehr jene devote und subalterne Person ist, die sich beugt und beugen muß vor jedem Vorgesetzten. Gerade dem Lehrer werden ja nicht wenige Vorgesetzte hingestellt. Es gibt doch wohl keinen Stand bei uns, der der oft mutwilligen und eigenwilligen Kritik der Öffentlichkeit mehr ausgesetzt ist als der Lehrerstand. Befreien Sie den Lehrerstand von diesen alten Fesseln — der Lehrerstand kämpft darum seit hundert und mehr Jahren — und Sie werden die Lehrerpersönlichkeit haben, die von innen her eine neue Schule zu schaffen fähig ist!

(Sehr gut!)

Umsomehr habe ich es bedauert, daß unser Vorschlag, den ich vor wenigen Wochen im Besoldungsausschuß verteidigte, ein Unrecht an den Lehrern wieder gut zu machen und ihnen eine Besoldungsordnung, allerdings eine bessere, zurückzugeben, die ihnen die Nazis genommen haben, nicht sofort zu einer abschließenden Behandlung gekommen ist, weil ein Vertreter der CDU einen Teileinpruch erhoben hat, obgleich Herr Minister Dr. Hundhammer — das werden ihm die Lehrer danken — für unsere Forderung eintrat. Ich möchte Sie bitten, ein Unrecht gutzumachen und den Lehrerstand wieder in sein Recht auch auf dem Gebiet der Besoldung einzusetzen. Sie werden dann einen arbeitsfreudigen, einen demokratischen Lehrer haben, der Ihnen ohne großartige Reformpläne, ohne Paragraphen und Verordnungen aus der inneren Ordnung heraus die neue Schule schafft. Denken Sie daran: Die alte seminaristische Ausbildung hat ihre Vorzüge gehabt, aber sie führte doch jeweils in eine Sackgasse. Es war die große Gefahr der seminaristischen Ausbildung, die eine reine Fachausbildung war, daß sich der junge Mensch von 14 Jahren für den Lehrerberuf entscheiden mußte. Sie können von einem jungen Menschen von 14 Jahren noch nicht verlangen, zu wissen, ob er als Lehrer geeignet ist. Das wird sich erst im Laufe seiner Ausbildung herausstellen. Aber da seine Ausbildung auf dem Lehrerseminar eine reine Fachausbildung war, war es dem jungen Menschen sehr oft gar nicht möglich, den so notwendigen Wechsel im Beruf zu vollführen. Er wurde, ob fähig oder nicht fähig, als Lehrer hingestellt und aus diesem Zwang heraus entstanden dann jene Typen, die wir kennen, die den Lehrerstand so tief in Schanden und Verruf gebracht haben. Deshalb meinen wir, daß unser Vorschlag der musisch-humanistischen Ausbildung mit einem abschließenden Universitätskurs der richtige ist und die richtige Auslese für einen neuen Lehrerstand geben wird. Die Einwände des Herrn Dr. Stang bestehen doch ganz gewiß nicht zu Recht, daß man von einem hochschulmäßig gebildeten Mann nicht verlangen könne, daß er sich auf das Land hinaussetze. Das tun die Pfarrer, Ärzte, Apotheker, Förster, alles Leute, die eine Hochschule durchlaufen haben, auch sie sitzen draußen auf dem Land. Das kann also kein Einwand sein. Außerdem glaube ich, daß selbst wenn damit eine Steigerung der Ausgaben für den Lehrerstand und für die Schule verbunden sein sollte, diese Tatsache uns nicht abschrecken dürfte, hier ganz neue Wege zu gehen. Hätten wir für die deutsche Schulbildung im Laufe der letzten 50 Jahre mehr Geld ausgegeben und weniger Geld für Kanonen, so hätten wir viel, viel erspart, glaube ich.

(Zuruf: Da haben die Schullehrer hauptsächlich mitgeholfen!)

(Schneider [FDP])

— Das, was Sie sagen, ist ein Unsinn! Es hat jede Berufsschicht mitgeholfen. Nennen Sie mir eine Berufsschicht, die nicht mitgeholfen hat, die nicht 1914 begeistert war für den Krieg, und nennen Sie eine Berufsschicht, die nicht dem Nationalsozialismus verfallen ist! Alle haben mitgetan, auch die Kirchen haben im Anfang mitgetan,

(sehr richtig!)

— jawohl, ich war Sonntag für Sonntag da, und als die SA und SS geschlossen hereingeführt wurde, 1933, 1934, war die Begeisterung wenigstens in der Gegend, wo ich gelebt habe, für den Nationalsozialismus groß, und ich kann mich entsinnen, daß man noch im Jahre 1943, 1944 für Adolf Hitler ausdrücklich gebetet hat.

(Zurufe: Wo war das, bitte?)

— In Coburg! Ausdrücklich gebetet hat, sage ich.

(Zurufe.)

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Ich glaube, es tut not, daß wir in unserem Schulreformplan, der nun endlich einmal dem Landtag zu Gesicht kommen müßte, damit wir über ihn sprechen können, eine Angleichung an die Reformpläne der anderen Länder, mindestens an die der amerikanischen und der englischen Zone, vielleicht auch der russischen Zone, finden. Sonst geht es wieder so, wie es vor 1933 in den Zeiten der Weimarer Republik war, daß jedes Land seine eigenen Lehrpläne und seinen eigenen Schulbeginn gehabt hat, so daß es einem, der aus Preußen nach Bayern kam oder umgekehrt, so furchtbare Schwierigkeiten bereitete, seine Kinder zum Anschluß an die bestehenden Lehrpläne und den Lehrstoff zu bringen. Also gleicher Schulbeginn, angegliche Lehrpläne und angegliche Lehrbücher! Denken Sie etwa an das Geschichtsbuch! Wir wünschen nicht mehr, daß es ein bayerisches und ein preußisches Geschichtsbuch geben wird, wir wünschen nicht einmal, daß es ein deutsches Geschichtsbuch geben würde; es sollte ein europäisches Geschichtsbuch geben, das für alle europäischen Länder Gültigkeit hat. Das müßte zu finden und zu machen sein. Es wäre sehr wohl möglich, sich mit Leuten anderer Länder ins Benehmen zu setzen, die genau so vernünftig wie die Friedensfreunde unter uns denken, um mindestens dort Einfluß zu gewinnen.

Im übrigen glaube ich — und damit will ich schließen —, daß wir heute und gestern viel zu abstrakt über praktisch zu erlebende Dinge gesprochen haben. Das Schulproblem als solches wurde in diesem hohen Hause als reines Abstraktum aufgezeigt. Dabei kamen wir aus der Sprachverwirrung — ich meine fast einer babylonischen Sprachverwirrung —, der wir im deutschen Volk immer noch unterliegen, nicht heraus. Sonst wären wir vielleicht schöner und leichter zu einer Einigung gekommen. Es dürfte das Schönste und das Notwendigste für unser Volk sein, daß wir in demokratischem Gespräch untereinander aus dieser Sprachverwirrung endlich einmal herauskommen und nicht mehr mit Begriffen spielen, die abwegig sind. Wenn heute der Herr Staatssekretär für das Flüchtlingswesen über das Bayerische Staatsministerium des Innern hinweg uns einen Auszug aus einem Wochenbericht des Hessischen Landesflüchtlingsamts vorlegte, in dem von Mischehen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen erzählt wird, so

meine ich doch, daß der Begriff Mischehen nur aus einer Sprachverwirrung heraus entstanden sein kann. Er erinnert uns zu sehr an andere Mischehen, die wir nicht mehr als Mischehen ansehen wollen. Ich sehe nicht ein, warum wir an Stelle der jüdisch-deutschen Mischehen nun die Mischehen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen setzen. Dies nur als Beispiel.

Wir können von uns aus nur einen winzigen Beitrag zur europäischen Kultur beisteuern, aber wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir immer dazu verpflichtet sind. Wir leben seit über einem Jahrtausend aus dieser abendländischen Kultur heraus, und man kann sie nicht einfach abstreifen. Man kann uns nicht einfach ein neues Kleid überwerfen. Es geht nicht an, daß wir uns in Erziehungsfragen, die Wachstumsfragen sind, einem Befehl beugen.

(Beifall.)

Hier müssen wir klar sein und klar entscheiden und der Militärregierung eine klar begründete Antwort geben. Wir haben sogar ein Recht darauf, uns zu der europäischen Kultur, zu der abendländischen Bildung mit Stolz zu bekennen; denn nicht zuletzt waren deutsche Männer die Träger dieser abendländischen Bildung und Kultur.

Ich möchte zum Schluß bitten: Wägen wir doch die vorliegenden Schulreformpläne einmal gegeneinander ab! Das muß aber in Kürze und Schnelligkeit geschehen. Noch ist der SPD-Plan, noch ist der FDP-Plan, noch sind die alten Pläne der CDU da. Finden wir einen Mittelweg und bleiben wir darin stark, daß das Problem der Erziehung ein uns zuinnerst angeheendes deutsches Problem ist, das wir lösen wollen und das nur wir allein lösen können!

(Beifall bei der FDP.)

II. Vizepräsident. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haushleiter.

Hausleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Mit vollem Recht hat mich der Kollege Pittroff als Laien in der Frage der Schulreform bezeichnet. Ich möchte sagen, daß wir Laien mit einiger Sorge schon seit einem halben Jahr den Diskussionen der Fachleute auf diesem Gebiete folgen; denn ganz Laie ist ja keiner in der Frage der Schulreform. Ich meine, wir haben alle die Schule durchlaufen und ich sehe heute aus jedem Gespräch mit meinen Söhnen, was sie von der Schule nach Hause bringen. Ich muß sagen, aus der eigenen Erfahrung heraus haben wir Sorge; wir erinnern uns zurück an den Nationalismus der Schule der Jahre 1921 und 1923. Ich habe schon einmal vor der Verfassungsgebenden Landesversammlung gesagt: Die Schule des Jahres 1923 ist mitschuldig an den Ergebnissen des Jahres 1933. Darüber kann kein Zweifel sein. Ich höre doch, was meine Kinder erzählen. Ich habe das Verzeichnis der Eltern dieser Kinder angesehen: 40 Prozent sind außer Dienst. Diese Kinder kommen also aus einer verbitterten und verärgerten Familie heraus. Der Lehrer ist manchmal auch hungrig; denn er nimmt an der Schulspeisung nicht teil. Ich halte das, offen gesagt, für falsch. Der Lehrer ist also auch manchmal verstimmt, und macht er dann eine kritische Bemerkung über die Zustände von heute, dann zündet der Beifall in der Klasse hoch. Daraus aber entwickelt sich wieder die alte Kritik an der Demo-

(Hauffleiter [CSU])

fratie. Jeder, der mit der Schule mitfühlt und der sie mit seinen Kindern miterlebt, weiß nun auch eines, was ich hier sagen möchte: die Diskussionen der Fachleute gehen an diesen akuten Tatbeständen weitgehend vorüber; daran kann kein Zweifel sein. Die Schulreform, die man 1919 geplant hat, wäre 1940 zur Wirkung gekommen. Da haben wir aber schon Krieg gehabt, weil wir in 13 Jahren 13 Jahrgänge zu Nationalisten erzogen haben.

Ich habe neulich in der Schule meinem alten Lehrer gesagt: Lieber Herr Oberstudienrat, erinnern Sie sich bitte einmal an unseren Jahrgang! Wer ist denn noch da? Der Landgerichtsrat steht vor der Spruchkammer, der andere ist gefallen und der dritte schwer verletzt. Glauben Sie nicht, daß auch die Schule hierfür ihre Verantwortung hat? Sie hat sie sicher. Und nun sage ich Ihnen eines: Wir ändern dies meiner Ansicht nach nicht mit einem organisatorischen Umbau, der den jetzt gerade mühsam erreichten Bestand gar zerstört und untergräbt. Das ist nicht möglich. Es gibt ein paar ganz einfache Grundfehler und hier müssen Sofortmaßnahmen zur demokratischen Umerziehung unseres Volkes ergriffen und durchgeführt werden. Bitte, bedenken Sie einmal, daß die Demokratie Demokraten formen muß! Das geht aber nicht, indem man heute den Lehrer, insbesondere Mittelschullehrer, führungslos laufen läßt. Denken Sie einmal über die Methode nach, wie man ihm das Wesen der Demokratie von innen her klar macht, auch dem Nicht-Pg.! Denken Sie an die ausgezeichnete Bildungsarbeit, die den deutschen Kriegsgefangenen in Auswahlslagern geliefert worden ist! Holen Sie die Schullehrer und die Mittelschullehrer zusammen und betreiben Sie eine wissenschaftliche demokratische Bildungsarbeit an ihnen! Was weiß denn mancher deutsche Akademiker heute von Demokratie? Daß gewählt wird und daß Korruption herrscht. Das sind etwa die zwei Vorstellungen, die er davon hat.

(Dr. Linnert: So schlimm ist es doch noch nicht.)

— Ich weiß es aber; denn ich sehe draußen die Führungslosigkeit und den Mangel an Menschenformung, diese Symbolschwäche der Demokratie, Herr Dr. Linnert. Sie wissen ja auch, wie die Stimmung draußen auf dem Lande ist. Sagen Sie mir doch nicht, daß die Begeisterung für den demokratischen Staat zugenommen hätte! Wir haben neulich in Kulmbach Fragebögen durch die Junge Union weitergegeben, 2500 Stück. Wissen Sie, wie die Fragen beantwortet worden sind? Ich kann es Ihnen sagen. Wenn Sie mich so anreden, kläre ich Sie auf. Wir haben gefragt: Halten Sie die Demokratie für die geeignete Staatsform in Deutschland? 53 Prozent haben mit Nein, 47 Prozent mit Ja geantwortet.

(Dr. Linnert: Das macht die Junge Union, wir nicht!)

Ich sage Ihnen, woher es kommt.

(Dr. Linnert: Traurig genug für Ihre Arbeit! Sie arbeiten zwei Jahre dort, und das ist der Erfolg!)

— Dort oben ist die FDP viel stärker als wir, und am stärksten ist die SPD, lieber Herr Linnert. So können wir nicht verhandeln. Wir wollen ganz klar aussprechen: das Ergebnis hätte 1945 anders gelautet. Wissen Sie, was wir heute haben? Wir haben infolge einer Reihe

von Fehlern, die gemacht werden, nicht eine Umerziehung, sondern eine Rückeroberung. Machen wir endlich einmal einen gemeinsamen Plan und hören wir mit den organisatorischen Diskussionen der Fachleute auf!

(Dr. Linnert: Genau daselbe habe ich gesagt.)

Dazu nur ein Wort, ein ganz einfaches Wort! Weg mit dem Raftendünkel des Akademikertums, wo er noch besteht! Glauben Sie, daß Sie das erreichen, indem Sie Begabte zwei Jahre länger mit Unbegabten auf der gleichen Schulbank lassen? Ich glaube es nicht. Es gibt andere Wege. Der Raftendünkel bildet sich nämlich nicht beim Elf- oder Zwölfjährigen. Dort kann er auch nicht bekämpft werden. Wissen Sie, wo er sich bildet? Beim 16-, 17-, 20- und 22-Jährigen.

(Haas: Und in der Familie.)

— Ganz richtig; das muß klar erkannt werden. Hieran gehen aber beide Schulreformpläne vorbei, der eine sowohl wie der andere. Das möchte ich Ihnen sagen: Es gibt nur eines, daß die alte Akademikerschicht, aufsteigend aus dem Bürgertum, dessen Existenzbasis heute verloren gegangen ist und dessen Söhne heute zum Nihilismus drängen, eine Blutauffrischung aus dem Arbeiter- und Bauernstand heraus bekommt. Das ist die einzige Möglichkeit. Das erreichen Sie nicht, indem Sie nun von unten die Bildung abbauen. Denn dann braucht der Mann — er muß ja zu einem klaren Ziel kommen — Nachhilfestunden, wenn er von dem einflussreichen Volksschuldorf herauskommt. Herr Kollege Pittroff hat ganz recht, daß das geändert werden mußte. Aber es ist gegenwärtig unmöglich, daß Sie die nicht geteilte Volksschule da abschaffen, wo nur 30 oder 35 Kinder im ganzen vorhanden sind. Es ist heute unmöglich, daß Sie den Schul-Bus schaffen können, das gibt es heute nicht. Aber eines ist möglich: Verwenden Sie das Geld — ich bin nicht so sparsam, der Herr Kultusminister ist meiner Ansicht nach zu sparsam —, verwenden Sie alles, was wir investieren können, und schaffen Sie Anstalten, auf denen die Arbeiter- und Bauernsöhne die Möglichkeit erhalten, auch ihrerseits wirklich zu studieren. Das muß etwas umfassender gemacht werden als nur mit Lernmittel- oder Schulgeldfreiheit. Ich kenne in meinem Dorf die Begabten. Glauben Sie, daß so einer mit 14 Jahren weiter in die Schule gehen kann? Er muß für seine Familie mitverdienen; das ist doch der Sachverhalt. Lernen wir einmal vom Gegner! Wissen Sie, was die Nationalsozialisten gemacht haben? Eine bewußte Auslese der Begabten. Damit wollten sie sich an der Macht halten. Wollen wir nicht auch einmal Eliteschulen der Demokratie uns vorstellen, Landerziehungsheime, wollen wir sie uns nicht bloß mit Schulgeldfreiheit und Lernmittelfreiheit vorstellen, sondern dann auch die Möglichkeit schaffen, daß die Familie so unterstützt wird, daß sie den Hochbegabten freiläßt und für das Studium freigibt?

Das sind die Fragen einer akuten und aktuellen Schulreform. Ich habe von den Fachleuten keine Diskussion darüber gehört. Ich meine, wir dürfen das Pferd nicht vom Schwanz aufzäumen. — Auf diese Weise könnten wir das Bildungsniveau halten. Dieses Bildungsniveau können wir gar nicht festlegen, das ist nämlich international festgelegt. Ob wir also sechs oder acht Jahre Mittelschule haben, ist unter diesem Gesichtspunkt gleichgültig. Ein bestimmtes Ziel muß der Mann erreichen. In

(Hausleiter-[CSU])

Amerika ist das ganz einfach. Der Begabte verdient sich das Geld zu seinem Studium nebenbei; er hat tausenderlei Möglichkeiten in diesem reichen und blühenden Land, die er bei uns nicht hat. Der Begabte verdient sich in Amerika drei bis vier Jahre das Geld zu seinem Studium und studiert dann eben ein wenig länger. Das ist unmöglich bei uns. Richtig ist mithin eine frühe Begabtenauslese aus allen Ständen des Volkes und der Versuch, sie rasch zu entwickeln, sonst bekommen wir die Blutauffrischung für unser Akademikertum niemals, die notwendig ist; sonst bekommen wir wieder dieses formalistische Akademikertum. Ich greife alles an, was ich Falsches sehe. Ich sehe heute wieder eine Justiz, die immer stark ist gegen den schwachen Staat und schwach gegen den starken Staat. Hören Sie hinein in das Volk und gehen Sie den richtigen Weg! Sehen wir uns von neuem zusammen, sehen wir uns die Fehler der Vergangenheit nüchtern an und hören wir auf, vor Fachleuten allzu viel Respekt zu haben, die sich dicke Wälzer um den Kopf schlagen und Kerschenszetter zitieren. Gehen wir in die Schulen, schauen wir uns die Kinder an und horchen wir zu. Mein Sohn sagt mir, ich darf in der Schule schon fast nicht mehr sagen, daß ich der Sohn eines Abgeordneten bin. Ich sagte ihm, ich habe mildere Umstände, ich war eine Zeit lang draußen. Es ist doch heute schon wieder dieses Stadium da. Darum muß ich Ihnen sagen, wir müssen hier am Geist ansetzen. Das ist ein richtiges Wort, was der Herr Kultusminister gesagt hat. Die Umorganisation, das Basteln an der Organisation gefällt dem Fachmann ausgezeichnet. Organisationen auseinandernehmen, ein Rinderspiel; zusammenlegen aber ist sehr schwierig. Überlegen wir uns sorgsam, wo die geistigen Fehlzündungen gewesen sind, und fangen wir dort an!

Nun noch ein Wort zum Schluß, das mir schwer fällt und das ich auch ganz klar sagen möchte. Nur wenn wir die Demokratie so produktiv aus uns heraus entwickeln, werden wir eine lebendige Demokratie haben. Eine aufotrogierte Demokratie hat schon einmal im alten Sparta nicht standgehalten, sie ist auch dort gescheitert. Das aber bedeutet eines: Wir müssen endlich einmal die Verantwortung klären. Ist der Kultusminister der Mann, der die Intentionen des Landtags durchführt? Gut, klar; dann ist er der Exponent der Demokratie. Oder ist er der Mann, der die Befehle der Militärregierung ausführt? Gut, auch klar; dann ist er das ausführende Organ der Militärregierung. Es gibt nur eines oder das andere. Ein Mittel Ding, eine vorgespielte Verantwortlichkeit, hinter der nichts steht, ist unmöglich. Das geht auch uns an. Entweder man hat Vertrauen zu uns, dann gelten unsere Beschlüsse. Oder man hält das, was hier geschieht, für eine Art von Schattenspiel, für ein Scheingefecht,

(Scheßbeck: Jugendparlament!)

für eine Art Jugendparlament, und wir schieben uns in erbittertem zähem Kampf, wie es für Verhältnismahl-

parteien so charakteristisch ist, in einen Parteistreit, der schon einmal die Demokratie in die Katastrophe geführt hat, wir führen hier einen Streit auf um eine Verantwortung, die wir in Wirklichkeit gar nicht haben. Wissen Sie, was ich dann sage? Ein solches Schattenspiel ist gefährlich für die echte Demokratie, die wir doch anstreben. Man soll uns nicht zu Schattenspielern machen, um des Zieles willen, das wir und die Militärregierung gemeinsam anstreben. Ich habe mit Sorge die Entwicklung in Frankfurt beobachtet. Meiner Ansicht nach wäre man besser so verfahren, daß man dem dortigen Parlament nachgewiesen hätte, sein Beauftragter habe falsche Zahlen vorgebracht. Dann soll der Teufel ein Parlament holen, das in Deutschland nicht die Konsequenzen zieht und erklärt: Unser Beauftragter muß uns klare objektive Zahlen vorsehen. Ohne das Parlament ihn abzusehen, halte ich für falsch, wenn man das, was wir als Parlament haben, ernst nimmt. Hier ist die Parallele in der Frage der Schulreform. Entweder unsere Beschlüsse gelten, oder es gelten die Anweisungen der Militärregierung. Entweder ist das eine die wahre Wirklichkeit oder das andere!

(Dr. Linnert: Es liegen keine Beschlüsse vor!)

— Wir werden sie fassen.

(Zuruf: Wann denn?)

— Warten Sie ab, unser Antrag liegt schon vor.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Es liegt ein Antrag, ein Beschluß des Haushaltsausschusses vor.)

Die Mehrheit muß die Beschlüsse fassen. Ich bin dafür, daß wir die Beschlüsse, die gefaßt werden müssen, durchaus klar und korrekt in namentlicher Abstimmung fassen und dann um der Demokratie willen mit der Militärregierung klären, was ist unser Bereich, wo können wir entscheiden und was ist der Bereich der Militärregierung? Falsch wäre es, wenn das Volk sagen würde: Seht sie Euch an, die spielen sich selbst eine Verantwortung zu, sie bilden sie sich ein und haben sie gar nicht. Dann hätte das Volk vor seinen Vertretern keinen Respekt. Und wir wollen doch den Respekt für die Volksvertretung durchsetzen. Das gehört auch zur Demokratie. Deshalb meine ich, jeder solche Fall muß für uns zur Veranlassung werden, über die Grundsätze nachzudenken, über die Verantwortlichkeit nachzudenken und in lebhafter sachlicher Diskussion die Klärung voranzutreiben zum Aufbau einer wirklichen Demokratie.

II. Vizepräsident: Ich schlage dem hohen Hause die Vertagung der Sitzung vor. Die morgige Sitzung beginnt um 9 Uhr. Die Tagesordnung liegt dem hohen Hause vor.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 22 Minuten.)